Die

directen Staatssteuern

in sächsischen Städten

mit besonderer Rücksicht auf Hermannstadt.



Von

Dr. Carl Wolff.

Bermannstadt,

Jos. Drotleff, Buchdruckerei und Papierhandlung. 1881.



1211

ary less situate

for some and a second of a production

1000

In haft.

	A. Die Steuerlast in einigen sächsischen Städten.	Seite
1.	Bachsende Steuerlast	7
11.	Grund- und Haussteuer	10
111.		14
	Zinsensteuer. Allgemeiner Einkommensteuer = Zuschlag	19
	B. Die Steuerlast in Sermannstadt.	
	Anhang.	
I.	Bolksversammlung in Hermannstadt	Ш
П.	Entgegnungen der Steuerbemessungskommission	XIII
III.	Gegenerklärung mehrerer Steuerträger	XXVII

A Properties and the eighter sandhen Schoten

		112	17	hir	11.7	" ju	沿地位	· pl
--	--	-----	----	-----	------	------	-----	------

the form and a mallener

resolvent the san trees fix

१ मार्ककः, अवस्थितः । अस्ति ।

Balling and the Andrewskie of a

(1)

HIY

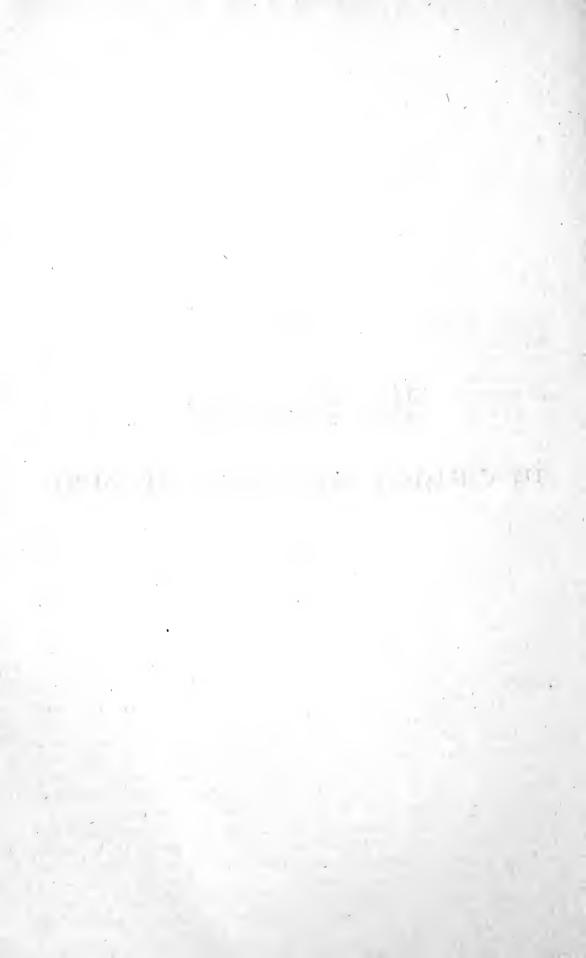
Marie III		no he minimal phollops.	1
-----------	--	-------------------------	---

W. Enthedungen ger Terrespondenter gewinden

reportence ? recognic phonostronegold His

A.

Aie Steuerlast in einigen sächsischen Städten.



Machsende Steuerlast.

Die Neuzeit mit ihrem Eisenbahnbau, der Maschinenarbeit und Großsindustrie hat der Entwicklung des Städtewesens unverkennbar ihren Stempel aufgedrückt. Es ist eine bekannte Thatsache, daß die Eisenbahnen eine Koncentration und Verschiedung der Bevölkerung hervorgerusen haben und noch hervorrusen. Namentlich an Großstädten läßt sich mit sehenden Augen der interessante Prozeß beobachten, welcher bei dem stetigen Fortschritte der Gesammtbevölkerungen doch ganze Landstriche entvölkert und dafür Menschensmassen an Knotenpunkten des Verkehrs und an günstigen Standorten der Industrie auf den kleinsten Kaum zusammendrängt. In diesen Städten ist auch die Steuerleistung begreislicherweise erheblich gestiegen.

In kleineren Städten wächst jedoch die Bevölkerung viel langsamer; einige sogar, namentlich solche, welche nicht an den Eisenbahnen liegen, bleiben in ihrem Bevölkerungsstande stille stehen oder gehen zurück, indem sie Theile

ihrer Bevölkerung an die größeren Städte abgeben.

Siebenbürgen erfreut sich viel zu kurze Zeit der Eisenbahnen, als daß sich der Einfluß der Letzteren auf das Bevölkerungswesen der Städte statistisch versolgen ließe. Wenn wir einen Blick auf die letzten 25 Jahre wersen, so werden wir vielmehr sinden, daß die sächsischen Städte — und diese bilden noch immer den Kern des siedenbürgischen Städtewesens — nur ein unmerkliches Wachsthum der Bevölkerung ausweisen. So zählte Hermannstadt im Jahre 1857 18,588, im Jahre 1870 18,998, im Jahre 1880 19,285; Kronstadt im Jahre 1857 26,826, im Jahre 1870 27,766, im Jahre 1880 29,716; Vistritz im Jahre 1857 5798, im Jahre 1870 7212, im Jahre 1880 8030; Schäßburg im Jahre 1857 7996, im Jahre 1870 8204, im Jahre 1880 8789; Mediasch im Jahre 1857 5692, im Jahre 1870 6712, im Jahre 1880 6499; Broos im Jahre 1857 5092, im Jahre 1870 5661, im Jahre 1880 5468; Mühlbach im Jahre 1857 5085, im Jahre 1870 5790, im Jahre 1880 6140 Einwohner.

Wenn in Städten, deren Volkszahl sich verdoppelt und verdreifacht hat, auch die Steuerleistung in entsprechendem Maße sich vermehrt, so nimmt dies nicht Wunder. Anders aber, wenn die Steuerleistung in Städten, wie in den genannten sächsischen, in welchen — wie aus den obigen Ziffern ershellt — die Bevölkerung ziemlich stationär geblieben ist, sich vervielsacht. Hier muß man fragen: Hat sich der Wohlstand der Bürger so gehoben, die

Steuerquelle berselben Steuersubjekte so gekräftigt, daß doppelt und breifach so viele Steuern in den öffentlichen Säckel fließen?

Das äußere Aussehen der genannten sächsischen Städte ist in den letzten fünfundzwanzig Jahren wohl schmucker geworden. Es ist beinahe überall sür Pflasterung, Beleuchtung, Stadtregelung und Verschönerung Vieles geschehen; jedoch sind auch die Kommunallasten der Bürger entsprechend gestiegen. Nicht wenig hat zur Erhöhung der kommunalen Verwaltungsausgaben der Staat beigetragen, der viele Ausgaben, die er bisher auf Staatskosten bestritten, auf die Gemeinden überwälzt. Ferner hat die Aushebung der sächsischen Munizipalversassung entschieden die städtische Verwaltung seit 1876 vertheuert.

All Dies hat jedoch mit unserer Frage: ob sich der Wohlstand der sächsischen Stadtbevölkerungen in den letzten fünfundzwanzig Jahren gehoben hat? nichts zu thun. Diese Frage kann aber nicht bejaht werden. Der Gewerbestand, der früher den steuerfähigsten Kern der sächsischen Städte bildete, ist im unleugdaren Niedergange begriffen; jedes Jahr decimirt denselben; einige, früher blühende, Gewerdszweige sind bereits gänzlich erloschen, andere dem Erlöschen nahe. Neue nennenswerthe Industriezweige sind auf den Trümmern des Gewerbestandes noch nicht erstanden. Dennoch sind die Ansprüche des Staates an die steuerzahlende städtische Bevölkerung riesig gewachsen, wie aus der nachstehenden Vergleichung erhellt.

Wir wählen als Vergleichungsjahre die Jahre 1858, 1874 und 1880. In diesen Jahren ist in den nachbenannten Städten an direkten Staatssteuern im Ganzen vorgeschrieben:

1	·			Direkto Stan	tastonorn lahua	Handelskammer=
1					Gulden ö. W.	C
				1858	1874	1880
Aronstadt			•	79,755*)	153,071	260,335
Hermannstadt		•		70,471	107,368	164,277
Schäßburg				16,527	28,305	41,044
Mediasch.				14,908	28,324	38,707
Bistriß .				14,378	38,074	50,784
Broos .				10,618	24,760	31,419

Das Jahr 1874 haben wir deshalb zur Vergleichung gewählt, weil im darauf folgenden Jahre die unter dem Namen "Steuerreform" bekannte bedeutende Steuererhöhung und im Jahre 1876 die Einführung des allsgemeinen Einkommensteuer-Zuschlages eingetreten ist und es uns daran liegt, auch ein Bild der Steuervorschreibung unmittelbar vor dem Eintritte der großen Steuererhöhung zu geben.

Aber auch seit den Jahren 1875 und 1876 — also auf einer und derselben Steuerbasis — ist die Steuerlast im Großen und Ganzen stetig gestiegen, nicht weil die Steuerquelle kräftiger geworden ist — im Gegenstheile! — sondern weil das wachsende Geldbedürfniß des Staates es erswungen hat. Dies geht aus nachstehender Uebersicht hervor:

^{*)} Die Steuerbeträge des Jahres 1858 sind hier aus Konventionsmünze in öfterr. Währ, umgerechnet.

			\Re	ror	istadt zo	ihste	direkte	Staats	steuern	::			
(im	Jahre	1858			79,755			Jahre				225,465	īl.
"	"	1874			153,071	,,	"	"	1878			291,526	"
"	,,	1875			175,344	"	"	,,	1879			261,036	"
"	,,	1876			200,427	"	"	"	1880		•	260,335	"
					He 1	ent a 1	nn stad	ot:					
(im	Jahre	1858			70,471	$\mathfrak{fl}.)$	im	Jahre	1877			143,176	fl.
"	"	1874			107,368	"	"	"	1878			•	"
,,	11	1875			124,955	"	"	"	1879			159,225	"
<i>"</i>	"	1876			136,604	"	"	"	1880			164,277	"
					⊗	chäß	burg	:					
(im	Jahre	1858			16,527	$\mathfrak{fl}.)$	im	Jahre	1877			34,112	î.
"	"	1874			28,305	"	"	"	1878			35,472	"
71	"	1875			30,867	"	"	"	1879			38,739 =	†)
"	"	1876			33,352	"	"	"	1880			41,044	†)
					Š	Med?	iasch:						ľ
(im	Jahre	1858			14,908	$\mathfrak{fl}.)$	im	Jahre	1877			36,532	fl.
"	"	1874			28,324	"	"	"	1878			36,308 -	,,
"	"	1875			31,561	"	, ,,	"	1879			36,445	,, '
"	"	1876			38,750	"	"	"	1880			38,707	i,
		\ \				Bist	riţ:						
(im	Jahre	1858			14,378	$\mathfrak{fl}.)$	im	Jahre	1877			49,038	fl.
"	. ,,	1874	•		38,074	"	. "	"	1878		•		"
"	"	1875		. 0	36,522	"	"	"	1879			47,881	
"	. "	1876			42,789	"	"	"	1880			50,784.	"
- 0						Bro	oŝ:					•	
(im	Jahre	1858			10,618	$\mathfrak{fl}.)$	im	Jahre	1877			29,850	ĺ.
"	"	1874			24,760	"	"	"	1878			30,707	"
"	"	1875		. 1	23,520	"	"	"	1879			30,963	,,
"	"	1876			28,540	"	"	"	1880			31,419	"
	Die (Steuers	chr	aube	e ist von	Rahr		ihr stro	ınmer	an	aezo	gen worde	11.

Die Steuerschraube ist von Jahr zu Jahr strammer angezogen worden. Und wenn auch hin und wieder in dem einen Jahre ein Schritt zurück gesthan wurde, so sind im nächsten Steuerjahre schon zwei Schritte vorwärtsgethan worden, ähnlich wie bei der berühmten springenden Betprozession.

Diese furchtbar wachsende Steuerlast erdrückt das städtische Leben, wie wir an der Progression der einzelnen bedeutenderen Steuergattungen es nachweisen werden.

^{- †)} Dazu kommen im Jahre 1879 der 35=0/0 ige Kommunalzuschlag mit 10.108 fl. und der 1=0/0 ige Komitatszuschlag mit 302 fl., der Handelskammerbeitrag mit 200 fl., zusammen mit den direkten Staatssteuern 49,350 fl.; und im Jahre 1880 der Kommunalzuschlag 12,321 fl., Komitatszuschlag 344 fl., Handelskammerbeitrag 210 fl., zusammen mit den Staatssteuern 53,921 fl.

Brund- und Baussteuer.

Wir haben nachgewiesen, daß die Steuerlast in den einzelnen Städten seit 1858 — also in einem Zeitraume von 22 Jahren — sich durchschnittlich verdreif acht hat, obwohl die Bevölkerung der Städte nahezu stationar geblieben, der Wohlstand nicht gestiegen ist, z. B. Hermannstadt seither von der erwerbkräftigeren Landeshauptstadt zu einer einsachen Landstadt degradirt worden ist.

Betrachten wir nun diese aufsteigende Steuerbewegung bei den einzelnen Steuergattungen.

Die Grundsteuer betrug in Gulben ö. 28.

								in den Jahren		
	,				185	8	1874	1880		
in	Kronstadt					9232	fl.	16,068 fl.	16,873	fl.
,,	Hermannstadt				•	4672	· //	8504 "	8569	,,
,,	Schäßburg					3586	,,	6400 "	6412	"
"	Mediasch					3519	"	5775 "	7020	"
"	Bistriß .					3147	"	5449 "	5447	"
"	Broos .					1962	"	5480 "	5448	"

In den Jahren 1875 bis 1879 betrug die Grundsteuer: in Kronstadt 1875 16,068 fl., 1876 16,068 fl., 1877 16,068 fl., 1878 16,223 fl., 1879 16,872 fl.;

in Hermannstadt 1875 8503 fl., 1876 8577 fl., 1877 8577 fl.,

1878 8577 ft., 1879 8569 ft.;

in Schäßburg 1875 6400 fl., 1876 6400 fl., 1877 6412 fl., 1878

6412 fl., 1879 6412 fl.;

in Mediasch 1875 6695 fl., 1876 5775 fl., 1877 6695 fl., 1878 7782 fl., 1879 7057 fl.;

in Bistrit 1875 5449 st., 1876 5449 st., 1877 5449 st., 1878 5449 st., 1879 5447 st.;

in Broos 1875 5480 fl., 1876 5480 fl., 1877 5480 fl., 1878

5480 ft., 1879 5448 ft.

Die Grundsteuer hat ihrer Natur nach als Katastersteuer den Charakter der Unbeweglichkeit; sie nimmt die Eigenschaft einer Hypothekarschuld an. Um den kapitalisirten Betrag ihrer Höhe vermindert sie den Grundwerth; eine Erhöhung derselben (ihres Steuersußes) bedeutet daher eine effektive

Bermögensminderung des Besitzers, sowie eine Herabsetzung derselben einem

Geschenk an benselben gleichkommt.

Diesen Charakter der Unbeweglichkeit hat denn auch die Vorschreibung ber Grundsteuer in den angeführten Städten im Großen und Gangen seit 1874 bewahrt, wenn auch hie und da die Tendenz, dem Staate um jeden Preis mehr Einnahmen zu verschaffen, hervortreten mag. Dagegen zeigt die Steuervorschreibung vom Jahre 1874 herwärts im Bergleiche mit derjenigen von 1858 einen großen Sprung; die Grundsteuer hat sich seit 1858 nahezu verdoppelt, in Broos sogar fast verdreifacht. Der Staat hat somit ben doppelten, beziehungsweise dreifachen Betrag als Hypothekenschuld auf das einzelne Grundstück gelegt, und um die Rapitalisirung dieses Betrages ift jeder Grundbesitzer seither effektiv ärmer geworden. Diese Steigerung hängt mit bem Gesethartikel 25: 1868 zusammen; demselben zufolge beträgt die Grundsteuer mit dem Grundentlastungszuschlage in Siebenbürgen 22 0/, des Rein= ertrages. (Rechnet man zu diesen Procenten noch den im Jahre 1876 hinzugekommenen — oben jedoch nicht berücksichtigten — "Zuschlag zur allgemeinen Einkommensteuer", so beträgt die Grundsteuer eigentlich 25.08 %.).

Das Bild einer riefigen Steuererhöhung zeigen die Vorschreibungen der

Haussteuer. Die Ziffern reden hier eine furchtbare Sprache.

Die Haussteuer (Hauszins= und Hausklassenstener) betrug in Gulben österr. Währ.

717		in den Jahren						
	1858	1874	1880					
in Kronstadt	27,569	61,866) Zinssteuer	89,949) Zinssteuer					
		543 ∫ Klassenst.	720 Rlassenst.					
		62,409 ft.	90,669 fl.					
" Hermannstadt	31,975	56,348	66,293					
" Schäßburg	791	3207) Zinssteuer	3702 \ Zinsstener					
		2034 Skassenst.	3304 S Klassenst.					
	1	5241 fl.	7006 fl.					
"Mediasch	739	4789) Zinssteuer	4073 \ Zinssteuer					
- •		3388 J Klassenst.	3748 Sklaffenst.					
		8177 fl.	7821 fl.					
" Bistriţ	688	4570 \ Zinssteuer	6336) Zinssteuer					
		2427 Skassenst.	3736 S. Klassenst.					
2010		6997 fl.	10,074 fl.					
" Broos	673	2907 Zinssteuer	3530 Zinssteuer					
		1467 i Klassenst.	3211 Rlaffenft.					
		4554 fl.	6941 fl.					

In den Jahren 1875 bis 1879 betrug die Haussteuer:

in Kronstadt 1875 75,375 fl. Zins= und 687 fl. Klassensteuer 1876 78,230 fl. Zins= und 673 fl. Klassensteuer, 1877 83,316 fl. Zins= und 691 fl. Klassensteuer, 1878 87,140 fl. Zins= und 724 fl. Klassensteuer, 1879 88,122 fl. Zins= und 716 fl. Klassensteuer;

in Hermannstadt 1875 66,248 st., 1876 64,364 st., 1877 63,667 ft., 1878 64,621 ft., 1879 65,371 ft.;

in Schäßburg 1875 3294 fl. Zins= und 4387 fl. Klassensteuer, 1876 3088 fl. Zins= und 4111 fl. Klassensteuer, 1877 3020 fl. Zins= und 4067 fl. Klassensteuer, 1878 3004 fl. Zins= und 4197 fl. Klassensteuer, 1879 3206 fl. Zins= und 3379 fl. Klassensteuer;

in Mediasch 1875 5090 fl. Zins- und 4136 fl. Klassensteuer, 1876 5094 fl. Zins- und 3890 fl. Klassensteuer, 1877 4567 fl. Zins- und 3794 fl. Klassensteuer, 1878 4213 fl. Zins- und 4001 fl. Klassensteuer, 1879 3206 fl.

Bins= und 4223 fl. Rlaffenfteuer;

in Bistrit 1875 4261 fl. Zins- und 4182 fl. Klassensteuer, 1876 4518 fl. Zins- und 3960 fl. Klassensteuer, 1877 5323 fl. Zins- und 3958 fl. Klassensteuer, 1878 5791 fl. Zins- und 3864 fl. Klassensteuer, 1879 6012 fl. Zins- und 3832 fl. Klassensteuer;

in Broos **1875** 3324 fl. Zins= und 2800 fl. Klassensteuer, **1876** 3463 fl. Zins= und 2871 fl. Klassensteuer, **1877** 3534 fl. Zins= und 3371 fl. Klassensteuer, **1878** 3895 fl. Zins= und 3070 fl. Klassensteuer,

1879 3679 fl. Zins und 3082 fl. Klassensteuer.

Die Haussteuer hat sich demnach seit dem Jahre 1858 in Kronstadt mehr als verdreifacht, in Hermannstadt mehr als verdoppelt, in Schäßburg beinahe verneunfacht, in Mediasch mehr als verzehnsacht, in Bistritz mehr

als vervierzehnfacht, in Broos mehr als verzehnfacht.

Die Progression der Haussteuer wäre noch größer, wenn wir den seit dem Jahre 1876 eingeführten Einkommensteuerzuschlag hinzurechnen würden. Wir lassen jedoch denselben, obwohl er auch zu der Haussteuer umgelegt wird, hier außer Betracht, da wir denselben besonders berücksichtigen werden.

Wie kommt es, daß die Haussteuer binnen 22 Jahren sich so vervielfacht hat? Ministerialrath Keleti nimmt an, daß seit dem Jahre 1857 bis 1870 die Häuser um 8.69 Percent, die Wohnparteien um 7.69 Percent im Gesammt= bereiche der Stephanskrone sich vermehrt hätten. Dieses Berhältniß trifft jedoch für die sächsischen Städte nicht zu. So betrug in Hermannstadt 1857 die Zahl der Häuser 1945, im Jahre 1870 nur 1976; die Vermehrung beträgt also hier nur 1.5 Percent. Dasselbe Berhältniß besteht im Großen und Ganzen auch in den übrigen fächsischen Städten. Man kann demnach jagen, daß dasselbe Haus, derfelbe Wohnraum, dieselbe Miethwohnung heute doppelt, drei=, neun=, zehn= oder sogar vierzehnmal so viel, als vor 22 Jahren an Haussteuer entrichtet. Die Berechnung Schwickers (vgl. Statistik S. 807), daß in den Städten mit mehr als 10,000 Einwohnern ober mit einer Eisen= bahn= oder Dampfschifffahrtsstation die Hauszinssteuer nahezu 20 Percent bes Brutto-Zinserträgnisses beträgt, stimmt hiemit überein. Von dem Brutto-Erträgnisse mussen jährlich mindestens 20 Vercent für die Rosten der Hauserhaltung verwendet werden. Der Hausherr behält also von 100 Gulden, die er einnimmt, nur 60 Gulden. Das in dem Hause angelegte Rapital trägt nur eine Rente von 3-5 Percent. Wo bleibt aber die Amortisations= quote übrig, um das zerfallende Haus; das verschwindende Kapital zu erneuern? Das Erträgniß des Hauses ift nicht fo groß, daß der Besitzer, nach Abzug der Steuer und einer fünfpercentigen Kapitalsrente, Jahr für Jahr so viel zurücklegen kann, um daraus nach Jahrzehnten das verfallene Haus wieder aufzubauen, das aufgezehrte Kapital wieder zu erseten. Die Amorti=

sationsquote wird durch die Steuer verschlungen und damit die Rapital (Reserve) bildende Kraft des Hauses zerstört; nach einer Reihe von Jahren hat die Steuer das in den Häusern angelegte Kapital und somit ihr eigenes Objekt vollständig vernichtet. Die Anlegung eines Kapitales im Hausbau ist unter den heutigen Steuerverhältnissen nur der Kauf einer Zeitrente mit

Preisgebung des Kapitales.

Das in der öffentlichen Meinung so oft vernommene Urtheil über den fiskalischen Kaubban unsers Stenersustems trifft nirgends so zu, wie bei der Haustener. Hier läßt sich ziffermäßig der Nachweis führen, daß der Stenersiskus den Kapitalstock angreift und allmählig vernichtet. Und dennoch hat nicht blos die Gesetzgebung die Haussstener unter allen anderen Stenergattungen am unverhältnißmäßigsten erhöht, sondern äuch die Stenerorgane zeigen die Tendenz, diese Stener von Jahr zu Jahr sicher umzulegen. Es verräth sich darin kein städtesrenndlicher Zug, obwohl ungarn seinen europäischen Charakter nur dem Umstande zu verdanken hat, daß sesse Stein = Städte an die Stelle der wandernden Zelt-Städte getreten sind.

Unter der heutigen Steuerlast ist an eine Entwicklung des Städtewesens kaum zu benken; die Städte sind unter derselben wie in eisernen

 $0 = 0 \quad 0.40 \quad$

4

., 11:14 11:

Fesseln erstarrt.

Ш.

Erwerb: und Einkommensteuer.

Che wir die Verhältnisse dieser Steuern in den Jahren 1858 beziehungs= weise 1874 und 1880 gegenüberstellen, muffen wir die Aenderungen hervorheben, welche durch die Gesetzgebung in diesen Steuergattungen herbeigeführt worden find. Im Jahre 1858 beständ die Ginkommen- und Personal-Erwerbsteuer. Auch diese Steuern erlitten im Jahre 1875 eine Um-Von der frühern Einkommensteuer wurden als selbstständige Steuern ausgeschieden: die Unternehmungs- und Gesellschaftsfteuer, die Bergwerksteuer, die Kapitalzinsen- und Rentensteuer. Die übrige Einkommensteuer wurde mit der Erwerbsteuer vereinigt, deren Gegenstand — nach Gesetzartikel 29 ex 1875 — jeder Erwerb oder jedes Einkommen ift, das durch Händes arbeit, aus einem Industrie- ober Handelsgeschäft, aus geistiger Beschäftigung ober aus irgend einer andern gewinnbringenden Thätigkeit ober Unternehmung gezogen wird. Die Erwerbsteuerpflichtigen werden in vier Rlassen eingetheilt. Bur ersten Klasse gehören die Arbeiter in Fabriken, die Taglöhner, gewerblichen und Handelsgehilfen deren Monatslohn 40 fl. nicht übersteigt, die selbständigen Handwerker ohne Gehilfen, die Tagschreiber 2c. zweiten Rlaffe gehören die Grund- und Hausbesitzer, die Vorsteher der Hauskommunionen (in der Militärgrenze), die Erwerbsteuerpflichtigen dritter Rlasse (ohne die Bächter) sowie Jene, welche einer Kapital- und Rentensteuer unterliegen. Bur dritten Rlasse gehören die Bächter, die Fabrikanten und Großindustriellen, die Banquiers, Kaufleute, Apotheker und überhaupt alle Geschäftsleute, ferner Abvokaten, Ingenieure, Aerzte, Schriftsteller, Künstler, Lehrer u. f. w. Bur vierten Rlasse gehören die besoldeten und penfionirten Staats- und anderen Beamten, deren pensionirte Witwen, die Gehilfen mit mehr als 40 fl. Monatslohn, die Seelforger, Professoren, Schriftsteller und Rünftler, welche einen festen Gehalt beziehen, endlich die Amtsdiener.

Um die Steuerverhältnisse in den von uns gewählten Bergleichsjahren gegeneinander zu halten, müssen wir die Einkommen= und Personal-Erwerbsteuer des Jahres 1858 einer=, und die Erwerbsteuer des G.-A. 29: 1875 mit ihren vier Klassen, sowie die Unternehmungs= und Rentensteuer anderersseits einander gegenüberstellen. Wir erhalten dann folgendes Bild:

Die Erwerb- nnd Einkommensteuer betrug in Gulden öfterr. Währung:

		in den	Jahren
	1858	1874	1880
Kronstadt	16,458) Ef.	*) 22,294 I. u. I	I. Er. 27,239 \ I. u. II. Er.
	26,494 Er.	52,298 III. R	
v	}	· }	4462 \ IV. \ \text{R1.}
			4090 Untst.
	J	J	23,446 J Rentenst.
	42,952 fl.	74,592 ft.	122,797 fl.
Hermaunstadt	14,444 Ef.	11,985 I. u. II. Er.	13,305 I. n. II Er.
1 1 1	19,378 (Er.	25,619 (III. M .	37,247 (III. Rl. (infl. Untft.)
		1391 (IV. R I.	2380∫IV. Rt.
1	J	3716 Rentenst.	19,151 Mentensteuer.
	33,822 ft.	42,712 fl.	72,083 ft.
Schäßburg	3682) Ef.	6291) I. u. I	
	8466 Er.	9720 III. <i>S</i> ri	
	}	624 IV. M	. Er. 1109 \ IV. M.
	,		1211 Untst.
	}	J	4191 Rentenst.
	12,148 fl.	16,635 fl.	22,313 fl.
Mediasch .	4106) Ef.	6855] I. u. I	I. Er. 5900 I. u. II. Er.
	6543 Er.	6990 (III. <i>R</i> 1	
		524 (IV. Rí	. Er. 516 (IV. M. 💌
	J	<i>)</i>	5731 Rentenst.
-	10,649 fl.	14,369 fl.	18,558 fl.
Bistrit .	3074) Ef.	6766] I. u. I	I. Er. 7548 I. u. II. Er
1.0	7467 (Er.	8861 (III. u. I	IV. Er. 14,271 (III. u. IV.
			1928 (Untst.
<i>§</i>	J	J	4784 Rentenst.
•	10,541 ft.	15,627 ft.	28,531 ft.
Broos -	2638) Ef.	2635) I. u. I	I. Er. 4857) I. u. II. Er.
1.	5335 Er.	12,089 III. R	í. 6295 III. R í.
11	. })	373 } IV. Rt.
			799 Untst.
		J	2240 Rentenst.
4% .1	7973 fl.	14,724 fl.	14,564 fl.

In den Jahren 1875 bis 1879 betrugen diese Steuergattungen:

in Kronstadt 1875 28,176 fl. I. und II. Klasse Erwerbsteuer, 44,362 III. Klasse, 2301 fl. IV. Klasse, 2234 fl. fl. Unternehmungssteuer, 5535 fl. Kentensteuer; 1876 22,459 fl. I. und II. Klasse Erwerbsteuer, 46,506 fl. III. Klasse, 2963 fl. IV. Klasse Erwerbsteuer, 4979 fl. Unternehmungssteuer, 6669 fl. Kentensteuer; 1877 28,025 fl. I. und II. Klasse Erwerbsteuer, 50,946 fl. III. Klasse, 3073 IV. Klasse, 5001 fl. Unternehmungssteuer, 9900 fl. Kentensteuer; 1878 36,461 fl. I. und II. Klasse

^{*)} Anmerkung. Ek. = Cinkommensteuer; Er. = Erwerbsteuer; Untst. = Unternehmungssteuer.

Erwerbsteuer, 94,887 fl. III. und IV. Klasse, 3794 fl. Unternehmungssteuer, 22,226 fl. Kentensteuer; 1879 30,123 fl. I. und II. Klasse, 59,990 fl. III. Klasse, 4454 fl. IV. Klasse Erwerbsteuer, 3348 fl. Unternehmungssteuer,

24,292 fl. Rentensteuer;

in Hermannstadt 1875 15,583 sl. I. und II. Klasse Erwerbsteuer, 25,467 sl. III. Klasse, 1543 sl. IV. Klasse, 4019 sl. Kentensteuer; 1376 13,327 sl. I. und II. Klasse, 27,536 sl. III. Klasse, 1520 sl. IV. Klasse Erwerbsteuer, 3090 sl. Kentensteuer; 1877 14,747 sl. I. und II. Klasse, 30,226 sl. III. Klasse, 2128 sl. IV. Klasse Erwerbsteuer, 4783 sl. Kentensteuer; 1878 13,928 sl. I. und II. Klasse, 25,024 sl. III. Klasse, 2119 sl. IV. Klasse Erwerbsteuer, 10,440 sl. Kentensteuer; 1879 19,700 sl. I. und II. Klasse, 30,361 sl. III. Klasse, 2119 sl. IV. Klasse Erwerbsteuer, 19,151 sl.

Rentensteuer;

in Schäßburg 1875 3850 fl. I. und II. Klasse Erwerbsteuer, 9432 fl. III. Klasse, 637 fl. IV. Klasse, 992 fl. Unternehmungssteuer, 1118 fl. Kentensteuer; 1876 5584 fl. I. und II. Klasse, 6342 fl. III. Klasse, 539 fl. IV. Klasse Erwerbsteuer, 676 fl. Unternehmungssteuer, 1054 fl. Kentensteuer; 1877 5917 fl. I. und II. Klasse, 6605 fl. III. Klasse, 929 fl. IV. Klasse Erwerbsteuer, 923 fl. Unternehmungssteuer, 927 fl. Kentensteuer, 1878 5551 fl. I. und II. Klasse 7798 fl. III. Klasse, 992 fl. IV. Klasse Erwerbsteuer, 721 fl. Unternehmungssteuer, 1811 fl. Kentensteuer; 1879 6364 fl. I. und II. Klasse, 7456 fl. III. Klasse, 1279 fl. IV. Klasse Erwerbsteuer, 1350 fl. Unternehmungssteuer, 3729 fl. Kentensteuer;

in Mediasch 1875 6655 fl. I. und II. Klasse Erwerbsteuer, 6095 fl. III. Klasse, 515 fl. IV. Klasse, 947 fl. Kentensteuer; 1876 8490 fl. I. und II. Klasse Erwerbsteuer, 7259 fl. III. Klasse, 531 fl. IV. Klasse, 1673 fl. Kentensteuer; 1877 6271 fl. I. und II. Klasse, 7347 fl. III. Klasse, 522 fl. IV. Klasse Erwerbsteuer, 1676 fl. Kentensteuer; 1878 5467 fl. I. und II. Klasse, 530 fl. IV. Klasse, 2287 fl. Kentensteuer; 1879 5862 fl. I. und II. Klasse, 5217 fl. III. Klasse, 511 fl.

IV. Rlasse Erwerbsteuer, 4587 fl. Rentensteuer;

in Bistrit 1875 5932 fl. I. und II. Klasse, 10,980 fl. III. und IV. Klasse Erwerbsteuer, 1392 fl. Unternehmungssteuer, 3788 fl. Kentensteuer; 1876 5605 fl. I. und II. Klasse Erwerbsteuer, 11,405 fl. III. und IV. Klasse, 1706 fl. Unternehmungssteuer, 3412 fl. Kentensteuer; 1877 6477 fl. I. und II. Klasse, 12,816 fl. III. und IV. Klasse Erwerbsteuer, 1798 fl. Unternehmungssteuer, 6584 fl. Kentensteuer; 1878 7320 fl. I. und II. Klasse, 11,972 fl. III. und IV. Klasse Erwerbsteuer, 1878 fl. Unternehmungssteuer, 4222 fl. Kentensteuer; 1879 7527 fl. I. und II. Klasse, 12,048 fl. III. und IV. Klasse Erwerbsteuer, 1972 Unternehmungssteuer, 4254 fl. Kentensteuer;

in Broos 1875 4079 fl. I. und II. Klasse, 7676 fl. III. Klasse Erwerbsteuer; 1876 4496 fl. I. und II. Klasse, 5029 fl. III. Klasse, 195 fl. IV. Klasse Erwerbsteuer, 524 fl. Unternehmungssteuer, 2398 fl. Kentensteuer; 1877 5022 fl. I. und II. Klasse, 6394 fl. III. Klasse, 278 fl. IV. Klasse Erwerbsteuer, 641 fl. Unternehmungssteuer, 1123 fl. Kentensteuer; 1878 5256 fl. I. und II. Klasse, 6572 fl. III. Klasse, 293 fl. IV. Klasse, Erwerbsteuer, 601 fl. Unternehmungssteuer, 1271 fl. Kentensteuer; 1879 5062 fl.

1. und II. Klasse, 5766 fl. III. Klasse, 345 fl. IV. Klasse Erwerbsteuer, 801 fl. Unternehmungssteuer, 2244 fl. Kentensteuer.

Die Erwerb= und Einkommensteuer hat demnach in dem Zeitraume von 1858 bis 1880 in Kronstadt sich nahezu verdreisacht, in Hermannstadt mehr als verdoppelt, in Schäßburg, Mediasch und Broos sich sast vers doppelt, in Bistriz sich nahezu verdreisacht.

Betrachten wir zum Schluffe bei den letterwähnten Steuergattungen die Bewegung vom Jahre 1876 herwärts, von welchem Jahre an die Steuererhöhung des Jahres 1875 erst vollständig zu wirken begonnen hat! wir zunächst die 1. und 11. Rlaffe ber Erwerbsteuer in's Auge! Die Erwerbsteuer ist in diesen beiden Rlassen eine feste Rlassensteuer oder soute es wenigstens im Großen und Vanzen sein, da auch in der 11. Klasse das Einkommen des Grund= und Hausbesitzers seiner Natur nach ein konstantes ist, und daher auch die von ihm zu entrichtende Steuer eine konstante sein sollte. Allerdings ift die Hausstener, wie wir nachgewiesen haben, von Jahr zu Jahr stetig erhöht worden, und diese Erhöhung wirkt auch auf die Erwerbsteuer II. Rlasse ein, indem der Hauß= (ebenso der Grund-) Besitzer einmal als solcher seine Objektsteuer nach dem Saus- oder Grundbesite und bann zweitens noch die Erwerbsteuer in der II. Klasse nach Maggabe seiner Haus- oder Grundsteuer zahlt. Abgesehen hievon ist eine Aenderung in dem Ertrage der Erwerbsteuer I. und II. Klasse nur dadurch möglich, daß sich die Anzahl der Stenerträger ändert.

Welch merkwürdiges Bild tritt uns nun hier entgegen! Während der Steuerfistus auf der einen Seite durch die Erhöhung der übrigen Steuergattungen den Ertrag der Erwerbsteuer I. und II. Rlasse gesteigert hat, sind ihm auf der andern Seite durch die Ueberanspannung der Steuerschraube wieder Steuersubjekte verloren gegangen und hat sich die Anzahl Steuerträger vermindert. Dieser seltsame Rampf zwischen Steuererhöhung und Steuerträger = Schwund starrt uns überall aus der Bewegung in der Erwerbsteuer .I. und II. Klasse entgegen. Bald ist die Steuererhöhung größer als der Schwund der Steuerträger; bald ist wieder dieser lettere größer, als der Erfolg der Steuerschraube. In Schäßburg ist vom Jahre 1876 bis 1880 die Erwerbsteuer I. und II Rlasse von 5584 fl. auf 7194 fl., in Bistrit von 5605 fl. auf 7548 fl. gestiegen. In Kronstadt ist dieselbe Steuer von 36,461 fl. (im Jahre 1878) auf 27,239 fl., Jahre 1880), in Hermannstadt von 14,747 fl. (im Jahre 1877) auf 13,305 fl. (im Jahre 1880), in Mediaf ch von 8490 fl. (im Jahre 1876) auf 5900 fl. (im Jahre 1880) herabgesunken. Hier hat die Stenererhöhung ben Steuerträger-Schwund nicht zu decken vermocht, während in Broos ber Steuerertrag von 4496 fl. (im Jahre 1876) auf 5256 fl. (im Jahre 1878) stieg und wieder auf 4857 fl. (im Jahre 1880) herabging. Der Ausgang dieses Kampfes kann nirgends zweifelhaft sein, denn die Steuererhöhung vermehrt fortwährend den Schwund der Steuerträger und dieser muß schließlich die erstere unmöglich machen. Denn was bedeutet dieser Kampf? Die Abnahme ber arbeitenden Sände, der steuerfähigen Bolksklassen, das Berfiegen ber Erwerbsquellen und für den Fiskus die Wüste, aus welcher die größte Finanzkunft keine Steuerquelle mehr hervorzaubern kann.

Dasselbe Schauspiel wiederholt sich bei der III. Erwerbstenerstallen fe. In Herwerdstadt ist der Stenerertrag dieser Rlasse von 27,536 fl. (im Jahre 1876) auf 37,247 fl. (im Jahre 1880), in Schäßburg in eben diesen Jahren von 6342 fl. auf 8508 fl., in Bistritz (III. und IV Rlasse) von 11,405 fl. auf 14,271 fl. gestiegen, dagegen in Mediasch von 7259 fl. (im Jahre 1876) auf 6411 fl. (im Jahre 1880) herabgesunken und in Kronstadt von 46,506 fl. (im Jahre 1876) zwar auf 94,877 fl. (III. und IV. Rlasse im Jahre 1878) gestiegen, aber von dieser Höhe wieder auf 68,022 fl. (III. und IV. Rlasse im Jahre 1880) herabgesunken, ebenso in Broos in den letztbezeichneten Jahren von 5029 fl. auf 6572 fl. gestiegen und dann wieder auf 6295 fl. herabgesunken.

Die Erwerbstener III. Alasse ist nicht, wie die der vorhergehenden Alassen, eine feste Alassenstener, sondern die eigentliche Einkommenstener, da sie auf Grund des fatirten, beziehungsweise bemessenen Keineinkommens auszeworsen wird. In dieser Klasse hat die eigentliche Erwerdskraft des Volkes, die wirthschaftlich belebende Unternehmungslust ihren Sit. Das allzustrasse Anziehen der Steuerschraube hat hier unvermeidlich die Ertödtung der Unternehmungslust zur Folge. Angesichts der Thatsache, daß die bereits bestehenden Unternehmungen unter der Steuerlast nahezu erdrückt werden, scheut sich der Geschäftsmann, eine neue Unternehmung zu begründen, die möglicherweise keinen Kreuzer Keinertrag abwirft, aber sicherlich ein Steuerobjekt für den Steuersiskus abgibt, der das Objekt und den daran hastenden Steuerträger nicht mehr losläßt, wenn auch das Anlagekapital dabei verloren gehen sollte.

Ift auf diese Schen, auf die Ertödtung des Unternehmungsgeistes, nicht auch jene bennruhigende Erscheinung zurückzusühren, welche uns in allen Geldinstituten entgegentritt? Die Einlagen häusen sich hier, denn der Einleger will den sichern Kapitalzins verdienen, anstatt einen unsichern Gewinn in einer arbeitenden Unternehmung zu suchen. Dagegen sinkt wieder die Nachstrage nach den auszuleihenden Kapitalien der Geldinstitute; die Einlagen bleiben zinslos in den Sparkassen und Vorschußvereinen liegen. Die Sparkassen und Vorschußvereine wehren sich mit aller Macht gegen das Zuströmen neuer Einlagen und sehen den Zinskuß für die letzteren herab. Es hilft Nichts; immer neue Einlagen strömen trotzem zu, denn die Unternehmungsslust erlischt immer mehr. Spars –und Vorschußvereine sehen sich schließlich zu dem verzweiselten Mittel gezwungen, die Aufnahme neuer Geldkapitalien gänzlich zu sperren.

IV.

Binsensteuer. Allgemeiner Einkommensteuer-Buschlag.

Dieser Prozeß wird durch die Rapitalzinsen= und Rentensteuer beschleunigt. Die neuere Finanzwissenschaft, namentlich Lorenz v. Stein, verurtheilt diese Steuer und mit Recht. Denn das Kapital, das der Zinsensteuer unterworfen wird, ist aus einem schon besteuerten Erwerbszweig, bem besteuerten Grund= oder Hausbesitz hervorgegangen. Warum dieses die Steuer bereits geminderte Kapital noch zum zweiten Mal besteuern, oder — wie dies in Ungarn geschieht — zum dritten, ja vierten Male? Ungarn wird nämlich das Rapital erstens als Grund- und Hausbesit, zweitens in der II. Rlasse der Erwerbsteuer, drittens durch die Zinsen= und Renten= steuer, und viertens durch den allgemeinen Einkommensteuerzuschlag besteuert. Aber die Steuergesetzgebung kummert sich wenig um die Finanzwissenschaft; sie braucht Geld und sucht es manchmal auch da, wo es nicht zu finden ist. So ist auch die Kapitalzinsen= und Rentensteuer entstanden; aber sie bleibt tropdem ungerecht und, trot der größten Findigkeit der Steuerorgane, unvollständig und nur zum kleineren Theile durchführbar. Denn immer werden ihr nur die absolut nicht zu verheimlichenden Kapitalsanlagen, d. i. die in den Grundbüchern intabulirten Hypothekardarleben und die öffentlichen (Staats=) Schuldpapiere unterworfen werden können, während die übrigen Rapitals= anlagen sich dieser läftigen Steuer zu entziehen wiffen. Diese Kapitalzinsen= und Rentensteuer hat sich nun innerhalb der letten sechs Jahre in Kronstadt, Hermannstadt, Schäßburg und Mediasch beiläufig vervierfacht! dies, daß die Steuerbemessungsorgane in dieser Zeit die Grundbücher bis in deren lette Schlupfwinkel durchstöbert haben.

Die nahezu ausschließliche Besteuerung der Hypotheken — die Kouponsteuer der Staatspapiere kommt hier nicht in Betracht, da sie schließlich immer auf den Staat zurückgewälzt wird und die neueren Anlehen des ungarischen Staates steuerfrei sind — muß das Kapital von dieser Art der Beranlagung abdrängen, in andere, dem Auge der Steuerbemessungs Dryane unsichtbare Kanäle treiben und jenen von uns oben erwähnten Prozeß in den Geldsinstituten beschleunigen. Findet das Kapital keinen lohnenden Zins mehr, dann hört der Spartrieb überhaupt auf, das Kapital geht zu Grunde oder sindet eine unproduktive Berwendung, wie in den Geelsteinen im Oriente, die man leicht vergraben oder auf der Flucht mit sich nehmen kann, die aber

feine Früchte tragen.

Wir übergehen hier die Unternehmungs- und Gesellschaftssteuer, die kein neues Moment darbietet, desgleichen die Gewehr- und Luxussteuern, welche einen geringen Ertrag abwersen, aber mit unverhältnißmäßig großen Plackereien für das Publikum verbunden sind und deshalb theilweise auch wieder aufgelassen werden, ebenso die neu eingeführte, dis auf das Jahr 1879 zurückwirkende Wehrsteuer, welche namentlich die Last der Erwerbsteuer- pflichtigen vermehrt.

Das Bild der gegenwärtigen Stenerlast würde jedoch unvollständig sein, wenn wir den im Jahre 1876 eingeführten allgemeinen Einkommen-

stener=Buschlag nicht erwähnen würden.

Der allgemeine Einkommenstener=Zuschlag betrug in Gulben österr. Währ.

,	in den Jahren						
	1876	1877	1878	1879	1880		
Kronstadt	21,318	24,400	26,622	30,790	29,496		
Hermannstadt	15,735	16,832	18,834	17,852	17,134		
Schäßburg	5099	4348	4434	4953	5098		
Mediasch	5514	5054	4976	4896	5068		
Bistrit	$\boldsymbol{6264}$	$\boldsymbol{6126}$	$\boldsymbol{6525}$	6433	6600		
Broos	3895	3850	4113	4384	4327		

Der allgemeine Einkommensteuer-Zuschlag ist eine einfache Steigerung der bisherigen von uns erwähnten Steuern (ausgenommen blos die I. Erwerbsteuerklasse); er verstärkt die Wirkung jeder einzelnen Steuergattung. Es gilt also in erhöhtem, potenzirtem Maße Dasjenige, was wir bei jeder einzelnen Steuergattung bisher bemerkt haben. Wir haben Nichts mehr hinzuzussügen.

Gewiß wird jedoch die Frage, die sich jedem ungarischen Patrioten bei der Betrachtung der Gesammt lage ausdrängt, nicht minder durch das vorsgesührte Detailbild nahe gelegt: Wie lange kann es noch so dauern?

B.

Pie Steuerlast in Germannstadt.

				. 1
			A	
	b.			, , 1
		7		
		,		
		4.		
				. 1
	•			
- + 1				
- + 1				
- 1		•		
				1
			•	
`				
				v 11=
		•		. 1
	-			
			· ·	
		4		,
30311				
				4
				\
			1	
				•
× .				,
			***	- •
				•
			1	**
	•			
a de la companya de				1.7
	,			•
	,		,	
		1		, ,
A STATE OF THE STA				
10.00				· .
			1 1 10	
		,		,
19-17 19-2				
		· ·		4 0
				a in put
				At or
	1			
1-11				

Die Stenerlast der Bevölkerung der Stadt Hermannstadt hat in den letzten Jahren eine, die wirthschaftliche Existenz vieler Bürger bestrohende und theilweise bereits vernichtende Steigerung ersahren, welche in keinem Verhältnisse weder mit der Bevölkerungszahl, noch mit dem

Wohlstande, noch mit den bestehenden Stenergesetzen steht.

Die direkten Staatssteuern, nämlich die Grundsteuer, Hausklassen= und Hauszinsfteuer, die Erwerbsteuer, Kapitals- Zinsen- und Kentensteuer, die Steuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Gesellschaften und Vereine (die drei letzteren Steuergattungen waren in der vor dem Jahre 1875 bestandenen Einkommen= und Personalerwerbsteuer vertreten) betrugen zusammen im Jahre 1858 70,471 fl. ö. W. (aus der damals giltigen Konventionswährung in die heutige Bankvaluta umgerechnet), im Jahre 1874 (sammt dem Handelskammer-Beitrag per 512 fl. 82 fr.) in Gulben 107,880 fl.; im Sahre 1875 (sammt Handelskammer-Beitrag, Lugusstenern und Gewehrstener) 124,955 fl.; im Jahre 1876 (sammt Rammerbeitrag, Luxussteuern, Gewehrsteuer und dem damals eingeführten allgemeinen Einkommensteuerzuschlage) 136,604 fl.; im Jahre 1877 (sammt den zuletzt erwähnten Steuergattungen) 143,176 fl.; im Jahre 1878 151,703 fl.; im Jahre 1879 155,780 fl.; im Jahre 1880 (ohne Luxus= steuer und Handelskammerbeitrag) 160,488 fl. Wird die der Stadt= kommune Hermannstadt im Jahre 1880 für die von ihr eingehobenen Schanktaren für die Jahre 1878, 1879 und 1880 nachträglich vorgeschriebene Rentensteuer, zu deren Bezahlung die Stadtkommune eben durch Beräußerung von Grundentlaftungs-Dbligationen ihr Stammvermögen angreifen muß, noch hinzugerechnet, so erhöht sich der auf Hermannstadt ent= fallende Gesammtbetrag der direkten Steuern im Jahre 1878 auf 155,465 fl.; 1879 auf 159,225 fl.; 1880 auf 164,277 fl. Die für die Jahre 1879 und 1880 bereits in Kraft getretene Wehrsteuer ist hiebei nicht berücksichtigt.

Gegenüber dieser fortwährend von Jahr zu Jahr fortschreitenden Steigerung der direkten Staatssteuern verhält sich die Bevölkerungsziffer der Stadt Hermannstadt in den letzen 22 Jahren ziemlich stationär. Bei der Volkszählung des Jahres 1857 betrug nämlich die Bevölkerung Hermannstadts 18,588, bei der Volkszählung des Jahres 1869 18,998 und bei der Volkszählung des Jahres 1880 19,285 Einwohner. Im Zeitzaume von 1857 bis 1869 hat sich die Bevölkerung Hermannstadts somit blos um 410, im Zeitraum von 1869 bis 1880 sogar nur um 287, also

innerhalb 23 Jahren insgesammt um 697 Einwohner vermehrt,

Auf den Kopf der Bevölkerung in Hermannstadt entfallen an direkten Staatssteuern im Jahre 1858 (die Volkszählung des Jahres 1857 zu Grunde gelegt) 3 fl. 79 fr., im Jahre 1874 (die Volkszählung des Jahres 1869 zu Grunde gelegt) 5 fl. 67 fr., im Jahre 1876 (die Volkszählung des Jahres 1869 zu Grunde gelegt) 7 fl. 19 fr., im Jahre 1880 (die Volkszählung des Jahres 1880 zu Grunde gelegt) 8 fl. 51 fr. Dazu kommen noch die Wehrsteuer, die Komitatszuschläge, die vielsach den Charakter von direkten Steuern annehmenden drückenden indirekten Staats= Steuern und andere Abgaben.

Jede einzelne direkte Steuergattung zeigt dies Bild einer unverhältniß= mäßigen Steigerung. Selbst die katastrale Grundsteuer, welche im Jahre 1858 für Hermannstadt 4672 fl. ö. W. ergab, betrug in den Jahren 1874 und 1875 schon 8503 fl., in den Jahren 1876 bis 1878 8577 fl.,

in den Jahren 1879 und 1880 8569 fl.

Die Hausstener (Hausklassen= und Hausginssteuer) ergab in Her= mannstadt im Jahre 1858 31,975 fl. ö. W., 1874 56,348 fl., 1875 66,248 fl., 1876 64,364 fl., 1877 63,667 fl., 1878 64,621 fl., 65,371 ft., 1880 66,293 ft.

Tie Personalerwerb= und Einkommen=Stener betrug in Hermannstadt im Jahre 1858 33,822 fl.; die Erwerb-, Renten- und Ünternehmungssteuer ergab im Jahre 1874 zusammen 42,711 fl.; im Jahre 1875 46,612 fl.; 1876 45,473 fl.; 1877 51,884 fl.; 1878 47,749 fl.; 1879 62,201 fl.; 1880 bereits 68,294 fl. ö. W.

Im Einzelnen ergab die Erwerbsteuer 1. und II. Rlaffe im Jahre 1874 11.985 fl.; im Jahre 1875 15.583 fl.; im Jahre 1876 13.327 fl.; 1877 14.647 fl.; 1878 13.928 fl.; 1879 13.466 fl.; 1880 13.305 fl. Seit dem Jahre 1877 ist somit ein fortwährender Rückgang in dem Ertrage der Erwerbsteuer 1. und II. Klasse wahrnehmbar. Was lehrt dieser Rückgang? Die Erwerbsteuer I. Klasse ist eine feste Klassensteuer, deren Ergebniß lediglich von der Anzahl der stenerpflichtigen Subjekte abhängt; in diese Rlasse gehören die landwirthschaftlichen Dienstboten, sowie die in Fabriken, Handels= und Industrie-Geschäften und Unternehmungen in der Eigenschaft als Dienstboten in Verwendung stehenden Individuen, das Hausgesinde und die Taglöhner, die in Fabriken, Handels= und In= dustrie-Geschäften und Unternehmungen angestellten Gehilfen und Hilfsar= beiter, wenn deren monatlicher Lohn 40 Gulden nicht übersteigt oder wenn sie gegen Stücklohn arbeiten, Diurniften, welche einen firen Jahres- ober Monatsgehalt nicht beziehen, ferner Schreiber und überhaupt folche Individuen, welche in einem Geschäfte, bei einer Unternehmung oder in einem Institute Schreib= oder Buchhaltungsgeschäfte besorgen oder als Aufseher in Verwendung stehen, jedoch dauernd nicht angestellt sind, oder welche ihrer Beschäftigung nach weder zu den hier angeführten Personen, noch auch in eine der übrigen Rlassen gehören, die ohne Gehilfen arbeitenden selbststän= digen Handwerker, (die in kleinen und großen Gemeinden mit Gehilfen arbeitenden Handwerker), Hausirer, welche keinen bestimmten Geschäftssit haben." Der Steuersat ist für die einzelnen Kategorien der zur ersten Erwerbsteuerklasse gehörigen Steuerpflichtigen fix und unveränderlich bemessen. Wenn daher die Erwerbsteuer I, Rlasse ein geringeres Erträgniß zu liefern

beginnt, so ist dies ein sicherer Beweis, daß die Anzahl der steuerpflichtigen Subjekte, die Dienstboten, Hausgesinde, Taglöhner, Fabriks-, Handels- und Industrie-Gehilfen und Hilfsarbeiter, Schreiber, Buchhalter, Handwerker, in der Abnahme begriffen ist. Der Rückgang des Ergebuisses der Erwerbsteuer I. Klasse beweist somit den seit 1877 fortschreitenden Schwund der Steuerträger und in weiterer Folge den Niedergang und die Einschräufung der Unternehmungen, welche in stets sich verringernderem Maße den Hilfs- arbeitern Erwerb und Brod bieten können.

Das Ergebniß der Erwerbsteuer II. Klasse ist von der Höhe der übrigen directen Steuergattungen abhängig; zu dieser Rlasse gehören näm= lich die Grund= und Hansbesitzer, ferner mit Ausnahme der Bachter Die= jenigen, welche die Erwerbsteuer III. Rlaffe, die Steuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen und Vereine oder die Berg= werksteuer zu entrichten haben und an Steuer mehr als 40 Gulden zahlen, endlich auch Diejenigen, welchen die Kapitalszinsen= und Rentensteuer vor= geschrieben ift. Die in die Il. Erwerbsteuerklaffe gehörigen Steuerpflichtigen haben vier Perzent des ihnen im vorhergegangenen Jahre an directen Steuern und an Grundentlastungszuschlag bemessenen Betrages (mit Ausschluß der im vorhergegangenen Jahre geleisteten Erwerbsteuer II. Klaffe) zu entrichten. Da nun in den folgenden Jahren seit 1877 die übrigen Steuergattungen im Großen und Ganzen bedentend gestiegen sind, so ist auch in demselben vierperzentigen Verhältniffe die Stenerleiftung der Erwerbstenerpflichtigen II. Klasse gewachsen. Ohne diese Steigerung der Erwerbsteuer II. Klasse wäre der Rückgang in dem Ergebnisse der Erwerbstener I. und II. Klasse noch bedentender und der Schwund der Stenerträger würde noch unver-

hüllter zu Tage treten.

Während die Anzahl der stenerpflichtigen Subjekte in der I. und II. Rlasse der Erwerbsteuer zu Folge der fiskalischen Steuerpolitik sich verringert, ift das durch die Schätzung des Reingewinnes erzielte Ergebniß der Erwerbstener III. Klasse in der Periode von 1875 bis 1880 — mit Ausnahme eines einzigen Jahres — fortwährend gestiegen. So ergab die Erwerbsteuer III. Klasse (mit Einschluß der den zur öffentlichen Rechnungs= legung verpflichteten Vereine und Unternehmungen) im Jahre 1875 25,467 fl.; 1876 27,536 fl.; 1877 30,226 fl.; 1878 25,024 fl.; 1879 30,361 fl.; 1880 37,247 fl. In die III. Klaffe gehören die Pächter, Fabrikanten und Gewerbetreibenden mit Ausnahme der unter die I. Klasse fallenden Handwerker, die Bankiers, Handelsleute, Apotheker und im Allgemeinen alle Diejenigen, welche ein nutbringendes Geschäft betreiben, alle Diejenigen, welche sich einer mit einem Jahres= ober Monatsgehalte oder einem Honorar nicht verbundenen geistigen oder fünftlerischen Beschäftigung widmen als: Ad= vokaten, Ingenieure, Aerzte, Chirurgen, Acconcheure, Hebammen, Schriftsteller, Künftler, Privatlehrer, Lehrer, Direkturen der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen und Vereine, sowie die Verwaltungsräthe bezüglich der ihnen für die Präsenzmarken gebührenden Beträge. Die Erwerbsteuer III. Klasse wird nach dem durch Schätzung zu ermittelnden Reingewinn erhoben und mit 10 Perzent von demselben bemeffen. Während nun die Anzahl der in Wahrheit steuerpflichtigen Betriebe sich vermindert hat, es bisher, mit Ausnahme des Jahres 1878, den Steuerbemessungsorganen

gelungen, durch Erforschung neuer, in Bezug auf ihre Steuerpflicht zweifelhafter Betriebe oder durch Ueberschätzung der wirklich erzielten Reingewinne von Jahr zu Jahr eine Steigerung des Ertrages der Erwerbsteuer III. Rlasse zu bewirken. Das in den Verhältnissen nicht begründete allzustraffe Anziehen der Steuerschraube hat hier unvermeidlich die Ertödtung der Unternehmungslust zur Folge. Ein Beispiel hiefür bietet der Biehhandel, der, in Hermannstadt kaum in erfreulichem Maße begonnen, sofort von übertriebenen Steuerforderungen getroffen und von den meisten Unternehmern aus Furcht vor übermäßiger Besteuerung wieder aufgelassen Ueberhaupt hat die Erwerbsteuer III. Klasse in Hermanustadt worden ist. eine sonst in keiner andern, viel günftigerer Erwerbsbedingungen als Her= mannstadt sich erfrenenden Stadt Siebenbürgens erreichte relative Höhe erklommen. Nach dem von Sr. Ercellenz dem Herrn f. n. Handelsminister als Basis für die Vertheilung der Handelskammermandate im Kronstädter Handels= und Gewerbekammer=Bezirke angenommenen Verzeichnisse der für die Handelskammer Beitragspflichtigen zahlten von den 507 handelskammer= beitragspflichtigen Handel= und Gewerbetreibenden Hermannstadts jeder im Jahre 1879 eine durchschnittliche Einkommensteuer von 42 fl. 81 kr.; alle zusammen zahlten 22,704 fl. 63 kr., um 9196 fl. 27 kr. ö. W. mehr, als die im Sahre 1872 in das Handelskammer-Steuerverzeichniß eingetragenen 694 Handels- und Gewerbsleute in Hermannstadt. Die Durchschnittsfteuer der in dem Handelskammerverzeichnisse eingetragenen Handels= und Gewerbsleute in Hermannstadt betrug im Jahre 1878, bei einer Anzahl von 503, 40 fl. 28 kr., im Jahre 1879, bei einer Anzahl von 507, 42 fl. 81 kr. Die Durchschnittsziffer in Hermannstadt überragt weitaus diejenigen aller andern, theilweise volks- und erwerbsreicheren Städte Siebenbürgens. So zahlten die in das Steuerverzeichniß der be-Handels= und Gewerbekammer (Kronstadt, beziehungsweise treffenden Klausenburg) eingetragenen Handels- und Gewerbsteute im Jahre 1878 im Durchschnitte: in Kronftadt 37 fl. 62 fr., in Sepsi-Szent-György 23 fl. 54 fr.. in Maros-Vasarhely sogar nur 14 fl. 53 fr. und in Rezdi-Vasarhely 11 fl. 48 kr. ö. W.

Die von fixen Gehalten nach einer gesetzlich feststehenden Skala ent=richtete Erwerbsteuer IV. Klasse bietet kanm die Wöglichkeit einer unge=rechten Bemessung dar. Sie betrug in Hermannstadt im Jahre 1875 1543 fl.; 1876 1520 fl.; 1877 2128 fl.; 1878 2119 fl.; 1879 2119 fl.; 1880 2380 fl.

Dagegen ist die Kapitals-Zinsen- und Kentensteuer in den letten Jahren rapid in die Höhe geschnellt. Sie ergab in Hermannstadt 1875 4019 fl.; 1876 3090 fl.; 1877 4783 fl.; 1878 6678 fl.; 1879 16,255 fl.; 1880 15,362 fl.; beziehungsweise mit Hinzurechnung der nachsträglich der Stadtkommune für die drei letzen Jahre auserlegten Schanktarenbesteuerung (Rentensteuer) im Jahre 1878 10,440 fl; im Jahre 1879 19,700 fl.; im Jahre 1880 19,151 fl.

Der allgemeine Einkommensteuer=Zuschlag betrug in Hermannstadt 1876 15,735 fl.; 1877 16,832 fl.; 1878 18,834 fl.; 1879

17,852 fl.: 1880 17,134 fl.

Die bedeutende Steigerung der direkten Staatssteuern, welche von 70,471 fl. (im Jahre 1858) auf 107,880 fl. (im Jahre 1874) und seit

1875 von 124,955 fl. bis zum Jahre 1880 auf 164,277 fl. angewachsen sind, kann durch die natürlichen Factoren der Stenerzunahme: durch die fast stationäre Bevölkerungszisser und durch den nachweisbaren Rückgang des Wohlstandes in Hermannstadt nicht oder höchstens zu einem verschwinsdend geringen Theile erklärt werden. Hermannstadt, das im Jahre 1858 als damalige Landeshauptstadt auch einen Mittelpunkt des Verkehrs bildete und im Ausblühen begriffen war, ist seit der zweiten Hälfte der Sechziger Jahre zu einer Landstadt herabgesunken, welche durch die gegenwärtig bestehenden, für sie ungünstigen Eisenbahnverbindungen vom Verkehre immer mehr abgedrängt wird und, abgesehen von der Handel und Wandel schwerschältgenden siskalischen Steuerpolitik, eine fortschreitende Schmälerung seiner natürlichen Erwerbsbedingungen erleidet. Der Rückschritt in den allgemeinen Erwerbs= und Vermögensverhältnissen ist unverkennbar.

Deutlich erhellt die Abnahme des Wohlstandes aus dem Rückgange zahlreicher, in Hermannstadt früher blühender Gewerbszweige. Nach den Angaben der betreffenden Genossenschaften zählte die Spenglerei im Jahre 1858 18 Meister, 30 Gesellen, 18 Lehrlinge; im Jahre 1872 15 Weister, 12 Gesellen, 8 Lehrlinge; im Jahre 1880 6 Meister 6 Gesellen,

12 Lehrlinge;

bas Müllerei-Gewerbe 1858 16 Meister, 28 Gesellen, 32 Lehrlinge; 1872 14 Meister, 25 Gesellen, 21 Lehrlinge; 1880 11 ausübende Meister, 30 Gesellen, 12 Lehrlinge;

das Zimmermanns-Gewerbe 1858 7 Meister, 50 Gesellen, 12 Lehrlinge; 1872 7 Meister, 28 Gesellen, 6 Lehrlinge; 1880 7 Meister,

10 Gesellen, 5 Lehrlinge;

das Seiler-Gewerbe 1858 20 Meister, 32 Gesellen, 4 Lehrlinge, 40 Hilfsarbeiter; 1872 14 Meister, 26 Gesellen, 2 Lehrlinge, 30 Hilfsarbeiter; 1880 11 Meister, 15 Gesellen, 1 Lehrling, 23 Hilfsarbeiter;

die Wollweberei 1858 24 Meister, 18 Gesellen, 4 Lehrlinge, 79 Hilfsarbeiter; 1872 21 Meister, 15 Gesellen, 9 Lehrlinge, 26 Hilfs=

arbeiter; 1880 7 Meister, 3 Gesellen, 1 Lehrling, 7 Hilfsarbeiter;

die Webere i 1858 52 Meister, 50 bis 60 Gesellen, 8 bis 10 Lehrslinge, 40 Hilfsarbeiter; 1872 38 Meister, 20 bis 30 Gesellen, 2 bis 4 Lehrlinge, 20 Hilfsarbeiter; 1880 13 Meister, 10 bis 15 Gesellen, keine Lehrlinge, 8 bis 10 Hilfsarbeiter;

die Tuchmacherei 1858 26 Meister, 67 Gesellen, 5 Lehrlinge, 88 Hilfsarbeiter; 1872 16 Meister, 31 Gesellen, 4 Lehrlinge, 39 Hilfsarbeiter; 1880 14 Meister, 15 Gesellen, keine Lehrlinge, 27 Hilfsarbeiter

(ohne die Scherer'sche Fabrik);

die Strumpfwirkerei 1858 3 Meister, 9 Gesellen, 1 Lehrling, 10 Hilfsarbeiter; 1872 3-Meister, 5 Gesellen, 3 Lehrlinge, 4 Hilfsarbeiter;

1880 2 Meister, 3 Gesellen, keine Lehrlinge und Hilfsarbeiter;

die Tischler ei 1858 41 Meister, 162 Gesellen, 17 Lehrlinge; 1872 38 Meister, 70 Gesellen, 19 Lehrlinge; 1880 27 Meister, 39 Gesellen, 16 Lehrlinge (von den 27 Meistern beschäftigen bloß 13 fortwährend Gesellen);

die Wagnerei 1858 12 Meister, 28 Gesellen, 17 Lehrlinge; 1872 11 Meister, 27 Gesellen, 14 Lehrlinge; 1880 6 Meister, 6 Gesellen, 7 Lehrlinge; die Faßbinderei 1858 26 Meister, 12 Gesellen, 8 Lehrlinge; 1872 27 Meister, 10 Gesellen, 6 Lehrlinge; 1880 18 Meister, 4 Gesellen, 4 Lehrlinge;

die Hafnerei 1858 19 Meister, 17 Gesellen; 1872 11 Meister,

7 Gesellen; 1880 9 Meister, 3 Gesellen, 4 Lehrlinge;

die Kothgerberei 1858 18 Meister, 34 Gesellen, 4 Lehrlinge, 8 Hilfsarbeiter; 1872 14 Meister, 23 Gesellen, 8 Lehrlinge, 5 Hilfsarbeiter; 1880 9 Meister, 16 Gesellen, 4 Lehrlinge, 2 Hilfsarbeiter;

die Sattlerei 1858 6 Meister, 18 Gesellen, 10 Lehrlinge, 2 Hilfs- arbeiter; 1872 8 Meister, 6 Gesellen, 12 Lehrlinge; 1880 4 Meister,

3 Gefellen, 7 Lehrlinge;

die Tschismenmacherei 1858 80 Meister, 45 Gesellen, 53 Lehrlinge (verarmt waren 16); 1872 103 Meister, 60 Gesellen, 80 Lehrlinge (verarmt waren 18); 1880 72 Meister, 48 Gesellen, 57 Lehrlinge (verarmt

waren 28).

Zeugniß von der fortschreitenden Verarmung legt auch das Wachsthum der weit hinter dem Bedürfnisse zurückbleibenden Ausgaben für das städtische Siechenhaus und den städtischen Armen= und Almosensond ab. So erforderte das städtische Siechenhaus im Jahre 1872 6706 fl. 11 kr.; 1873 6951 fl. 82 kr.; 1875 7349 fl. 90 kr.; 1877 11,141 fl. 10 kr.; 1878 10,800 fl. 9½ kr.; 1879 13,017 fl. 36 kr.; serner der städtische Armen= und Almosensond 1872 5924 fl. 12 kr.; 1873 6128 fl. 57½ kr.; 1875 6502 fl. 04 kr.; 1877 7855 fl. 94½ kr.; 1878 8846 fl. 18 kr.; 1879 9867 fl. 85 kr.

Wohl kann die Steigerung der direkten Steuerleiftung vom Jahre 1874 bis zu den Jahren 1875 und 1876 durch die in diesen lettern Jahren in Rraft getretene beträchtliche Erhöhung der direkten Staatsstener und die Einführung neuer Steuergattungen erklärt werden. Aber diefer Erflärungsgrund reicht für die seit den Jahren 1875 und 1876 bis zur Gegenwart ununterbrochen fortgesetzte Steigerung der Steuerlast nicht Denn diese direkte Steuerlast ist von 136,604 fl. (im Jahre aus. 1876) auf 143,176 fl. (im Jahre 1877), ferner auf 155,465 fl. (im Jahre 1878), ferner auf 159,225 fl. (im Jahre 1879) und auf 164,277 fl. (im Jahre 1880) unter der Herrschaft der= felben im Besentlichen unverändert gebliebenen Steuer= gesete, desselben Stenerfußes oder Steuerschlüssels, erfolgt. Wenn nun die fortschreitende Steigerung der direkten Staatssteuer in Hermanustadt seit dem Jahre 1876 herwärts weder durch die natürlichen Fattoren der Steuerzunahme: nämlich durch die Bevölfrungsziffer und den allgemeinen Wohlstand, noch durch eine Aenderung der Steuergesetze erklärt werden kann, so bleibt nur die Schlußfolgerung übrig, daß diese Steigerung lediglich durch die Durchführung der Steuergesetze, beziehungsweise durch das Verfahren der Steuerbemeffungsorgane bewirkt worden sei.

In dieser Beziehung kann nun auch nur entweder die eine oder die andere Annahme richtig sein: daß entweder das Verfahren der Steuerbemessurgane früher schleuderhaft und sträflich gewesen sei, indem dieselben vorhandene Steuerobjekte nicht oder nicht im gesetzlichen Ausmaße zur Besteuerung herangezogen haben, oder die Steuerbemessungsorgane

später thatsächlich nicht vorhandene Steuerobjekte willkürlich erfunden oder die vorhandenen übermäßig besteuert haben. Wir werden an konkreten, der unmittelbarsten Gegenwart entnommenen Beispielen den Nachweis liefern, daß das Lettere der Fall sei. Wir werden insbesondere beweisen, daß

1) fictive Steuerobjekte seitens der Bemessungsorgane aufgestellt,

N) die vorhandenen Steuerobjekte nach willkürlichen, je nach dem fiskalischen Bedürfnisse wechselnden, einander sich geradezu widersprechenden Bemessungsmethoden zur Besteuerung herangezogen worden seien,

III) die Bemessung der Steuer auf oft unhaltbaren oder verwerflichen

Grundlagen erfolgt und

IV) Das Verfahren der Stenerbemessungskommission in zahlreichen Fällen mit dem unheilbaren Gebrechen der Nichtigkeit behaftet und das Ehrgefühl der Stenerträger gröblich verletzend sei.

1. Seitens der Stenerbemessungsorgane werden oft fiktive Stenerobjekte anfacstellt.

Bur Erhärtung dieser Behauptung mögen hier folgende Beispiele

erwähnt werden:

a) Der Hutmacher Ackerfeld in Hermannstadt, der im Spital gestorben ist und am 18. Mai 1881 murde, beerdiat Jahre 1880 nach seinem im Niedergange begriffenen Erwerbe besteuert Auch für das Jahr 1881 wurde demfelben die Erwerbsteuer III. Klasse bemessen, obwohl er seit Monaten todtkrank gelegen, im Jahre 1881 Richts verdient hatte und dermaßen verarmt war, daß seine Frau ihm nicht einmal die Medikamente kaufen konnte. Die Frau erschien auftatt ihres auf dem Todtenbette liegenden Mannes, deffen Lebensfrift nur nach Tagen gezählt war, vor der in Hermannstadt tagenden Erwerbstener= tommission, welche aus den vom Herrn Finanzminister ernannten A. Well= mann, pensionirter Steuerinspektor, als Präses, Beter Brote, pensionirter Bezirksaktuar, und Karl Dietrich, pensionirter Oberingenieur, als Mitgliebern, sowie den beiden vom Bicegespan des Hermannstädter Komitates ernaunten Mitgliedern Adalbert Steiner, gewesener Raufmann, und Mathias Hubner, Dorfnotär in Neppendorf, zusammengesetzt ist, und machte ihre drückende Armuth, die Erwerbsunfähigkeit ihres Mannes und das Unvermogen, die vom Steuerinspektorate beautragte Steuer zu zahlen, geltend, da ein Erwerb im Jahre 1881 nicht stattgefunden habe und somit ein Steuerobjekt gar nicht vorhanden sei. Nichts destoweniger wurde dem todt= tranken Ackerfeld die Steuer für 1881 seitens der Erwerbsteuer-Rommission bemeffen und der Kommiffionsprases A. Wellmann, königl. ung. Stenerinspektor in Pension, fragte die Frau: ob ihr Mann schon im Jahre 1880 frank gewesen sei? Auf die verneinende Antwort der Fran erklärte der Kommissionspräses: der Ackerfeld habe im Jahre 1880 verdient und somit auch für 1881 die Erwerbstener III. Klasse zu zahlen. Wenn er im Jahre 1881 Nichts verdient haben sollte, könnte er erst im Jahre 1882 von der Erwerbstener III. Klasse befreit werden. Es liegt hier auf der Hand, daß in diesem Falle eine Berwechselung zwischen Maßstab der Besteuerung und Steuerobjekt vorliegt und daß der Kommissionsprases und mit ihm die

Kommission sich dieser Verwechselung schuldig gemacht hat, abgesehen von

der unmenschlichen Härte, die keiner Schilderung bedarf.

b) Ein anderer Fall betrifft den Hermannstädter Weißbäcker Leopold Derselbe war als Bächter einer Eislaufbahn im Jahre 1880 be= steuert worden, ging in demselben Jahre wirthschaftlich zu Grunde und muß gegenwärtig als Geselle seinen und seiner Familie färglichen Unterhalt zu erwerben trachten. Obwohl ihm sein wirthschaftlicher Ruin es unmöglich machte, an eine Eisbahn=Unternehmung im Winter 1880/1 auch nur zu deuken, wurde er dennoch zur Besteuerung für 1881 laut der öffentlich angeschlagenen Kundmachung der Kommission, in der Gigenschaft als Gisbahn-Unternehmer herangezogen, angeblich weil er schon im Fahre 1880 als Eisbahn-Unternehmer besteuert worden sei. Auch hier liegt dieselbe Verwechselung zwischen Maßstab der Besteuerung und Steuerobiekt vor. Die Besteuerung Leopold Kellners als Eisbahn-Unternehmers erscheint um so auffälliger, als derselbe in dem von der Bemessungskommission gemäß § 24 bes G.-A. 1876: XV öffentlich angeschlagenen Ausweise zweimal als Steuersubjekt aufgeführt wird; einmal unter der Rubrik 23 Post 161 als Eisbahn-Unternehmer, mit 15 fl. bestenert, das anderemal unter der Rubrik 102 Post 883 als Weißbacker, unbesteuert. Hier ließ ihn die Rommission wegen offenbarer Erwerbslosigkeit unbesteuert, während sie ihn für die nicht vorhandene Eisbahn-Unternehmung bestenerte.

In zahlreichen anderen Fällen stellen die Steuerbemessungsorgane siktive Steuerobjekte durch eine willkürliche Zerlegung eines einheitlichen Geschäftsbetriebes in mehrere Geschäftsabschlüsse oder Geschäftszweige auf und erzielen auf diese Weise eine ganz und gar nicht gerechtsertigte Versvielsachung der Steuer. Die Praxis liesert in dieser Beziehung geradezu haarsträubende Beispiele für die mißbräuchliche Verrenkung des § 3 des von der Erwerbsteuer handelnden Gesehartikels XXIX vom Jahre 1875: "Terjenige Steuerpflichtige, welcher eine aus verschiedenen Beschäftigungen herrührendes Einkommen besitzt, hat die Erwerbsteuer für jedes derselben dem betreffenden Steuerschlüssel gemäß besonders zu entrichten." Das Gesehspricht hier ausdrücklich von "verschiedenen, zu derselben Beschäftigung geshörenden und von derselben einheitlich zusammengesakten Geschäftsabschlüssen. Aber was macht die Praxis der Steuerbemessungsorgane aus dieser Gesehses

bestimmung? Einzelne Beispiele mögen bier reben.

c) Der Hermannstädter Bäckermeister Friedrich Krauß wurde heuer seitens der Erwerhsteuer-Bemessungs-Kommission, laut der öffentlich angeschlagenen Kundmachung der Kommission, unter Post 868 einmal als Bäcker mit 75 fl. und zweitens unter Post 50 in der Eigenschaft als Ausspeiser im Bürgerspital, an welches er das von ihm selbst in seinem Gewerbe erzeugte Brod liefert, mit 16 fl. 25 kr., also zweimal für ein und dasselbe Objekt besteuert. Mit demselben Kechte könnte der Verkauf jedes einzelnen Semmels an einzelne Kunden als ein besonderer Geschäftszweig besteuert werden.

d) F. J. Zeibig, protokollirter Kaufmann mit dem Geschäftszweige Produktenhandel in Hermannstadt, wurde, laut den ihm zugestellten Vorsladungen, in der mehrfachen Eigenschaft als Fruchts, Produktens und Specks händler und zwar laut Vorladung Nr. 591 i) für Fruchtlieferung von 9842 fl. mit 984 fl. 20 fr., laut Vorladung Nr. 591 h) für Fruchtlieferung von 999 fl. 60 fr. mit 99 fl. 96 fr., laut Vorladung Nr. 698 für Prosultenhandel von 1014 fl. mit 101 fl. 40 fr. und laut Vorladung Nr. 709 b) für Speckhandel von 400 fl. mit 40 fl. zur Besteuerung sür 1881 beantragt. Wenn diese Zerlegung eines einheitlichen Geschäftsbetriebes in mehrere selbstständige Theise nach den, den Gegenstand des Handels bildenden Waarensorten oder nach den Erscheinungsformen der Ansübung eines Veruses richtig wäre, so müßte z. V. der Spezereihändler in hundert= und tausendsacher Sigenschaft zur Vesteuerung gelangen: als Kaffee=, Zucker=, Kanditen=, Chokolade=, Petroleum=, Zündhölzchen=, Talglichter=, Del=, Safran=, Pfeffer=, Paprika=, Reis=, Wachs=, Vürsten= und Vesenhändler u. s. v. Deßgleichen müßte der Arzt, je nach den verschiedenen Hantirungen in seinem Veruse, als Geburtshelser, Chirurg, Mediziner, Zahn=, Augen= und Ohrenarzt u. s. w. abgesondert besteuert werden.

Der Produktenhändler F. F. Zeibig konnte nur nach langen Vorsstellungen beim k. Steuerinspektorate erreichen, daß sein Geschäft nur als Produktengeschäft zur Besteuerung beautragt werde. Allerdings war troßbem der beautragte Steuersat übermäßig hoch. F. Zeibig, der von seinem Produktengeschäfte au Erwerbsteuer im Jahre 1876 10 fl.; 1877 14 fl. 80 kr; 1878 35 fl.; 1879 29 fl.; 1880 60 fl. zahlte, wurde für das Jahr 1881 für dasselbe Produktengeschäft mit 1225 fl. 50 kr. Erwerbsteuer nach einem willkürlich auf 12,255 fl. geschätzten Reineinkommen zur Besteuerung beautragt. Die Rommission setzte im Einverständnisse mit dem k. Steuerinspektor, die übermäßige Höhe dieses Steuersates einsehend, auf den allerdings noch immer zu hohen Betrag von 320 fl. 50 kr. herab.

Und wie ist diese Stener, beziehungsweise das demselben angeblich zu Grunde liegende Einkommen berechnet worden? Die Stenerbemessungsorgane ermittelten bei der Eisenbahn-Verwaltung die Anzahl der Waggons Roggen, Weizen, Hafer n. s. w., welche J. F. Zeibig im Jahre 1880 versendet, und nahmen Ansangs bei sedem Waggon Weizen 60 fl., beim Waggon Roggen 50 fl., beim Waggon Hafer 37 fl. als Reingewinn an, der einem durchschnittlichen Prozentsaße von 6% bei sedem einzelnen Gesichafte entspräche, obwohl F. F. Zeibig nachwies, daß die bedeutendsten, ihn weitaus überragenden Großhändler, insbesondere die Pester Produttenshandlungshäuser, die sich bei einem geringern Risis blos mit kommissionsweisem Verkause beschäftigen, im Durchschnitte nur 10 fl. Bruttogewinn beim Waggon erzielen und ein größerer Gewinn schon deßhalb unwahrscheinlich sei, weil die Waare durch fünf bis sechs Hände gehe. Die StenerbemessungsRommission nahm hierauf den Reingewinn per Waggon mit 10 fl. an.

- e) Ebenso wurde der mit dem Geschäftszweige Speditions-, Conimissions- und Productenhandel protokollirte Kausmann M. Felter laut Kundmachung der Commission Post 777 einmal als Spediteur und zweistens unter Post 697 als Productenhändler, also mehrfach besteuert.
- f) Fiktive Steuerobjekte werden auch bei anderen Steuergattungen, so bei der Kapitalzinsen= und Rentensteuer, aufgestellt.

Als Beweis möge folgendes, aktenmäßig belegtes Beispiel dienen.

Die hiesige Wittwe Ida Seiwerth geborene Drafsker kaufte laut einem am 14. Januar 1878 abgeschlossenen Kausvertrage von ihrer Mutter Ernestine Drafsker in Hermannstadt die im 354 Hermannstädter Grundsbuchsprotokole A + D. Z. 1. T. Z. 1344 verzeichnete, in der Poschensgasse Nr 10 gelegene Hausrealität um den vereinbarten Preis von 3435 fl. 75 kr. ö. W. Als Kausschilling diente zum Theil die auf der verkausten Realität zu Gunsten der Frau Ida Seiwerth geborenen Drafsker lastende Forderung gegen Frau Ernestine Drafsker per 3015 fl. 75 kr. ö. W. Selbstverständlich wurde diese Hypothekarforderung per 3015 fl. 75 kr., da sich Gläubiger und Schuldner in der einen Person der Känserin und neuen Eigenthümerin vereinigten, grundbücherlich gelöscht laut Beschluß des Hermannstädter k. Gerichtshofes vom 22: März 1878 Z. 966 1878 und die Löschung der Forderung laut der vom Grundbuchsamt auf dem Kausevertrage beigesetzten Verständigung vom 28. Wärz 1881 bewirkt.

Nichtsdestoweniger, obwohl die Hypothekarforderung der Fran Ida Seiwerth, geb. Drafsker per 3015 fl. 75 kr. ö. W. im Jahre 1878 geslöscht wurde und somit nicht mehr bestand, wurde der Fran Ida Seiwerth, geborenen Drafsker, für die gelöschte und nicht mehr existirende Forderung per 3015 fl. 75 kr. ein sechsperzentiges Zinseneinkommen von 180 fl. 90 kr. und demnach eine Kapitalzinsenstener von 18 fl. 9 kr. ö. W. seitens der ErwerbsteuersBemessungskommission in Hermannstadt am 23. Mai 1881

bemessen und vorgeschrieben!

II. Die vorhandenen Stenerobjekte werden nach willkürlichen, je nach dem fiskalischen Bedürfnisse wechselnden, einander geradezu widersprechenden Bemessungsmethoden zur Bestenerung herangezogen.

Als Beweise mögen folgende Beispiele dienen:

a) Auf den 12. Mai 1881 wurden der hiesige Spedikeur Morik Felter und der Productenhändler F. F. Zeibig vor die in Hermanustadt tagende Erwerhstener-Bemessummission worgeladen, um für einen im Lause des Jahres 1881 begonnenen Handel mit Speck bestenert zu werden. Moritz Felter hat nachweisbar den Handel mit Speck am 17. Januar 1881 begonnen; Gewinn und Verlust dieses Geschäftes sind noch vollständig unsberechenbar und ungewiß. Nichtsdestoweniger nahm das Stenerinspectorat bei diesem noch ungewissen Speckgeschäfte anticipando ein Einkommen von 1200 fl. sür das lausende Jahr 1881 an und beantragte demnach einen Stenersat von 120 fl. nach diesem Speckgeschäfte.

Der Productenhändler J. F. Zeibig hatte einen Speckhandel sogar erst Ende Februar 1881 neubegonnen und wurde nichtsdestoweniger anticipando für ein mit 400 fl. angenommenes Einkommen aus dem Speckgeschäft zur Besteuerung für das Jahr 1881 mit 40 fl. beantragt.

Bei der Verhandlung vor der Erwerbsteuer-Bemessungskommission am 12. Mai 1881 wurde der zurerst vorgerusene Moritz Felter seitens der Erwerbsteuer-Bemessungskommission von der beantragten Steuer für das Speckgeschäft im Jahre 1881 freigesprochen, offenbar weil Gewinn und Verlust noch nicht abzusehen sind und möglicherweise anticipando der Verlust besteuert werden könnte. Der anwesende Vertreter des k. Steuer-

inspectorates recurrirte jedoch gegen diesen freisprechenden Beschluß der

Bemessungskomission.

Unmittelbar nach Morit Felter wurde ber Productenhändler J. F. Zeibig vor die Bemeffungskommiffion vorgerufen. Und dieselbe Bemeffungs= kommission, welche einige Minuten vorher den Morit Felter von der für das Jahr 1881 zu gahlenden Erwerbsteuer für das im Jahre 1881 erft begonnene Speckgeschäft freigesprochen hatte, besteuerte — wohl unter dem Eindrucke der vom Vertreter des Steuerinspectorates angemeldeten Rekurses. — den Produktenhändler J. F. Zeibig für das ebenfalls im Jahre 1881 und sogar einen Monat später, als dasjenige Felter's, begonnene Speckge= schäft für das Jahr 1881. Die Kommission nahm, dem Produktenhändler 3. F. Zeibig gegenüber, an, daß er an dem Speck im Jahre 1881 150 fl. verdiene, und schrieb ihm auf Grund dieser Annahme antizipando eine Erwerbstener von 15 fl. ö. 28. für das Speckgeschäft vor. Bemerkenswerth ist hiebei noch, daß die Kommission die Bestenerung Zeibig's nach einem von ihr willfürlich mit 150 Meterzentner angenommenen Quantum Speck vornahm, obwol J. F. Zeibig mit den Aufgabs-Rezepissen und Ginkaufs= Bücheln dokumentarisch nachwies, daß er überhaupt blos 132 Meterzentner Speck gekauft und versandt habe, worauf der Kommissionspräses bemerkte, baß die Kommission dieses Quantum von 132 auf 150 Meterzentner abgerundet habe. Diese willfürliche Abrundung repräsentirt einen beiläufigen Werth von 1000 fl. ö. W. J. F. Zeibig melbete bagegen ben Refurs an die Steuer=Reklamation=Rommission an.

Der Widerspruch zwischen den unmittlbar aufeinander folgenden Entscheidungen der Steuerkommission war nun doch zu grell und auffällig. Um denselben zu beseitigen, erhielt Moritz Felter und I. F. Zeibig eine über Veranlassung des k. Steuerinspektorates vom städtischen Steueregaktorate unter dem 16. Mai 1881 ausgefertigte Vorladung, am 19. Mai 1881 abermals vor der Erwerbsstener-Bemessungskommission wegen des

Speckgeschäftes zu erscheinen.

Moritz Felter wurde nun am 19. Mai 1881 wieder zuerst aufgerufen und für das im Jahre 1881 erst begonnene Speckgeschäft, bezüglich dessen er seitens der Kommission am 12. Mai 1881 von einer Besteuerung für das Jahr 1881 freigesprochen worden war, nunmehr mit 18 fl. Er-

werbsteuer III. Klasse für das laufende Jahr 1881 besteuert.

Nun meldete sich der anwesende Produktenhändler J. J. Zeibig zum Worte. Der Komissonöpes wollte ihn jedoch nicht vernehmen, da er für das Speckgeschäft bereits am 12. Mai besteuert worden sei. J. J. Zeibig berief sich auf seine Vorladung; doch ließ der Kommissonöpräses dieselbe nicht gelten, da die Vorladung nicht von der Kommission ausgegangen sei. Nun verlangte J. J. Zeibig wenigstens, daß die achttägige Frist für den Rekurs gegen die wegen des Speckgeschäftes vollzogene Besteuerung nicht vom 12. Mai, sondern vom 19. Mai an laufen möge, da er im Verstrauen auf die vom k. Steuerinspektor verheißene Reassumirung seiner wegen des Speckgeschäftes versügten Besteuerung und auf die ihm zugesstellte Vorladung den Kekurs nicht ausgearbeitet habe und in den wenigen Stunden dis zum 20. Mai 1881 nicht mehr ausarbeiten könne. Doch wurde er auch mit diesem Begehren abgewiesen.

b) Banz entgegengesett, wie im vorhin erwähnten Falle, in welchem eine im Jahre 1881 erft begonnene Unternehmung im Voraus nach einem willfürlich gemuthmaßten, zukunftigen Einkommen besteuert wurde, verfuhr die in Hermannstadt tagende Erwerbsteuer-Bemessungs-Rommission in einem andern Falle. Bei der am 24. Mai 1881 vor der Kommission gepflogenen Verhaudlung wurde den Erben des Michael Sill ein Einkommen von 369 fl. aus einem im Jahre 1880 betriebenen, seither aber eingestellten Biehhandel festgestellt und eine Erwerbsteuer von 36 fl. 90 fr. für das Jahr 1881 vorgeschrieben. Der als Vertreter der Erben erschienene Landes= advokat Viktor Sill machte geltend, daß die Erben des Michael Sill, um für das Jahr 1881 unter dem Titel "Biehhandel" eine Erwerbsteuer zu zahlen, einen Viehhandel auch im Jahre 1881 hätten treiben müffen, was erwiesenermaßen nicht geschehen. Dagegen wendete die Erwerbsteuer-Be-messungs-Kommission ein, daß die Erwerbsteuer allerdings für das Jahr 1881 vorgeschrieben werde, allein auf Grund der Daten und Verhältnisse des Vorjahres, und da die Erben des Michael Sill im Vorjahre Vieh zum Verkaufe nach Wien geschickt hätten, müßten sie eben im Jahre 1881 die Erwerbsteuer zahlen. Die Bemessungs-Kommission machte also hier die entgegengesette Auffassung geltend, wie in dem Falle Felter und Zeibig.

Der Vertreter der Erben des Michael Sill machte weiter geltend, daß die Besteuerung des Handels mit dem im vorigen Jahre nach Wien zum Verkaufe geschickten Hornvieh, abgesehen von allem Andern, eine zweis

malige Besteuerung desselben Steuerobjektes enthalte.

Die Erben des Michael Sill haben nämlich eine Spiritusbrennerei in Czoodt, für welche anger der Verzehrungssteuer, die sich monatlich auf 1517 fl. 65 fr. beläuft, auch noch eine abgesonderte Steuer, die Erwerbsteuer gezahlt wird. Es sei nun eine bekannte Thatsache, daß das Einkommen einer Spiritusbrennerei bei Weitem nicht durch den Verkauf des Spiritus erzielt werde, denn die Erzeugungskoften und Berzehrungsftener seien fo bedeutend, daß eine Spiritusbrennerei ohne Verwerthung der Abfälle, der sogenannten Schlempe, die ohnehin auch noch theilweise zur Deckung der Erzeugnißkosten herangezogen werden müsse, gar kein Reineinkommen erziele und daher zu Grunde geben müsse. Die Verwerthung der Schlempe sei nun nicht anderes möglich, als daß sie in kleineren ober größeren Quantitäten an Einzelne verkauft werbe. Bei mangelnder oder geringer Nachfrage sei ber Spiritusbrenner genöthigt, die Schlempe ganz oder zum größten Theile ausfließen zu lassen, wodurch demselben der empfindlichste Schaden erwachse. Um diesen Schaden abzuwenden, müsse er die Schlempe zur Viehmastung verwerthen und erhalte dann die Schlempe in dem Preise für das gemästete Bieh mitbezahlt, wobei es noch immer fraglich sei, ob er den Ersat für die Gestehungskosten: Anschaffung des Viehes, Heu, Stroh, Mais, Schlempe, Wartung u. s. w. zu erlangen vermöge. Wenn also der Brennereibesitzer genöthigt sei, sich aus seiner Brennerei in dieser Art ein immerhin fragliches, aber der Besteuerung schon unterzogenes Einkommen zu verschaffen, so sei es nicht gerechtfertigt, ihn unter dem Titel Viehhandel oder unter einem anderen Titel nochmals einer zweiten Erwerbstener III. Rlasse zu unterwerfen.

c) Nach einander ganz und gar wiedersprechenden Methoden ist die Erwerbsteuer=Bemessungs-Kommission auch bei der Besteuerung der Pacht=

tungen vorgegangen. Entgegen der im vorigen Jahre gepflogenen Methode wurde heuer als Grundlage der Bemessing der Erwerbsteuer III. Klasse für das laufende Jahr 1881 der Pachtzins im laufenden Jahre, in anderen Fällen der Pachtzins im vergangenen Jahre 1880 augenommen, und wieder in anderen Fällen wurde von Allen, die im Jahre 1881 keine Pachungen mehr haben, die im Jahre 1880 nach dem Pachtzinse des Jahres 1880 bereits gezahlte Erwerbsteuer III. Klasse noch einmal für das Jahr 1881, also doppelt, gefordert.

So wurde Johann Kegler, Fleischhauer, welcher im Jahre 1880 die städtische Wiese am Kälberplatz um den Pachtzins von 801 fl. gepachtet und nach diesem Pachtzinse die Erwerbsteuer III. Klasse für das Jahr 1880 im letztgenannten Jahre gezahlt, aber im Jahre 1881 das inzwischen an einen Andern, den Johann Georg Schufter seitens der Stadt für einen Pachtzins von nur 561 fl. verpachtete Bestandobiekt aufgegeben, am 11. Mai 1881 vor die Erwerbsteuer-Bemessungs-Kommission vorgeladen, um die Erwerbssteuer III. Klasse für die im Jahre 1881 nicht mehr vorhaudene Pachtung aus dem Jahre 1880 zu zahlen. Vergebens wandte Johann Regler ein, daß er die Bachtung im Jahre 1881 nicht mehr innehabe, dagegen für die im Jahre 1880 besessene Pachtung die vorgeschriebene Erwerbsteuer III. Klasse bereits im Jahre 1880 bezahlt habe. Der Kommissions-Prases schnitt diese Einwendung furz mit der Bemerkung ab: Wenn die Steuerbemessungs= kommission im vorigen Jahre unrichtig vorgegangen sei, d. h. den Pachtzins des laufenden, anstatt des vorhergegangenen Jahres, zur Grundlage der Besteuerung gewählt habe, so musse jet das nach seiner Ansicht richtige Princip, nämlich die Besteuerung nach dem vorjährigen Pachtzinse, zum Durchbruche kommen. Daher wurde dem Johann Keßler, obwohl er für die Pachtung des Jahres 1880 bereits im Jahre 1880 die Stener gezahlt hatte, für die im Jahre 1881 nicht mehr fortgesetzte Pachtung des Jahres 1880 nachmals pro 1881 die Erwerbsteuer III. Klasse bemessen und vorgeschrieben.

Gegen den fiskalischen Eifer der Steuerbemessungsorgane schützen keinerlei Beweise, selbst nicht das einzige Dokument, welches der Staat dem Steuerträger in die Hand gibt: das Steuerbüchel. Als die Pächter, welche nach der für das Jahr 1880 bereits besteuerten Pachtung abermals für das Jahr 1881 besteuert wurden, sich vor der Erwerbsteuer-Bemessungs-Rommission darauf beriefen, daß sie die Steuer für die Pachtung der Jahres 1880 bereits im Jahre 1880 gezahlt hätten, und zur Befräftigung ihrer Behauptung das Steuerbüchel vorwiesen, da erklärte der Kommissions= Präses: Auf das Steuerbüchel gebe er Nichts! Wenn auf das einzige Dr= kument, welches der Staat dem Steuerzahler übergibt, kein Gewicht gelegt wird, auf was für ein Dokument soll dann noch Gewicht gelegt werden? Selbst als der herbeigerufene städtische Steuerexaktor bestätigte, daß die Pächter die für das Jahr 1881 nach dem Einkommen von 1880 nochmals geforderte Steuer bereits im Jahre 1880 gezahlt hätten, beharrte der Rom= missionspräses bei seinem frühern Ausspruche und fügte noch hinzu: Gesetze heiße es, die Steuer im laufenden Jahre sei nach dem Einkommen im vorhergegangenen Jahre zu bezahlen, und wenn die vorjährige Kom= mission anders vorgegangen sei, so gehe ihn das nichts an; wer sich

schwert fühle, könne rekurriren. Also, einem im Auftrage des Staates amtirenden Funktionär ist es gleichgiltig, ob einem Staatsbürger eine Unbill durch seine Amtshandlung zugefügt werde?! Es ist ihm gleichgiltig, ob dem Staatsbürger zur Beseitigung der ihm zugefügten Unbill ein Zeit= und Kostenauswand erwachse?!

Uebrigens hätte die Kommission mit leichter Mühe aus den ihr vorsliegenden Akten über die Besteuerung des Vorjahres 1880 sich davon überzeugen können, ob die betreffenden Pächter nach dem Pachtzinse für 1880

im Jahre 1880 bereits besteuert worden.

In ähnlicher Weise, wie in dem vorhin geschilderten Falle, sind die nachbenannten unter Post 624 bis 686 der von der Bemessungskommmission öffentlich angeschlagenen Kundmachung aufgezählten städtischen Pächter, welche im Jahre 1880 für die Pachtung dieses Jahres bereits besteuert worden waren, nach dem Pachtzinse des vorhergegangenen Jahres 1880 abermals

für das Jahr 1881, also doppelt besteuert worden: nämlich

Michael Sill's Erben, (Viktor Sill), Moldovan, Weber, Henrich, Andreas Konrad, Fosef Konrad, Ferenczi, Fromm, I. Apoleanu, M. Nürnberger, Johann Melzer, Peter Popa, S. T. Vinder, Fosef Konnerth, Morar, Friedrich Rochus, Sonntag, G. Dordea, Karl Schuster, Juon Gabor, Fosef Drexler, Vrenner, Gika, J. F. Zeibig, Habermann, Nürnsberger, Klaus, Georg Roth, Michael Vinder, Schenker, Keil, Fakob Uhl, Ferenczi, Friedrich Texter, Johann Georg Schuster, Samuel Eder, Göllner, Rubinstein, J. G. Göbbel, Stirner, Ludwig Fronius, Uhl, Groß, Texter, Stefani, Barbu, Schmied, Herbert, Miklea, Imberusch, Edgar Müller, Stoyka, Foandru, Herbert, Noe, Mohan, Foandru, Nußbächer.

III. Die Bemesing der Steuer erfolgt auf oft unhaltbaren und verwerflichen Grundlagen.

Die Steuerbemessungsorgane machen von der ihnen im § 17 des G.-A. 1876: XV. eingeräumten Berechtigung, zur Erforschung des Ginkommens der Steuerpflichtigen "die erforderlichen Daten im Wege der Gerichte und anderer öffentlicher Behörden einzuholen," oft einen unvorsichtigen Gebrauch. Es wäre die Pflicht der Steuerbemessungsorgane, von den Gerichten und anderen öffentlichen Behörden eingeholten Daten einer genauen Prüfung zu unterziehen, bamit diese mit der amtlichen Autorität ausgestatteten Daten nicht zweischneidige Waffen werden, durch welche der Staat zunächst tödtlich in die wirthschaftlichen und moralischen Existenzbedingungen seiner eigenen Bürger einschneidet und dann sich selbst auf das Schwerste schädigt. Diese im Wege der Gerichte und anderer öffentlicher Behörden eingeholten Daten sind oft ungenau und daher, statt eine Controlle zu sein, eine Gefahr für die Eristenz der Staatsburger Allerdings können die Steuerbemessungsorgane für die ober= flächliche und unrichtige Gebahrungsweise anderer Verwaltungszweige nicht verantwortlich gemacht werden; aber die in andern Verwaltungszweigen herrschende Unfähigkeit, der Mangel an Ernst und Pflichtbewußtsein finden ihren ziffermäßigen Ausdruck in den oft zur tödlichen Waffe gegen die Steuerträger sich gestaltenden Steueranfagen ber Steuerbemeffungsorgane. Aber auch die Letteren können dem Vorwurfe nicht entgehen, daß sie die aus andern Verwaltungszweigen eingeholten Daten einseitig benützen. Der unter I. f) erwähnte Fall, in welchem der Frau Ida Seiwerth für das Jahr 1881 eine bereits im Jahre 1878 gelöschte Hypothekarforderung als zinssteuerpflichtig angerechnet wird, beweist, daß die Steuerbemessungssorgane wohl die auf die Entstehung von Forderungen und Steuersobjekten bezüglichen Daten sammeln und beachten, dagegen die auf die Löschung der Forderungen und das Verschwinden der Steuerobjekte bezügs

lichen Daten nicht berücksichtigen.

Die von andern Verwaltungszweigen gelieferten Daten find oft nachweisbar durchwegs unrichtig. Die Steuerbemeffungsorgane haben in gahl= reichen Fällen das Einkommen der Steuerträger durch Nachforschungen über die Verkehrsbewegung, Empfang und Verwendung der Waaren zu ermitteln Aber die gelieferten Bahnausweise, welche die Grundlage der Steuerbemessung bildeten, sind häufig höchst ungenau. Gine mit einem einzigen Frachtbriefe aufgegebene Frachtsendung umfaßt oft eine Collection der verschiedensten Waarengattungen. Nun wird in dem auf eine solche Frachtsendung bezüglichen Bahnausweise gewöhnlich, unter Nichtberücksich= tigung der übrigen Waarenforten, nur eine einzige Waarenforte angegeben und berselben das Gewicht der ganzen, auch die andern Waarensorten enthaltenden Frachtsendung beigefügt, so daß für die Steuerbemessung ein ganz salsches Bild zu Stande kommt. So wurde der hiesige Fleischhauer Rohann Regler am 19. Mai 1881 seitens der Erwerbsteuer=Bemessungs= commission wegen eines angeblich aus einem Schmalzhandel erzielten Gin= tommens besonders besteuert. Die Commission nahm auf Grund eines Bahnausweises an, daß Johann Keßler 10,999 Kilo Schmalz im Jahre 1880 versandt und bei jedem Metercentner Schmalz einen Gewinn von Nun kann Johann Regler aus seinen Büchern nach-2 fl. erzielt habe. weisen, daß er im Jahre 1880 nur 6567 Kilo Schmalz geliefert hat. Die Differenz zwischen diesem Buch= und Bahnausweise mag dadurch er= klärt werden, daß wohl in dem Bahnausweise fälschlich auch andere Waaren als Schmalz declarirt worden sein bürften.

Als weitere Beispiele für die Unstichhältigkeit der Bahnausweise führen wir noch an: Das hiesige Handlungshaus Misselbacher gab am 11. Dez mber v. J. auf der hiesigen Bahnstation an die Filiale Misselbacher in Karlsburg eine Sendung auf, welche 51½ Kilo Frank-Kaffee, 79½ Kilo Hilo Hielt. Nichtsdestos weniger declarirt das darauf bezügliche Frachtgut-Aufgabsrecepisse Kr. 34 vom 11. Dezember 1880 lediglich und ausschließlich "Kávé" (Kaffee) 195½ Kilo. Dasselbe Handlungshaus gab am 21. April I. J. an W. Wolff in Mediasch eine Sendung, enthaltend Candis 23, Waare 39, Del 56, Glätte 53, Papier 24, zusammen 195 Kilo, auf. Das darauf bezügsliche Frachtgut-Aufgabsrecepisse Kr. 448 vom 21. April I. J. sührt blos Candis, Del und Papier mit 195 Kilo au. Ueberdies liefern diese Bahnausweise, welche einsache, oft von unersahrenen Organen schlerhaft versertigte Copien von Bahnrecepissen sind, keinen stichhaltigen Beweis, da in denselben blos der Absender und Empfänger, keineswegs der Eigensthümer der Waare genannt ist und der Empfänger oder Absender, der

möglicherweise nur Commissionar ist, von den Finanzorganen zum stener=

pflichtigen Eigenthümer gestempelt wird.

Nicht nur auf solchen unrichtigen, sondern auch auf, unserer Meinung nach, ganz und gar verwerflichen, weil die allgemeine Demoralisation försternden Grundlagen bauen die Steuerbemessungsorgane ihre Steueransätze anf. Oft bilbet nur eine vage, für den Steuerträger uncontrolirbare, weil geheim gehaltene Denunciation die Grundlage seiner Besteuerung. Oft wird sogar von ihm verlangt, daß er die ihm unbekannte Denunciation widerlegen und einen negativen Beweis gegen die Denunciation führen solle. Ein solches Verlangen verstößt nicht nur gegen die allgemein an= erkannten prozessualen Fundamentalregeln, sondern würde, wenn anerkannt, eine der verhängnisvollsten Neuerungen im Prozestrechte bedeuten. Grund einer Denunciation wurde dem Kaufmann 3. F. Zeibig von einem erst heuer begonnen Speckhandel ein Gewinn von 400 fl. berechnet. — Auch wurde heuer der auf die Unterstützung seiner Verwandten angewiesene armé Fruchtsensal David Braun, der im Jahre 1880 nach einem nicht existirenden Viehhandel, also ungerecht besteuert worden war, abermals für 1881 wegen eines angenommenen Viehhandels zur Besteuerung beantragt, obwol er im Jahre 1880 jedem Viehhandel ferne gestanden und 1881 ebenfalls ferne Der Commissionspräses erkannte selbst an, daß Brann im Jahre 1880 unrichtig als Viehhändler besteuert worden sei und daß wohl ber Bahnausweis unrichtig sein müsse. Schließlich wurde er als Fruchtsensal mit 20 fl. besteuert.

IV. Das Verfahren der Steuerbemessungs-Commission ist in zahlreichen Fällen mit dem unheilbaren Gebrechen der Nichtigkeit behaftet und verletzt das Ehrgefühl der Steuerträger auf das Gröblichste.

Wir wollen davon absehen, daß die Bemessungs=Commission, schon nach ihrer Zusammensetzung, keine Bürgschaft dafür gewährt, daß sie ihres Amtes mit gleicher Unparteilichkeit gegenüber den Anträgen des das hohe Aerar vertretenden k. Steuerinspectorates und den Bekenntnissen der Steuerpsslichtigen walte. Wind und Sonne sind zwischen den hier als Parteien in Betracht kommenden Steuerärar und Steuerträger nicht gleich vertheilt. Denn schon die Zusammensetzung der Steuerbemessungs=Commission ist derart, daß in der Commission drei vom hohen Finanzministerium über Vorschlag des k. Steuerinspektorates ernannte Mitglieder (der Präses und zwei Witzglieder) und nur zwei vom Vicegespan ernannte Mitglieder Sit und Stimme haben. Bei dieser Zusammensetzung kann es daher nicht Wunder nehmen, wenn in den meisten Fällen die einseitigen Parteianträge des k. Steuerinspecturates für die Beschlußfassung der Commission maßzgebend sind.

Hievon absehend, beschränken wir uns darauf, zu bemerken, daß das Verfahren der Steuer-Bemessungs-Komission in mehreren Fällen formell nichtig ist. Der § 24 des über die Verwaltung der öffentlichen Steuern handelnden Gesetzartikels XV vom Jahre 1876 verpflichtet die Steuer-Bemessungs-Komission zur "Kücksichtnahme auf die durch den betreffenden Steuerpflichtigen oder durch Andere gemachten Bemerkungen." Nun hat

der Kommissions-Präses in mehreren Fällen den vor der Kommission erschienenen Steuerpflichtigen, welche zur Rechtfertigung ihres Begehrens ihre Bemerkungen vorbringen wollten, das Wort mit der Erklärung abgeschnitzten: daß ihn das nichts angehe und daß dem Steuerpflichtigen der Rekurs an die Reclamations-Kommission offen stehe. So erklärte der Kommissions-Präses den Pächtern Nußbächer, Nürnberger, Schuster, Keßler, Sonntag zun Anderen, welche gegen eine doppelte Besteuerung Einsprache erhoben und zu ihrer Vertheidigung Beweise vorlegen wollten: er habe nicht Zeit, sich in Verhandlungen einzulassen; er könne einem Steuerträger keine länsgere Zeit widmen, da er noch mit hundert Anderen verhandeln müsse.

Nach den von der Finanzwissenschaft anerkannten Grundsätzen ent= steht die Verpflichtung des Besteuerten zur Zahlung des Steuerbetrages nur auf Grund eines gesetlichen und rechtlichen Verfahrens. Stein, eine europäische Autorität auf dem Gebiete der Finanzwiffenschaft, sagt in seinem Werke "Lehrbuch der Finanzwissenschaft für Staats= und Selbstverwaltung" (Vierte Auflage. Erster Band S. 541): "Denn wenn die Bertheilung der Att ift, welcher für den Ginzelnen die Obligation zur Erfüllung der Steuerpflicht erzeugt, so ist die Innehaltung der Form bei ber Einschätzung die juristische Bedingung für die Entstehung dieser obligatio, und ein Formfehler bildet daher nicht etwa einen Grund, die Sohe der durch die Einschätzung entstandenen Steuerobligation anzusechten, sondern ist derselbe begangen, so ist die Vertheilung an und für sich nichtig, und die Steuerklage wird somit hier zu einer Nichtigkeitsklage Steuerverpflichtung überhaupt, die dann natürlich die Nichtigkeit des ganzen daraus hervorgegangenen Steuer verfahrens zur Folge hat."

In anderen Fällen war das Benehmen des Kommissions-Präses geeignet, das Ehrgefühl der Steuerträger auf das Gröblichste zu beseidigen
und die ohnehin schon durch die ungerechten Steuervorschreibungen aufgeregten Gemüther zu reizen. Als der hiesige Kaufmann Stengel vor der
Steuerbemessungs-Kommission erklärte, daß die Höhe der für sein Geschäft
beantragten Erwerbsteuer III. Klasse durch die schlechte Geschäftslage nicht
motivirt sei, entgegnete der Kommissions-Präses darauf: Wenn es ihm nicht
gut gehe, so möge er zusperren; er brauche kein Geschäft am Großen Ring
(Hauptplat in Hermannstadt).

Ein anderes Beispiel. Der hiesige Schuhmacher Bachholzky beschwerte sich vor der Kommission über die Höhe der ihm vorgeschriebenen Steuer, worauf ihm der Kommissions-Präses erwiederte: er (Bachholzky) werde oft in den Zeitungen als guter Schütze genannt; wer ein so theueres Vergnügen, wie das Schießen, sich erlaube, könne auch eine hohe Steuerzahlen.

Wir meinen nun, daß die Bestimmung des § 17 des Gesetzartikels XV von 1876, welche allerdings nur den aktiven Steuerinspektoren und deren Stellvertretern ausdrücklich vorschreibt, daß sie bei ihren Amtsshandlungen jede Vexation zu vermeiden und ihre Erhebungen lediglich auf die zur Steuerbemessung nöthigen Daten und die faktischen Verhältnisse auszudehnen haben, auch von einem als Steuerbemessungs

Kommissions-Präsidenten fungirenden penfionirten t. Steuerinspektor als

Richtschnur beobachtet werden folle.

Dieses tief beleidigende Benehmen des Kommissionspräses sowie die Vereitlung einer erschöpfenden, den Besteuerungsgrund klar darlegenden Verhandlung, welche in den meisten Fällen zu einer bloßen Formalität herabgesunken, hat viele Steuerträger davon abgehalten vor der Steuer= bemessungs-Kommission zu erscheinen und ihre Gegenbemerkungen gegen die ihnen als beschwerlich erscheinenden Steueransätze vorzubringen.

Die obenstehenden Ausführungen wurden in einer von 273 Steuerträgern untersfertigten Petition dem k. u. Finanzminister Graf Julius Szapary mit nachstehender B tte unterbreitet:

Nach der Darlegung dieser das Interesse nicht nur der einzelnen Staatsbürger, sondern auch des Staates schwer schädigenden Verhältnisse und von der schwerzlichen Ueberzengung geleitet, daß auf dem geschilderten Wege der Ruin der einzelnen Stenerträger und der Stadt Hermannstadt herbeigeführt, das Gedeihen von Handel und Wandel und jede kapitalbildende Thätigkeit gründlich zerstört, der Rechts- und Gemeinsinn erschüttert und am wirksamsten der innere Zusammenbruch des Staatswesens vorbereitet werde, stellen die ergebenst Gefertigten an Euer Excellenz die Vitte:

daß — unter sofortiger Suspendirung des gegenwärtigen Kommissions-Präses A. Wellmann, k. Steuerinspektor in Pension — ein anderer, das Vertrauen der Steuerträger genießender Kommissionspräses ernannt, und daß die Kommission zum Schadenersate an die ungerechtsertigter Weise zur Vetretung des Nekursweges genöthigten oder sonstwie durch eine ungerechtsertigte Steuervorschreibung geschädigten Steuerträger vershalten werden möge;

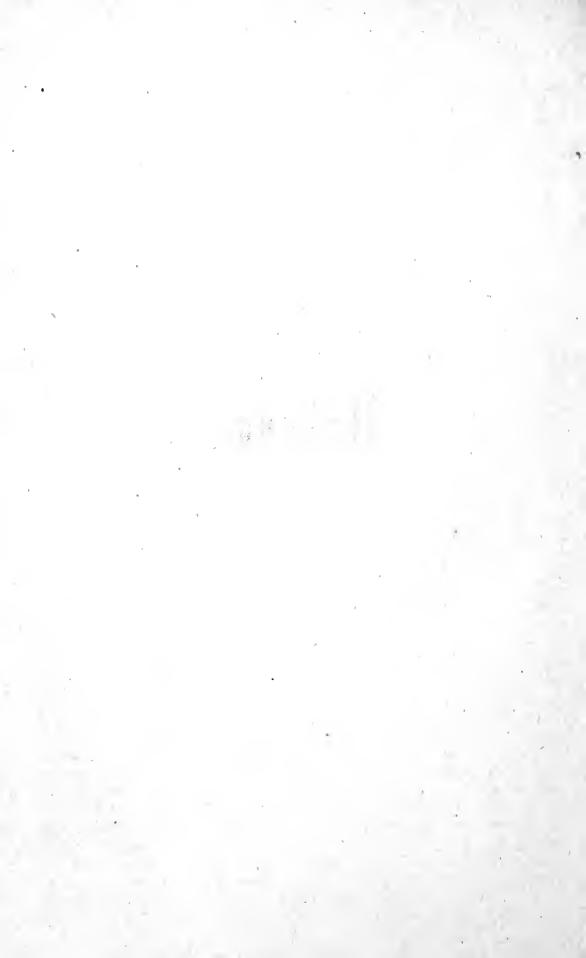
ferner:

daß den durch das geschilderte Vorgehen der Kommission von der Geltendmachung ihrer Vertheidigung abgehaltenen Steuersträgern Gelegenheit geboten werden möge, durch eine von ihnen bis zu einem bestimmten und ordnungsgemäß verlautsbarten Termine anzusuchende Reassumirung ihrer heurigen Steuervorschreibung ihre Gegenbemerkungen gegen beschwerlich erscheinende Steueransäße vorzubringen.

Hermannstadt, 1. Juni 1881.



Anhang.



Volksversammlung in Bermannstadt.

Am 18. Mai I. J. Nachmittags 3 Uhr hatten sich mehr als 600 Bürger von Hermannstadt, welche dem Aufruse mehrerer Steuerträger Folge geleistet, im Saale des Hotels "zum römischen Kaiser" versammelt, um über die im Zuge befindliche Steuerbemessung zu verhandeln. Die Erschiesnenen saßen und standen dicht gedrängt Kopf an Kopf. Auch die Gallerien des Saales waren von einer dichtgedrängten Zuhörermenge besett. Als Vertreter der Polizei sungirte Herr Polizeisommissär Albert Teutsch.

Die Verhandlang wurde Nachmittags 3½ Uhr eröffnet, nachdem Dr. Wolff als Vorsitzender und Gewerbevereinsdirektor Martin Schust er und Advokat Franz Frühbeck als Schriftführer bestellt worden waren.

Vorsitzen der Dr. Wolff: Um jeder Mißdentung des Zweckes, der uns hier versammelt hat, zu begegnen, fühle ich mich gedrungen, auf das Bestimmteste zu betonen, daß es unter uns keinen Einzigen gibt, dem es auch nur im Traume einfiele, eine gesetlich begründete Steuer nicht zu zahlen (Rufe: So ist es). Jeder unter uns ist von der Nothwendigkeit durchdrungen, dem Staate dasjenige zu geben, was des Staates ist. bis hieher und nicht weiter. Dasjenige, was nach dem Gesetze dem Ein= zelnen gebührt, muß ihm auch gelassen werden, damit er auf der Frucht seiner Arbeit sein bürgerliches Haus bauen könne, und dann, damit er ein nütliches, tüchtiges, in der Stunde der Gefahr opferwilliges und leiftungs= fähiges Mitglied des Gemeinwesens, der Gemeinde und des Staates sein Nun sind in der Bevölkerung zahlreiche Klagen verbreitet darüber, daß die Durchführung der Steuergesetze seitens der Vollzugsorgane über ben Sinn und Geift dieser Gesetze hinausgehe und den Einzelnen oft eine nicht nach dem Geiste dieser Gesetze gerechtsertigte Steuerlast treffe. Aller-dings ist es Sache des Einzelnen, im gesetzlichen Instanzenzuge seine Beschwerde geltend zu machen und dort Abhilfe zu suchen; aber diese Klagen find so zahlreich und haben sich so gehäuft, daß diese Angelegenheit über den Rahmen einer Privatangelegenheit weit hinausgewachsen und zu einer Angelegenheit von allgemeinem Interesse geworden ist. Jest gilt der Wahl= spruch: Einer für Alle und Alle für Einen. Es ist unleugbar, daß die Steuerlast in Hermannstadt von Jahr zu Jahr gewachsen ist.

So betrug, um nur einige Daten anzuführen, die direkte Steuerslast, welche die Bevölkerung der Stadt Hermannstadt im Jahre 1858

traf: 70,471 fl.; sie war gestiegen im Jahre 1874 auf 107,368 fl., im Jahre 1875 auf 124,486 fl., im Jahre 1876 auf 136,068 fl., im Jahre 1877 auf 142,659 fl., im Jahre 1878 auf 151,215 fl., im Jahre 1879 auf 155,143 fl., im Jahre 1880 auf 160,488 fl. (in allen diesen Jahren ohne die Handelskammerbeiträge und die nachträglich der Stadtkommune Henen sie Jahre 1878, 1879 und 1880 vorgeschriebeve Rentensteuer sür die von der Stadt eingehobenen Schanktaren.)

ähnlicher Weise haben auch die einzelnen Steuergattungen zuge= Namentlich die Erwerb- und Einkommenstener betrug im Jahre 1858 im Ganzen 33,822 fl.; die Erwerbsteuer und Kapitalszinsensteuer im Jahre 1876 45,473 fl. und im Jahre 1880 bereits 68,294 fl. ö. W. (Bewegung.) Ich glaube: Gegenüber diesen Thatsachen muß jeder Zweifel daran verstummen, daß die Steuerlast von Hermannstadt von Jahr zu Jahr gestiegen sei. — Diese fortwährende Steigerung der Steuerlast könnte nun erklärt werden durch eine im Verhältniß damit stehende Zunahme des öffentlichen Wohlstandes. Wenn dies aber nicht der Fall ist, könnte sie erklärt werden durch eine Aenderung der Gesetze über die direkten Staatssteuern. Nun sind seit dem Jahre 1875, dem Jahre der großen Steuererhöhung, die Gesetze bezüglich der direkten Steuern im Wesentlichen unveräudert geblieben. Es kann daher diese Steigerung der Steuerlast nicht anders erklärt werden, als durch das Borgehen der Steuerkemessungsorgane. Gegen dieses Vorgehen — insoweit es im Gesetze nicht begründet ist — insoweit es vom Geiste der Gesetze abweicht und auch nicht im wohlverstandenen Interesse des Staates liegt gegen dieses Borgeben Abhilfe zu verschaffen, ist der Zweck der heutigen Versammlung.

Wir wollen Abhilfe suchen auf dem Wege gütlicher, gesetzlicher Mittel und Vorstellungen, leidenschaftsloser und sachlicher Darlegung. Wir wollen uns dessen getrösten, daß nicht die Leidenschaft, sondern das Recht und Gesetz auf unserer Seite. Ich fordere daher diejenigen Herren auf, welche sich zum Worte melden wollen, dies gefälligst thun zu wollen.

Graboviesth: Ich vertrete seit 13 Jahren Herrn Habermann und habe so Gelegenheit gehabt, wahrzunehmen, daß die Steuer in einer längeren Reihe von Jahren stetig zugenommen hat. 1880 wurde Herrn Habermann eine Steuer von 11.000 fl. Einkommen bemessen. Bei der Steuerkommission hat man gesagt: Habermann hat 11.000 Hetoliter Wier gebraut. Von jedem Hetoliter muß er einen Gulden Nuten haben. Die Regieauslagen werden nicht gehörig in Anschlag gebracht, Gerste, Hopfen Fässer, das Holz, die Leute bekommt man nicht umsonst. Der Bierbrauer könne sich eines besonderen Glückes rühmen, der einen so hohen Reingewinn erzielt, wie ihn die löbliche Steuerbemessungkommission annimmt. Wenn diese Voraussetzung richtig wäre, wenn Habermann, als er doppelt so viel Vier erzeugte, wie jetzt, wirklich bei jedem Hektoliter einen Gulden Prosit hätte, so müßte er jetzt ein Millionär sein, was leider nicht der Fall ist. Er ist froh, wenn er ein Einkommen von 4000 fl. hat, nicht 11.000 fl. Man hat mein Bekenntniß als mangelhaft beanständet, weil es nicht den dreijährigen Durchschnitt enthalte.

Alles was die Kommission als solche thut ist nur Schein. Der Präses ist maßgebend, der uns die unerschwinglichen Steuern auferlegt. Und kennt der Herr Steuerinspektor die Verhältnisse der Bevölkerung? Der arme Bürger weiß nicht, woher er das tägliche Brot für sich und seine Kinder nehmen soll und muß diese ungeheuere Last tragen. Ich bin deßhalb der Meinung: Es sollten zwei unzugängliche Vertrauensmänner bei der vorläusigen Feststellung des Einkommens dem Steuerinspektor zur Seite stehen, die die Lage der Steuerträger kennen (Bravo).

Zeibig, Kaufmann: Unsere Geschäftsverhältnisse haben sich in den letzten Jahren nicht gebessert, sondern verschlimmert. Das ist die allgemeine, aber leider wohlbegründete Klage. Die Bahn, die uns manches Gute brachte, hat im Allgemeinen geschadet dadurch, daß die Bodenprodukte von hier weggehen. Was früher aus Mediasch, Blasendorf 2c. hieherkam, strömt gegenwärtig dahin, wo ein billigerer Frachtsatz erzielt wird, weil auch die Kommunallasten, die solche Artikel tragen müssen, hier zu

hoch find.

Das wirkt auf die Gesammtheit. Sobald die erwähnten Produkte hier nur in geringem Maße abgesetzt werden, leidet Jedermann. Der Geld= umlauf ist ein matter, folglich auch Erlös und Verdienst gering. bennoch müffen immer höhere Steuern gezahlt werden. Um dies zu be= leuchten, will ich Zahlen sprechen laffen, die den deutlichsten Beweiß liefern werden. Ich zahlte Erwerbsteuer 1876: 10 fl.; 1877: 14 fl. 80 fr.; 1878: 35 fl.; 1879: 29 fl.; 1880: 60 fl. von meinem Produktengeschäfte, außerdem von Pachtungen 200 fl. Nun wird sich Jedermann die Ueberraschung vorstellen, als ich die Steuervorschreibung bekomme, daß ich für 1881 statt 60 fl. 1225 fl., nach einem auf 12,250 fl. geschätzten Einkommen von meinem Geschäfte zu zahlen habe und überdies 100 fl. 50 fr. von den Pachtungen. Man hat mir nachgerechnet, ich hätte einen Rein= gewinn von 12,250 fl. Was blieb mir übrig! Ich ging zum Herrn Steuerinspektor, ließ ihn Einsicht nehmen in meine Aufzeichnungen und nur dem Umstand, daß ihm der Ansat schließlich wirklich zu hoch schien, verdanke ich, daß ich herabgesett worden bin, auf ein Einkommen von 4225 fl. So habe ich also noch immer zu zahlen 422 fl. 50 kr. außer dem Zuschlag, also cirka 450 Gulden. — Ich habe Hafer verkauft. Meine Berechnungen haben mich leider getäuscht, doch will ich nicht lamentiren. Indessen Eingeweihte wissen, wie das geht. Aber ich bin noch nicht fertig mit dem Geschäft, kann Gewinn und Verlust noch nicht abwägen, und Steuer zahlen muß ich für einen fiktiven, in der Höhe auf keinen Fall realisirbaren Gewinn. — Ich habe mit Geschäftsleuten meiner Brauche in den ersten Handelsstädten Rücksprache gepflogen, mit wirklichen Großhändlern, denen gegenüber wir verschwinden. Und was zahlen diese Männer? 200 und wenns hoch kommt 300 fl. Leute, die Millionen verdienen! Ich als Schnorrer soll noch mehr zahlen. (Bravo, Heiterkeit). — Was die Art des Vorgehens der Bemessungskommission belangt, so unterscheidet sich das heurige Jahr von den frühern. Damals wurde auch schließlich Etwas bestimmt und festgesetzt, wogegen keine Widerrede geduldet wurde. diesem Jahre dachte ich aber, ich befände mich vor einem spanischen Inquisitionsgericht (Rufe: So ist es!) Mir wurden Querfragen gestellt, wie

wenn ich ein schlechter Mensch ware. Einige derfelben würden Lachen er= regen, wenn ich sie wiedergabe. So frug man mich, wie viel Reingewinn ich am Waizen, am Roggen, am Mais habe. Weiß der Spezereihändler. Ursvrünglich wurde der bescheidene (?) Pro= was er am Kaffee gewinnt? zentsat von 6%, Reingewinn bei jedem Umsatz verlangt. In diesem Falle müßte ich mein Kapital mit 180 Prozent fruktifiziren, weil ich sonst nicht leben kann. Ich wurde besteuert in der mehrfachen Eigenschaft als Hafer-, als Speck-, als Mehl-, als Kukurutz-, als Roggen-, als Frucht-Händler. Man vergaß nur noch die Fisolen zu besteuern. (Heiterkeit). Der Herr Steuer-Inspektor versprach endlich nach langem Bitten mein Geschäft nur als Produktengeschäft zu besteuern, was aber auf eines herauskommt! Das Beste kommt nach. — Der Prases der Bemessungskommission sagte uns, wir zahlen die Steuer nach dem Einkommen von 1880. Wie kommt er nun dazu, die im Jahre 1881 steuerbaren Objekte zu anticipiren? So habe ich Speck im heurigen Jahr versendet, er liegt heute noch unverkauft. Doch man flärte mich auf; ich hätte daran gegenwärtig 400 Gulben Gewinn. half kein Remonstriren. Ich allein soviel Herren gegenüber! Man möge Alles prüfen, wenn man mir nicht Glauben schenke. Ich erbot mich, zum Ergebniß der Prüfung 1000 fl. zu deponiren, oder man solle mich dem Strafgerichte übergeben, wenn ich wissentlich behördliche Organe täusche, Umsonst! Die präsidiale Antwort war: Es geht nicht, es bleibt bei der Besteuerung.

Man hat auf Grund von Mittheilungen der Eisenbahn-Verwaltungen die Steuer in der Weise berechnet, daß man auf den Waggon Weizen 60 fl., auf den Waggon Roggen 50 fl. mir als Reingewinn zuschrieb, obwohl ich nachgewiesen habe, daß Großhändler mit 10 fl. Brutto beim Waggon arbeiten, daß nur die Menge das Geschäft ermöglicht, und daß ein Verdienst wie das angenommene absolut nicht herauszuschlagen ist, wo die Waare durch 5 oder 6 Hände geht. Doch die Kommission läßt auch mit sich handeln; sie nahm 25 fl. und dann 10 fl. Gewinn per Waggon an. Man muß zahlen. Beweise helfen nichts. Da hören wir, daß wir bald nach dem Einkommen von 1880, bald nach dem Einkommen von 1881 die Steuer zu zahlen haben, wie es gerade den Bemessungsorganen beliebt. Man fordert von uns Steuern für ein Einkommen, für das wir im Jahr 1880 bereits besteuert wurden, auch heuer wieder. Wir berufen uns auf das Steuerbüchel. Notabene alle Mitglieder außer dem Präses, der allein neu hinzugekommen, wußten, daß wir gezahlt haben. Doch der Vorsitzende, der immer allein spricht, ohne die Anderen zu fragen (Rufe: So ist es) sagt ganz kurz: Auf das Steuer= büchel gebe ich Nichts. Wenn man auf das einzige Dokument, welches der Staat dem Steuerträger in die Hand gibt, Nichts gibt, auf was soll man Etwas geben? Die Frage, welche Beweise verlangen Sie dann, wurde also beantwortet: Hiebei bleibt es! Fft es Ihnen nicht recht, so ist die Reklamationskommission da. Der herbeigerufene städtische Steuereraktor bestätigte, daß wir gezahlt hätten. Schließlich sagte der Staatsvertreter: Im Gesetze heißt es, die Steuer ist im nächsten Jahre für das vorhergehende Jahr zu bezahlen, und wenn ein Malheur geschieht, geht das mich Nichts an. fönnen refurriren. Db der Brafes seine Gesinnung geandert, die sehr veränderlich zu sein scheint, weiß ich nicht. Ich wollte blos konstatiren, daß

man uns durch einen Machtspruch besteuern wollte. Artig bin ich nicht behandelt worden. Vorher wohnte ich Sitzungen bei, wo sich das Benehmen des Vorsitzenden nicht gut qualifiziren läßt. So war es bei der Verhand= lung mit dem Kaufmann Stengel. Er entschuldigte sich mit der Stockung des Geschäftsverkehrs, er verdiene Nichts. Der Präses der Bemessungskommission bemerkte hierauf: Wenn es Ihnen nicht gut geht, so sperren Sie zu; Sie brauchen kein Geschäft am großen Ring (Bewegung) Ist es nicht so, meine Herren? (Rufe: So ist es!) Ein andrer Fall. Heute wurde ein armer Mensch, der Hutmacher Ackerfelb, begraben, bessen Witwe bat, daß man ihren Mann, der seit 3-4 Monaten todtfrank sei und sie ihm, weil ohne Verdienst und verarmt, die Medikamente nicht kaufen könne, von ber Steuerzahlung für 1881 befreien möge. Der Präses sagte: "War Ihr Mann schon 1880 krank?" Nein. "Dann geht mich das gar Nichts an; er hat im Jahre 1880 verdient und Sie haben zu zahlen". (Rufe: Un= erhört. So ist es!)

Georg Rumler, Sodafabrikant: Seit sechs Jahren fühlen wir den Druck der Besteuerung von Jahr zu Jahr in Hermannstadt am empfind= lichsten. Im Jahre 1858 zahlte die Stadt Hermannstadt insgesammt an direkten Steuern 70,000 fl. Durch die fortwährende Steigerung, tropdem sich die gewerblichen und geschäftlichen Verhältnisse von Jahr zu Jahr sichtbar verschlechtern, ist die Steuer im Jahre 1880 auf 160,000 fl., also um mehr als das Doppelte gestiegen. Ich will speziell meine eigene gezahlte Steuer in Betracht ziehen und Ihnen ein klares Bild von der Bemessungs= weise dieser nur von Jahr zu Jahr vorgeschriebenen Steuer bieten und dabei mich blos auf die Erwerb= und Einkommensteuer beschränken.

Im Jahre 1876 wurden mir bemeffen 5 fl., im Jahre 1877 49 fl., im Jahre 1878 60 fl., im Jahre 1879 74 fl., im Jahre 1880 123 fl.,

im Jahre 1881 263 fl. (Bewegung.)

Sie ersehen daraus das Verhältniß, und ich Meine Herren! können wir noch weiterhin so eine fortwährende Steuerer-Sie: höhung annehmen? Vergebens wenden wir uns alle Jahre an die zur Steuerbemessung berufenen Organe. Man weift uns rund ab und tröstet uns mit Hinweis auf den Rekurs an die Reklamations-Rommission, welcher aber in den meisten Fällen nichts nütt. Denn wer sitt in diesen Kom= missionen? Meistens Leute, die unsere Verhältnisse gar nicht kennen und zu beurtheilen wissen, theilweise dem Gesetze nicht entsprechen. sind in diesen Kommissionen pensionirte oder auch aktive Staatsbeamte, welche die Noth der vielen tausend Familien nicht kennen und nur einseitig die Interessen des Staates vor Augen haben und hiezu vielleicht dadurch bestimmt werden, daß sich, je mehr wir mit Steuern belastet werden, die Remunerationen und Diaten vermehren. Sie gehen bei der Bemessung mit den Parteien schroff, abstoßend, ohne Gefühl vor. Es ist kein Wunder, wenn die Bevölkerung über die Art und Weise und überhaupt über die Erhöhung der Steuer aufgeregt ift. Wir wollen Steuer zahlen und ich glaube, es dürfte in dieser geehrten Versammlung Niemand sein, der sich einer gerechten Steuerzahlung entziehen möchte. Beweis dafür, daß Hermannstadt im Verhältniß zu anderen Städten mit Steuern überbürdet wurde und tropdem, dank des ruhigen Sinnes der Bevölkerung die drückende Steuer.

wo möglich, pünktlich zahlt. Heute aber sehen wir verzweiselnd der Zukunft entgegen. Handel und Gewerbe liegen darnieder. Die besten Elemente unsers Bürger= und Gewerbestandes sind unverschuldeter Weise verarmt und gehen in Folge der Geschäftsstockung zu Grunde und dennoch wird die Stener ohne jede Nachsicht fortwährend erhöht. Ich kann nicht glauben, daß der Staat respektive dessen Regierung zuläßt, daß eine derartige Ueberlastung von Seite der Steuerorgane stattsinde. Deshalb, geehrte Versammlung, wenden wir uns vertrauensvoll in dieser drückenden Lage an unsere Volksvertretung, an das hohe Ministerium und eventuell an Se. k. k. apostolische Majestät, welche jeden Ihrer Unterthanen vor Bedrängung schützen wird, mit der Vitte um dringende Abhilse. Im Vorhinein sollen wir aber bei den demnächst stattsindendeu Reichstagswahlen schon jetzt darauf bedacht sein, daß wir unseren Mandataren anempsehlen, bezüglich dieser Steuerübersbürdung in dem nächsten Reichstag gehörige Schritte zu thun um schleunige Abhilse zu schaffen. (Bravo!)

Bachholzth: Ich bat um Serabminderung der Steuer, weil mein Geschäft verkleinert wurde. Der Borsitzende der Bemessungskommission hielt es nicht für nöthig, sich mit der Kommission zu besprechen. Er lispelte nur dem Kommissionsmitgliede Herrn Steiner einige Worte ins Ohr und erklärte dann der Kommission und mir kurz: "Es wird nichts mehr nachgelassen, der Rekurs steht frei." Auf meine Antwort, ich würde von meinem Rekurserecht auch Gebrauch machen, richtete sich der Kommissionspräses hoch auf, wie ein Fürst (Wellmann soll er heißen) und sagte: "Sie sind der Bachholzkh, der immer in den Zeitungen als guter Schütze steht. Wer ein so theueres Vergnügen sich erlaubt, der kann auch eine hohe Steuer zahlen." Ich frage, ob so ein Vorgehen für einen Vorsitzenden sich ziemt, der Einem mit

Freundlichkeit entgegen kommen foll -

Vorsitzender unterbricht den Redner: Es sollen blos Thatsachen vorgebracht und starke Ausdrücke vermieden werden.

Bachholzth (fortfahrend): Es waren 50 Leute anwesend. (Rufe:

Wahr ist es!) Das sind bloße Thatsachen. (Bravo.)

Rußbächer: Mir hat die Stenerbemessungs Rommission 7 Geschäftszweige abgesondert besteuert und zwar das Fiakergeschäft mit 360 fl., Stadtreinigung 405 fl., Riemerei 300 fl., Fruchthandel 166 fl., Holzhandel 135 fl., Senkgrubenreinigung 805 fl., Senkgrubenreinigungspauschale 365 fl. zusammen 2535 fl. Wenn dies richtig wäre, so müßte ich Kapitalien angeslegt haben, nicht Zinsen sies richtig wäre, so müßte ich Kapitalien angeslegt haben, nicht Zinsen sies aufgenommene zahlen. Nach denselben Pferden, die ich als Großsuhrmann zu allen diesen Geschäften verwende, werde ich 3—4mal, je nachdem sie in den verschiedenen Geschäftszweigen gebraucht werden, besteuert. Ist das gerecht? Jeder muß sagen, daß das für Hermannstadt eine enorme Steuerbasis ist.

Morit Felter: Ich bin seit 4—5 Jahren (so lange beiläufig betreibe ich ein selbstständiges Gewerbe) von Jahr zu Jahr ununterbrochen in einem gemuthmaßten Einkommen um 300 fl. gesteigert worden. In letzterer Zeit ist mein Geschäft wie bei Nußbächer in 2, 3, 4 Abtheilungen gebracht worden. Als Produktenhändler bin ich nach 1100 fl. der Besteuerung unterzogen worden. Nun bestehen aber meine Produkte aus Speck und Fett. Demungeachtet wurde ich nach diesen Artikeln abgesondert wieder mit zusammen

1200 fl. zur Besteuerung vorgeschrieben. Nun weiß ich nicht, bin ich als Raufmann und für das Handeln als folches separat besteuert. Denn ich fann boch nicht als Speckhändler und bann als Produktenhändler abgesondert Steuer gablen. (So ift es.) Bei der Verhandlung hatte ich Gelegenheit zu erfahren, daß die Borschreibung auf Grund der Daten des Borjahres Nun weiß ich, nach genauer Einsicht meiner daß ber Speckhandel bei mir erst am 17. Jänner 1881 begann. Auf meine Frage, wie so mir ein Einkommen von 1200 fl. nach Speck für das noch nicht abgelaufene Jahr 1881 nachgewiefen werden könne, wurde mir der Bescheid: Es kommt zwar in den Bahnausweisen Nichts vor, aber wir wissen, daß Sie Speck fortgeschickt haben, und so haben wir Ihnen 1200 fl. zugeschrieben. So besteuert man mich anticipando; und dabei kann ich nicht einmal die Gewißheit haben, daß ich nicht nächstes Jahr für das Objekt abermals - zum zweitenmal - Steuer zahlen muß. Das hat denn auch die Kommission eingesehen und die Besteuerung dieses Artikels sistirt und die entsprechende Rubrik offen gelassen. Doch der Vertreter des Aerars rekur= rirte, und so wird die Sache noch einmal berathen werden. Ich konnte nicht rekurriren, da die Kommission mich frei gesprochen hat, also ein für mich günstiger Bescheid vorliegt. Zwar ift es auch nicht egal, ob man jett ober später zahlt, der Zinsengenuß schwindet im ersten Falle. Die Hanptsache ist indessen, daß durch eine derartige Vorschreibung Konfusionen entstehen und der Steuerträger der Gefahr einer zweimaligen Besteuerung ausge= sett bleibt.

3. 3. Zeibig bringt die Beschwerde des an Heiserkeit leibenden Bäckermeisters Krauß vor, welcher außer seinem Bäckergewerbe im Allgemeinen noch im Besonderen als Brod-Lieferant für die Landesirrenanstalt und das Bürgerspital, an welche er das von ihm selbst in seinem Gewerbe erzeugte Brod geliefert hat, also zweimal für ein und dasselbe Objekt besteuert wurde. Redner spricht dann noch ein Wort im eigenen Namen: Wir haben — sagt er — bei der Darstellung des uns widerfahrenen Unrechtes bie Hauptsache übersehen, daß nämlich die Herren der Kommission selbst nicht mit sich im Klaren waren über das, was Gesetz ist. Denn es wurde zwei volle Tage darüber debattirt, ob wir nach dem Einkommen für 1880 ober 1881 zu zahlen hätten. Endlich wurden Einige, namentlich die Bächter, nach bem Einkommen von 1880, Einige nach dem Einkommen von 1881 besteuert. Besteuert wurde natürlich Jeder. (Heiterkeit.) Dann: In der Kommission siten mit Ausnahme des herrn Steiner lauter aktive oder gewesene Beamten, die vom Gewerbewesen keine Kenntnisse besitzen. Da kann bann nur ein Machtspruch helfen. Unser Streben muß dahin gerichtet sein, daß Fachleute aus unserer Mitte in die Kommission kommen. (So ist es! Bravo!)

sporer, Gastwirth: Ich bin in verschiedenen Jahren nach mir ganz unbegreislichen Schlüsseln zur Erfüllung meiner schwersten Staatsbürgerpflicht verhalten worden. Ich war nicht so glücklich, wie Zeibig, vom Präsidenten angehört zu werden. Als ich hinauftam, war die Sitzung zu Ende. Die Herren sprachen, wie mir scheint, vom Wetter und Mayalis (Maisest). Ein Einziger würdigte mich eines Blickes und Wortes. Er wollte wahrscheinlich auch bald gehen. Er sagte zu mir: Sie sind ja gesund, Sie sehen aus wie

bas Leben, Sie können schon zahlen. (Allgemeine Beiterkeit.)

Baumann, Kaufmann: Ich habe nicht nur der Kommission, sons dern auch exmittirten Mitgliedern derselben nachgewiesen, daß mein Geschäft seit 1873 im Rückgange begriffen ist. 1878 habe ich darauf gezahlt. Trotzdem wurde ich um 60 Perzent meiner Steuerleistung erhöht. Ich refurrirte dagegen, im Ganzen siebenmal. Zweimal ging ich an's Ministerium, legte da meine Bilanz zur etwaigen Prüfung durch Fachmänner vor, erhielt aber die lakonische Antwort, daß gegen zwei gleichlautende Entscheidungen die Berufung unstatthaft sei. Da kann ich nichts mehr thun. Ich bin bereit, eventuell vor Se. Majestät zu gehen. (Bravo!) Ich schlage vor, durch eine Petition die Thatsachen direkt zur Kenntniß Seiner Majestät zu bringen.

Bortmes, Tischler: Ich bin der Ansicht, daß ein Komité aus der Bersammlung bestellt werde, welches die Art und Weise der Abhilse berathe.

Samuel Konnert, Fleischauer: Ich wurde vor zwei Jahren zu hoch besteuert. Da kam ein Steuerbeamter zu mir und sagte: ich solle rekurriren, denn ich sei ungerecht besteuert worden; wenigstens um die Hälfte müsse man heruntergehen. Das Rekursgesuch wird gleich vom Besamten gemacht und kostet blos 5 fl. Also appelliren. Doch abgewiesen wird es. Aber gezahlt werden muß natürlich. Indessen, der gute Freund weiß auch hier Bescheid. An's Ministerium muß gegangen werden. Bald darauf kommt er zu mir: Sind Sie so gut, lieber Freund, leihen Sie mir 20 fl. (Große Heiterkeit.) Ich fürchtete, den Beamten zu beleidigen, und gab ihm das Berlangte. Nun warte ich noch immer auf den Rekurs und die geliehene Summe. Aber gezahlt habe ich. (Ruse: Das ist Mehreren passirt!)

Renzel, Gastwirth: Ich habe in einem ähnlichen Falle einem Beamten, einem Magyaren, die Zahlung erst nach erlangtem Erfolg des von ihm mir angebotenen Rekursgesuches zu leisten erklärt und so unterblieb der bloße

Versuch.

Johann Refler, Fleischhauer: Ich möchte die zu hohe Besteuerung insbesondere armer Fleischhauer, die vielleicht kaum 50 fl. im Vermögen haben, mit 20—30 fl. hervorheben. Das Paar Lämmer ist im vorigen Jahr zu 1 fl. Reingewinn angeschlagen worden, obwohl Niemand mit einem Lamm entschlüpfen kann, da Auszüge aus den Fleischverzehrungssteuerprotokollen gemacht werden, dagegen oft die Waare zu Grunde geht ober unter dem Werth abgesetzt werden muß, ganz abgesehen von der übermäßigen Konkurrenz. Weiters. — Die Fleischhauer pachten Viehweiden von der Stadt, so auch ich noch im vergangenen Jahr. Ich gab die Bachtung wegen der hohen Steuer auf, und glaubte nun frei zu sein. Aber nein! 3ch bekomme die Einladung von mehr als 500 fl. nachträglich zu zahlen. Auf meine Vorstellung, ich sei nicht mehr Pächter und hätte bis noch immer gezahlt, belehrt man mich,. daß das Prinzip der nachträglichen Zahlung einmal zum Durchbruch kommen muffe. Trot des erbrachten Beweises, daß ich schon im ersten Jahre gezahlt, mußte ich an die Reklamationskommission gehen. Früher haben sich auch die Fleischhauer mit dem Biehhandel befaßt, ein Geschäft, das mit großem Rifiko verknüpft ift, aber taufende unter die Bevölkerung brachte. Ich wurde noch im vorigen Jahr nach mehr als 2500 fl. besteuert. So mußte ich das Geschäft aufgeben und mit mir viele Andere: Der Biehhandel ift in Ber-

mannstadt von den Meisten aufgegeben worden blos aus Furcht vor der ruinirenten Besteuerung. Ich könnte noch so Manches sagen, doch ich fürchte zu ermüben. Ich schlage die Bildung einer Kommission vor, welche unsere Klagen direkt vor Se. Erzellenz den Herrn Finanzminister bringt.

Borfikender: Rachdem Niemand mehr sich zum Worte gemeldet hat, bringe ich die gestellten Anträge zur Verhandlung. Es stellten die Herren Baumann, Borthmes und Regler Anträge, die, im Wesentlichen übereinstimmend, dahin gehen, daß aus dieser Versammlung ein Comitee bestellt werden möge mit der Aufgabe, die geeigneten Schritte gegen die ungerechtfertigten Steuer= bemessungen zu unternehmen und eventuell an Se. Majestät sich mit der Bitte um Abhilse zu wenden. Ein schriftlicher Antrag ähnlichen Inhaltes ist mir von Herrn Zeibig und Genossen überreicht worden. Derselbe lautet:

"In Erwägung, daß die seit einer Reihe von Jahren in Hermannstadt fortbauernde Steigerung der direkten Staatssteuerleistung nur durch eine Aenderung der auf die direkten Staatssteuern bezüglichen Gesetze oder durch eine Zunahme des allgemeinen Wohlstandes erklärt werden könnte, was nicht ber Fall ift, da die auf die direkten Staatssteuern bezüglichen Gesetze seit bem Jahre 1875 im Wefentlichen nicht geändert worden sind und der all=

gemeine Wohlstand im Rückgang begriffen ift;

In Erwägung, daß die Steigerung ber dirckten Steuerlast vielmehr durch ein ungerechtfertigtes, auf unrichtigen, zahlreichen Steuerträgern uns bekannten und gegen ihr Verlangen verheimlichten Grundlagen beruhendes Vorgehen der Steuerbessungs-Kommissionen bewirkt wird und daß die Mehr= heit der Mitglieder der Steuerbemessungs- und Reklamations = Kommissionen ihr Mandat nicht aus den Händen der Steuerträger beziehungsweise der von ihnen gebildeten kommunalen und munizipalen Vertretungskörper erhält:

In Erwägung, daß durch ein derartiges Vorgehn nicht blos die wirthschaftliche Existenz ber einzelnen Steuerträger vernichtet, sondern auch der allgemeine Wohlstand immer mehr untergraben und in weiterer Folge die Grundlage des Staates erschüttert wird; beschließt die am 18. Mai 1881, im Saale des Hotels "zum römischen Kaiser" über öffentlichen Aufruf zahl= reich erschienene Versammlung der Steuerträger in Hermannstadt: es sei ein Ausschuß, bestehend aus dem Borsitzenden und den Schriftführern dieser Bersammlung, dann den Herrn Johann Regler, Georg Kumler, Morit Felter, J. F. Zeibig, Michael Fabritius, Josef Möfert, Michael Szecsödy, Wilhelm Krafft, Johann Nußbächer, Samuel Borger, Gregor Mathen und Michael Henel, einzusetzen und mit der Aufgabe zu betrauen, unter Hinweis auf die in dieser Versammlung vorgebrachten oder außerhalb derselben noch zur Kenntniß gelangenden Beschwerden die geeigneten Schritte, allenfalls im Wege der Petition oder Deputation an Se. Exellenz den k. u. Finanzminister oder an Se. k. u. k. Apostolische Majestät, zu unternehmen, um gegen das ungerecht= fertigte und den wirthschaftlichen Ruin der Steuerträger herbeiführende Vorgeben ber Steuerbemessungsorgane erster und höherer Instanz Abhilfe zu erlangen." Da die früher erwähnten Anträge mit dem eben verlesenen, eingehend

begründeten Antrage des Herrn Zeibig im Wesentlichen übereinstimmen, so frage ich die Herren Antragsteller: ob Sie sich dem Antrage des Herrn

Zeibig anschließen?

Baumann, Borthmes und Regler: Sa!

Vorsitzender: Somit bringe ich den schriftlichen Antrag des Herrn Zeibig und Genossen zur Verhandlung und Abstimmung. Ich fordere diejenigen Herren, welche zu diesem Antrag sprechen wollen, auf, sich zu melden.
(Ruse: Wir nehmen ihn Alle an!). Wenn Niemand diesem Antrage widerspricht, so erkläre ich hiemit, daß dieser Antrag einstimmig von dieser ansehnlichen Versammlung zum Beschlusse erhoben worden ist (Angenommen.
Bravo!).

Da kein weiterer Gegenstand der Verhandlung vorliegt, schlage ich die Herren Major Herzberg und Gottlieb Stahler als Verifikatoren des

heutigen Verhandlungsprotokolles vor (Angenommen).

Indem ich die Sitzung schließe, spreche ich dieser so zahlreichen und ansehnlichen Versammlung den Dank dafür aus, daß sie zu einem so würstigen, dem Ernste der Sache angemessenen Verlaufe der heutigen Verhandlung beigetragen hat. Auch glaube ich, im Namen des bestellten Ausschusses aussprechen zu dürsen, daß alle zur Abhilfe führenden Schritte geschehen werden und eventuell Se. Majestät um gnädigen Schutz werde angegangen werden. Se. Majestät ist der die Gerechtigkeit verkörpernde Faktor in diesem Staate, der auch in dunkeln Tagen zu uns leuchtende Hoffnungsstern, und ich kann nicht umhin, Sie zu einem Hoch auf unsern gnädigen Kaiser und König aufzusordern (Die Versammlung erhebt sich und bringt ein stürmisches Hoch auf Se. Majestät aus). Somit schließe ich die Versammlung.

(Bei dem Auseinandergehen werden die durch die eine Ausgangsthüre des Saales sich Entfernenden gezählt; es sind 497; durch die anderen Aus-

gänge haben sich mehr als 100 entfernt).



Entgegnungen der Steuerbemessungs-Kommission.

Das "Siebenbürg.-Deutsche Tageblatt" (Nro. 2263 vom 30. Mai) 1881 theilte folgende Zuschrift mit:

Löbliche Redaktion des "Siebenb.=Deutschen Tageblatts".

In der Anlage beehren wir uns, die Erwiderung auf den in Nr. 2255 des "Siebenb. Deutschen Tageblattes" vom 19. Mai laufenden Jahres entshaltenen Artikel "Volksversammlung in Hermannstadt" zur gefälligen Aufsnahme in Ihr geschätztes Blatt hiemit zu übersenden.

Die Steuerbemessungs=Kommission für den Hermannstädter Komitat. Hermannstadt, am 26. Mai 1881. Wellmann, Vorstand.

Bolksversammlung in Hermanustadt!

Unter diesem Titel ist in Nro. 2255 des "Siebenb. Deutschen Tageblatts" vom 19. Mai lausenden Jahres ein Artikel erschienen, welcher die Beranlassung, den Zweck und den Verlauf der am 18. Mai l. J. in Hermannstadt abgehaltenen Volksversammlung zum Gegenstand hat, und worin die allährlich sich fühlbar machende Steigerung der Steuerlast, namentlich in Betreff der Erwerb- und Zinsensteuer, einzig und allein dem Vorgehen der Steuerbemessungs-Organe zugeschrieben wird.

Wir sind nicht in der Lage, noch halten wir es für unsere Aufgabe, die bei dieser Gelegenheit ins Feld geführten Zahlen zu prüfen oder sogar den Ursachen einer thatsächlichen Steigerung der Steuerlast nachzusorschen, müssen uns somit blos auf den uns gemachten Vorwurf beschränken, hoffen aber, im weiteren Verlaufe den thatsächlichen Beweis dafür zu erbringen, ob und in wie weit wir, das Vorhandensein eines Steuerdruckes anerkennend,

ben Forderungen der Billigkeit Rechnung getragen haben.

Nicht zu den Herren aus der Volksversammlung wollen wir übrigens hier sprechen, — das wäre eitle Mühe, — sondern zu Denjenigen, welche die Sache etwa interessirt, für die es somit von Werth ist, klar zu sehen. Hiebei erachten wir es vor Allem für nothwendig, die Art und Weise der Bemessung der Erwerbstener III. Klasse an der Hand der bestehenden Gesetze und Vorschriften in Kürze zu stizziren und wollen uns hiebei blos auf diese Steuergattung beschränken, da uns nur bezüglich des Vorganges bei Besmessung dieser Steuergattung Vorwürse gemacht werden. Gegenstand der Bes

steuerung ist das reine Einkommen von den, im Gesetze bezeichneten verschiedenen, einen Gewinn abwerfenden Geschäften oder Beschäftigungen, wobei zum bessern Verständniß hervorgehoben werden muß, daß man unter dem steuerpflichtigen reinen Einkommen nicht bloß das Ersparniß, sondern auch dasjenige Einkommen versteht, welches der Steuerpflichtige auf die Besriedigung seiner häuslichen und sonstigen Bedürfnisse verwendet, somit das Brutto-Einkommen nach Abzug der Regie 1). Die Behauptung findet ihre vollkommene Begründung in den hierüber bestehenden Vorschriften.

Aus dem Gesagten ist nun seicht zu entnehmen, daß unter den versschiedenen gesetzlichen Anhaltspunkten, welche zu der, wenn auch blos annäherungsweisen Ermittelung des steuerpslichtigen Einkommens zu dienen haben, der Auswand, d. i. die Lebensweise des Steuerpflichtigen eine maßgebende Rolle spielt und spielen muß.

Dieser Umstand kann hier um so weniger außer Acht gelassen werden, als derselbe zur richtigen Beurtheilung des Borganges bei Ermittelung und Festsetzung des steuerpflichtigen Einkommens zu dienen hat.

Bur Nachweisung des steuerpslichtigen Einkommens ist nun in erster Reihe der Steuerpslichtige selbst gesetzlich verpslichtet, welcher zu diesem Zwecke ein schriftliches Bekenntniß und zwar an Eides Statt, abzugeben hat. Kückssichtlich dieses werden sodann diese Bekenntnisse vom königl. Steuerinspektor geprüft und stellt derselbe sofort nach Maßgabe der diesfälligen Vorschriften den Besteuerungs-Antrag, welcher durch 8 Tage zur Ans und Beidringung etwaiger Einwendungen oder Beweismittel zu Jedermanns Einsicht ausliegt. Nach Ablauf dieses Termines erfolgt sodann die definitive Festsetzung der Steuer durch die Steuerbemessungs-Kommission in öffentlicher Sitzung und unter vorläusiger Anhörung und Einvernehmung der Parteien, mittelst Beschluß, welcher unter Angabe der Gründe öffentlich verkündiget wird. Gegen diesen Beschluß kann an die Reklamations-Kommission und von dieser an das Ministerium sowohl von Seite des Steuersuers, als auch der Partei rekurrirt werden.

Diesemnach ist das Schicksal der Steuerpflichtigen in erster Linie in deren Hände selbst gelegt, und sind überdies denselben durch Freilassung der Berufung die Mittel geboten, sich gegen etwaige Uebergriffe zu schützen.

Andererseits aber setzt das Kekursrecht des Steuer-Aerars den etwaigen Bestrebungen oder Neigungen der Bemessungs-Kommission, unter den Besteue-rungs-Antrag herunter zu gehen, gewisse Grenzen, welche sich namentlich in

^{&#}x27;) Der § 15 des über die Erwerbsteuer handelnden Gesegartikels XXIX von 1875 gestattet und die Billigkeit fordert eine andere Interpretation. Im betressenden Geseßesparagrasen heißt es: "Als jährlicher Reingewinn ist jener Theil des aus dem Gewerbe oder der Beschäftigung erzielten Gesammteinkommens anzusehen, welcher nach Abzug der zum Fortbetriebe des Gewerbes oder der Beschäftigung nothwendigen Auslagen verbleibt." Nun gehört das Brot, welches der Meister eines Gewerbes zu seinem Unterhalte kauft und verbraucht, ebenso zum Fortbetriebe des Gewerbes oder der Beschäftigung, wie der Geselle, mit dem er zusammen in der Werkstatt arbeitet, oder wie das Leder oder Brett, das er zur weitern Berarbeitung einkauft. Wenn von dieser Ausschaftigung abweichende Finanzverordnungen bestehen, so enthalten diese eine den Sinn des Geseßes einschränkende siskalische Verfügung. Das Land wird übrigens, nach einem Grundgesetze, nach Gesetzen, nicht nach Patenten und Edikten regiert.

folchen Fällen drückend fühlbar machen, in denen Billigkeits = Rücksichten für eine Herabminderung sprechen, gleichzeitig aber auch die Gefahr vorhanden ist, durch Provocirung der Berufung von Seite des Steuer-Aerars dem Betreffenden zu schaden, statt zu nüten, da die Reklamations = Kommission auch über den Besteuerungs-Antrag hinausgehen kann und in einzelnen Fällen thatsächlich auch gegangen ist.

Die Lage der Bemessungs-Kommission ist somit eine äußerst heikle, und wird es noch mehr, namentlich dadurch, daß das Gesetz gewisse Minimalsteuersfätze feststellt, unter welche die Kommission nicht heruntergehen darf.

Kampf mit den Parteien, Kampf mit dem Vertreter des Aerars und schließlich Kampf mit sich selber, wobei der Boden des Gesetzes nie verlassen werden darf, das ist das Loos der Bemessungs-Kommission.

Für Alles dieses aber haben die Herren aus der Volksversammlung in Hermannstadt gar kein Verständniß; vielleicht hat es ja einer der Leser.

Sehen wir nun, wie sich die gesetzliebenden Herren aus der Volksverssammlung die voraufgeführten gesetzlichen Bestimmungen zurechtlegen, namentlich aber, was dieselben unter einem eidesstättichen Bekenntniß verstehen, und welche Stellung sie gegenüber dem Gesetze und dessen Vollzugs Drganen im gegenswärtigen Falle der Steuer-Bemessungs-Kommission einnehmen.

Was die Abgabe von Bekenntnissen anbelangt, müssen wir konstatiren, daß ein großer Theil der Steuerpslichtigen gar keine Bekenntnisse gelegt hat, und daß selbst von den abgegebenen Bekenntnissen kein einziges den gesetzlichen Anforderungen nach Form und Inhalt entsprach. 2) Mit der größten Unverstrorenheit wurden in den überwiegend meisten Fällen Behauptungen ausgesstellt, welche den thatsächlichen Verhältnissen geradezu Hohn sprachen, und das Bestreben, sich der gesetzlichen Besteuerung mit allen Mitteln möglichst zu entziehen, offen zur Schau trugen.

So und nicht anders verstehen die Herren aus der Volksversammlung in Hermannstadt die gesetzliche Bestimmung betreffs der, an Eidesstatt abzugebenden Bekenntnisse.

Wenn nun aber bei Verhandlung der einzelnen Besteuerungs-Anträge, wie dies nicht anders sein kann, den Parteien die unterlassene Bekenntnißslegung oder die Mangelhaftigkeit der beigebrachten Bekenntnisse nehst den Folgen derselben mit aller Ruhe und Anstand vorgehalten wird, und hierauf von Seite des Betreffenden nicht nur, sondern auch der übrigen Anwesenden Worte wie "Diebstahl", "Raub", "Haub", "Haub", "Faut abzieh'n" sallen, und einer der Herren sich sogar so weit versteigt, von Selbsthilse und Revolver zu phantassiren, nun dann glauben wir, die Stellung der Herren aus der Volksverssammlung 3) der Bemessungs-Kommission gegenüber, wie nicht minder auch die Lage der Letztern hinreichend gekennzeichnet zu haben.

²⁾ Die Unterlassung vieler Steuerträger, Bekenntnisse einzubringen, wird von denselben dadurch erklärt, daß nach den Ersahrungen der letzten Jahre die Bekenntnisse in den meisten Fällen nicht berücksichtigt werden.

Der Setzer.

³⁾ Wer sind unter den "Herren aus der Volksversammlung" gemeint? Wenn darunter die sechshundert angesehensten Bürger Hermannstadts, welche es wohl an Intelligenz und Geseheskenntniß mit den Mitgliedern der Steuer-Bemessungs-Kommission

Hiebei verwahren wir uns zugleich gegen jeden Vorwurf im Verlaufe dieser Verhandlungen, die Grenzen des Anstandes jemals überschritten zu haben;

obgleich hiezu reichliche Veranlassung geboten worden ift.

Alles von den Kommissions-Gliedern und namentlich vom Vorstande Gesprochene, war stets darauf gerichtet, die Betreffenden aufzuklären, zu beslehren und zu beruhigen und die fast zur stehenden Formel gewordene Besmerkung des Vorstandes: "Ich sage Ihnen Alles dieses, theils damit Sie es einsehen, daß Ihnen kein Unrecht geschieht, theils aber darum, daß Sie in Zukunst wissen, was Sie zu thun haben", lassen keine andere Deutung zu.

Daß aber bei derartigen Verhandlungen und unter den geschilderten Verhältnissen nur mit Ernst und Entschiedenheit vorgegangen werden konnte, versteht sich wohl von selbst.

Nach diesen Vorauslassungen gehen wir nun über zur Beleuchtung der in der Volksversammlung vom 18. Mai gegen uns erhobenen Be-

schuldigungen.

Zu diesem Ende lassen wir die Herren Volksredner in derselben Reihensfolge die Revue passiren, als dieselben sich laut "Tageblatt" bemerkbar gesmacht haben.

1. Graboviesth.

Dessen Behanptung bezüglich ber erfolgten Bestenerung ber "Habermann'schen Bierbrauerei" mit Zugrundelegung eines reinen Einkommens

von 1 Kreuzer per Liter ist richtig.

Auf dieser Basis stand nämlich der Antrag des k. Steuerinspektors, welchem der unangesochtene gleiche Vorgang in den Vorjahren zur Grundslage diente, und da derselbe weder durch das höchst mangelhafte Bekenntniß noch aber durch die, vom Vertreter der Brauerei mündlich vorgebrachten allgemeinen Behauptungen umgestoßen werden konnte, so blieb bei der Unsmöglichkeit, nähere Erhebungen zu pflegen und mit Rücksicht auf den Umstand, daß nach den bestehenden Vorschriften blos allgemein gehaltene Behauptungen nicht zu berücksichtigen sind, der Kommission nichts anders übrig, als den Besteuerungsantrag anzunehmen und von einem Einkommen per 9800 fl., nicht aber 11000 fl, die Steuer mit 980 fl. zu bemessen, und es der Partei zu überlassen, die zuerst beim königl. Steuerinspektor dann bei dieser Kommission unterlassene Beweissührung im Wege des Rekurses nachzuholen.

Die Behauptung aber, daß Alles nur Schein und der Präses maßsgebend sei, müssen wir mit Entschiedenheit zurückweisen. Jeder Beschluß wird mit Stimmenmehrheit gefaßt und keiner der Kommissions-Beisiger hat sich je zum blinden, willenlosen Werkzeug des Präses herabgewürdigt. Daß der Präses die Kommission in Allem und Jedem zu vertreten, die Beschlüsse zu verkündigen und wenn diese selbst gegen seine Ansicht zu Stande ges

noch aufnehmen können, subsumirt werden sollten und in einem Athem gesagt wird, daß Worte wie "Diebstahl", "Raub", "Hauben", "Kevolver" gefallen seien, so ist dieses einsach nicht wahr. Es hat keine würdigere Versammlung gegeben, als die am 18. Mai stattgefundene Volksversammlung in welcher jeder starke Ausdruck strenge versmieden worden ist. Die Kommission hätte in ihrer wohlerwogenen Darlegung besser daran gethan, etwaige Vorgänge vor der Kommission und die Vorgänge in der Volksversammlung sprachlich auseinander zu halten.

fommen wären, nöthigenfalls auch zu vertheidigen hat, liegt in der Natur tes Organismus, gestattet aber in keinem Falle die Schlußfolgerung: "Die Kommission thue, was der Präses wolle."

2. Zeibig, Raufmann.

Derfelbe vermischt in seiner Darstellung die Agenden des königl. Steuer-Inspektors mit denen der Bemessungs-Rommission, spricht in einem Athem bald von der Bemessungs-Rommission, bald vom Steuer-Inspektor, bald vom Präses der Bemessungs-Rommission und vom Staatsvertreter. Zur Drientirung für Nichteingeweihte müssen wir vor Allem konstatiren, daß der Staatsvertreter, Entsendeter des königl. Steuerinspektors, als Antragsteller zwar zur Kommission gehört, aber bei der Beschlußfassung keine Stimme hat. Der Staatsvertreter ist vor der Bemessungskommission ebenso Partei, wie jeder Steuerträger. Was also vom Steuerinspektor rücksichtlich Staatsvertreter von Zeibig gesagt wurde, müssen wir hier übergehen, und uns daranf beschränken, was die Bemessungs-Kommission betrifft:

Der Antrag des Steuerinspektors bezüglich des in Rede stehenden Produktenhandels lautete auf Besteuerung eines Einkommens von 12255 fl. 70 kr. = 1225 fl. 57 kr. Steuer. Dieser Antrag stützte sich auf die, aus den Aufzeichnungen der Eisenbahn entnommene Menge der versendeten Probukte, dann deren Bewerthung und die Annahme eines Gewinnes gleich 6

Perzent des Gesammtwerthes.

Die Kommission erkannte sofort, daß diese theoretische Berechnung vor der Praxis nicht Stand halten konnte, und daß es bei einer so großen Quantität verschiedenartiger Produkte nicht angehe, den erzielten Gewinn oder Verlust per Kilogramm, Meter-Zentner oder Hektoliter mit Zuhilsenahme von Marktpreistabellen zu ermitteln. Dazu reichte die Zeit nicht aus und mußte also in diesem Falle der Knoten durchgehauen werden.

Bei dieser Sachlage griff die Kommission zu einem Mittel, welches sowohl im Vorjahr als auch heuer zur beiderseitigen Zufriedenheit, sowohl des Steuerträgers als auch des k. Steuerinspektors, bereits in Anwendung gebracht worden war, und welches darin bestand, die nach Kilogramm, Meter-Zentner oder Hektoliter sestgestellten Mengen der eingekauften, theils an das k. k. Militär-Aerar abgelieserten, theils weiter versendeten Produkte d. i. Mehl, Kukuruz, Roggen und Hafer auf Waggonladungen zu reduzien und den durchschnittlichen Gewinn per Waggon annäherungsweise zu ermitteln.

Auf die an Zeibig gestellte Frage: wie hoch sich beiläufig der erzielte Gewinn per Waggon belause? erhielten wir die Antwort: das anzugeben, sei ihm unmöglich; nur soviel könne er sagen, daß am Mehl und Kukuruz Verlust gewesen sei. Nach vielem Hin und Her gab Zeibig endlich an, der

Gewinn per Waggon schwanke zwischen 10 und 30 Gulben Brutto.

Im vorigen Jahre hatte nun die Kommission auf die verläßlichste Weise und zwar in vollkommenem Einverständnisse mit der steuerpflichtigen Partei das durchschnittlich reine Einkommen von derlei Unternehmungen im Jahre 1879 mit 36 fl. per Waggon sestsellt, ging aber in Berückssichtigung der im vorigen Jahre minder günstigen Handels-Konjunkturen heuer von 36 fl. auf 25 fl. herab, wofür derselben auch bereits die Anerskennung thatsächlich zu Theil geworden ist.

In Anbetracht nun, daß von Zeibig ein ziffermäßiger Anhaltspunkt nicht zu erhalten, dagegen dessen Behauptung an Mehl und Kukuruz eingebüßt zu haben durch die anwesenden gleichartigen Geschäftsleute bestätigt worden war, sowie in Anbetracht dessen, daß Zeibig im Laufe der Verhandlung affen eingestand, nicht blos das ämtlich erhobene Duantum an Produkten, sondern noch mehr gekauft und verkauft zu haben, einigte sich die Kommission in der Annahme eines durchschnittlichen Gewinnes von 10 fl. per Waggon, wobei man sich bei der Feststellung des Einkommens blos auf die ämtlich erhobene Menge der versendeten Produkte beschränkte.

Was den Handel mit Speck betrifft, so konnte hier eine waggonweise Ermittelung des Einkommens selbstwerständlich nicht Platz greisen. Nach Anshörung der Partei und gehöriger Erwägung aller vorgebrachten Umstände sixirte die Kommission den Gewinn mit 1 Kreuzer per Kilogramm.

Es stellt sich bemnach die Besteuerung Zeibigs durch die Kommission folgendermaßen dar:

Summe bes Einkommens 3205 fl.

gleich 320 fl. 50 fr. Steuer, wodurch die, durch den k. Steuerinspektor beanstragte Steuer per 1225 fl. 57 kr. um 905 fl. 7 kr. herabgemindert wurde.

Auf die Besteuerung der Pachtungen wollen wir hier nicht reslektiren, da die Besteuerung derselben mit Anwendung der Minimal-Steuersätze, unter welche die Kommission nicht hinunter gehen darf, stattgefunden hat.

Hält man nun das Boraufgeführte mit der Darstellung im "S.D. Tageblatt" zusammen, so wird man leicht ersehen, welcher Werth der Beshauptung beizulegen sei, der Gewinn sei per Waggon auf 60 fl. resp 50 fl. veranschlagt worden, die Rommission lasse aber mit sich handeln, habe 25 und dann 10 fl. angenommen. Geradezu unwahr aber erscheint die Beshauptung bezüglich der Besteuerung von Speckhandel, welche also lautet: "Doch man klärte mich auf, ich hätte daran gegenwärtig 400 fl. Gewinn. Da half kein Remonstriren."

Um übrigens diesen Herrn Volksredner in die volle Beleuchtung zu stellen, müssen wir konstatiren, daß derselbe mit der Besteuerung von Prosustens (Früchten) Handel sich zufrieden erklärt und bloß gegen die Besteuerung des Speckhandels rekurrirt hat, so wie, daß derselbe seinem redlichen Drange gesetzlich besteuert zu werden, dadurch Ausdruck verlieh, daß er gar

fein Bekenntniß abgegeben hat.

Was nun die Unsicherheit der Kommission in der Anwendung des Gesetzes betrifft, so muß zugegeben werden, daß in der Sitzung vom 11. Mai l. I. eine principielle Meinungsverschiedenheit aus Anlaß dessen zu Tage trat, als bei Pachtungen von blos einjähriger Dauer der Besteuerungsantrag einmal auf dem ermittelten Einkommen des Vorjahres, das anderemal auf dem erhöfften Einkommen des laufenden Jahres basirte, somit einmal auf den vorjährigen, das anderemal auf den heurigen Pächter gerichtet war.

Ueber ben Antrag des Prafes, sich diesbezüglich in einem Grundsatze zu einigen, beschloß die Kommission mit Stimmenmehrheit, nach dem Wort-

laute des Gesetzes, blos das, aus der Vergangenheit konstatirbare, Einkommen der Besteuerung zu unterziehen, das heurige Einkommen aber als gesetzliches

Objekt des nächsten Jahres heuer nicht zu besteuern.

Bei Durchführung dieses Grundsates stieß man nun von Seite der vorjährigen Pächter auf die Behauptung, das Einkommen des Vorjahres seischon im abgelaufenen Jahre besteuert worden, und könne heuer nicht zum zweitenmale besteuert werden. Zum Beweise dieser Behauptung beriefen sich nun einige auf das Steuerbüchel.

Das Steuerbüchel konnte aber nur in dem Falle als Beweis angesehen werden, wenn dasselbe im Jahre 1879 keine Vorschreibung an Erwerbsteuer III. Klasse enthielt und außerdem nachgewiesen war, daß der Betreffende im Jahre 1880 blos ein Objekt zu versteuern hatte. In diesem Falle war es evident, daß das in Rede stehende Objekt im Jahre 1880

bereits besteuert worden war.

Enthielt nun aber das Steuerbüchel schon im Jahre 1879 eine Vorsichreibung ar dieser Steuergattung, und war es überdies konstatirt, daß der Betreffende mehrere Objekte zu versteuern gehabt hatte, so konnte das Steuerbüchel nicht zum Beweise für die Behauptung dienen, als sei das Einkommen des Jahres 1880 für irgend ein Objekt bereits im Jahre 1880 besteuert worden, weil aus der, im Steuerbüchel angesetzten Gesammtsumme für mehrere der Besteuerung unterzogene Objekte schlechterdings nicht entnommen werden kann; ob und mit welchem Betrage die, angeblich für das in Rede stehende Objekt bemessene Steuer, in der Gesammtschuldigkeit enthalten war. 4)

Nach diesen Grundsätzen war man am 11. Mai vorgegangen, als der königl. Steuerinspektor am 12. Mai in der Sitzung erschien und der Komsmission einen Ministerial-Erlaß vorlegte, welcher mit Rücksicht darauf, daß bezüglich der Behandlung neuer Unternehmungen das Gesetz keine bestimmte Weisungen enthält, anordnet: neue, d. i. im Laufe der Jahres begonnene-Unternehmungen, nach dem muthmaßlichen Einkommen, jedoch nur provissorisch, definitiv aber erst in dem darauf solgendem Jahre auf Grund des ermittelten Einkommens zu besteuern.

Hiedurch war der diesbezüglich aufgestellte Grundsat über den Haufen geworfen worden, und mußte sich von nun an die bezogene Verordnung gegen-

wärtig gehalten werden.

Dieß auf den inkriminirten schwankenden Vorgang der Kommission im Allgemeinen und insbesondere auf die Veränderlichkeit der Gesinnungen des Präses, dessen, übrigens schon während der Verhandlung auch außer der Kommission getheilten Ansicht über die diesbezügliche Beweiskraft der Steuersbüchel

Folgt der Fall Stengel:

Der Genannte hat hier am Marktplate eine ansehnliche Galanterieund Spielwaaren-Handlung, und zur Besteuerung pro 1881 in das Bestenntniß einfach 200 fl. eingestellt.

Der Besteuerungsantrag lautete auf 425 Gulben Einkommen, wogegen ber Genannte ben schlechten Geschäftsgang einwendete und um Belassung bei

¹⁾ Stehen den Steuerbemessungsorganen über die Steuerbemessung im Jahre 1880 keine — Akten zur Verfügung? Der Setzer.

seinem angegebenen Einkommen bat. Die Antwort bes Präses war: "Das wird schwer gehen, benn wir haben Greislereien von 200 fl. besteuert und Ihr Geschäft läßt sich boch nicht mit einer Greislerei in eine Kategorie stellen."

Der Antrag auf Besteuerung des Einkommens per 425 Gulden wurde angenommen und die Steuer mit 42 fl. 50 kr. sestgesetzt. Bei Verkünstigung des Beschlusses äußerte St.: "Wenn ich so viel Steuer zahlen soll, muß ich das Geschäft sperren." Hierauf die Erwiderung des Präses: "Das steht bei Ihnen; wenn Sie zusperren, werden Sie auch nicht mehr besteuert werden." ⁵)

Die diesfällige Darstellung 38 ist somit einfach eine Entstellung.

Was übrigens die Höhe des besteuerten Einkommens und die Unerschwinglichkeit der Steuer in diesem Falle betrifft, so möge das verständige und mit den Verhältnissen vertraute Publikum Hermannstadts darüber urstheilen. Wir haben nur noch zu konstatiren, daß die in Rede stehende Steuer tief unter dem Minimalsatz steht.

Shließlich ber Fall Ackerfeld.

Der Genannte hatte kein Bekenntniß abgegeben, war auch bei ber Verhandlung, wie es sich herausstellte, wegen Krankheit nicht erschienen, hatte sich auch nicht vertreten lassen. Der Antrag des k. Steuerinspektors

lautete auf Besteuerung eines Einkommens von 210 Gulben.

Die Kommission wäre geneigt gewesen, eine Herabminderung eintreten zu lassen, konnte aber dazu keinen Anhaltspunkt sinden, da der Antrag auf dem gesetzlichen Durchschnitt der Jahre 1878, 1879 und 1880 basirte, in welchen der Genannte das Humacher-Gewerbe mit Umsicht und Fleiß bestrieben und sogar nach Kumänien hinein mit seiner Waare Handel gestrieben hatte. An dieser Grundlage konnte die gegenwärtige Krankheit des Genannten nichts ändern und war ja dieser Umstand gesetzlich erst bei Feststellung des 1881er Einkommens behuss der Besteuerung pro 1882 in Bestracht zu ziehen. Bei dieser Sachlage nahm die Kommission den Antrag um so beruhigter an, als sich keine Steigerung gegen die Vorjahre, sondern sogar eine, wenn auch nur geringe, Herabminderung herausstellte.

Nach Verfluß einiger Tage erschien die Frau des Genannten vor der Kommission mit dem Bemerken: sie hätte wegen der Krankheit ihres

Mannes nicht früher erscheinen können.

Die Verhandlungen waren eben sehr lebhaft im Zuge und ereignete sich dieß, wenn wir nicht irren, gerade an dem Tage, als der Präses die arggefährdete Ordnung mit der Aufforderung herstellen mußte! "Meine Herren! Ich ersuche, sich ruhig und auständig zu benehmen, widrigens ich genöthigt wäre, die Sitzung zu schließen und die Verhandlungen mit Ihnen abzubrechen!" Die Antwort des Präses auf die Entschuldigung der genannten Partei war: "Ihre Angelegenheit ist bereits verhandelt und können wir Ihnen nunmehr blos das Ergebniß mittheilen, wogegen der Rekursfreisteht. War übrigens Ihr Mann schon im vergangenen Iahre krank? Antwort: "Nein."

⁵⁾ Die Aussagen zahlreicher anwesender Zeugen lauten, daß der Herr Kommissions-Präses etwas anders gesagt hat, nämlich: Wenn das Geschäft schlecht geht, so sperren Sie zu; Sie brauchen kein Geschäft auf dem Großen Ring! Der Setzer.

Entgegnung: "Nun so mußten Sie dem Gesetze nach heuer so wie fo

besteuert werden."

Von drückender Armuth und der Unfähigkeit, auch nur die Medikamente zu bezahlen, war somit keine Rede, und konnte füglich auch nicht sein, da Ackerfeld Eigenthümer eines stockhohen Hauses war. Hier wollen wir nur noch bemerken, daß die, in Rede stehende Steuer das gesetzliche Misnimum nicht übersteigt, und blos 21 fl. beträgt. So und nicht anders verhält sich diese, bald bis zur Mordgeschichte ausgebauschte Angelegenheit.

3. Georg Rummler.

Derselbe ist Sodawasser-Erzeuger und Salamimacher und hat für jedes dieser Geschäfte je 100 Gulden einsach in sein Bekenntniß eingestellt. Der Besteuerungsantrag für das erstere Geschäft lautete auf ein Einkommen von 540 Gulden, welches von der Kommission, mit Rücksicht auf den Umstand, daß das vorige Jahr diesem Unternehmen minder günstig war, auf 493 st. und die Steuer auf 49 st. 30 kr. herabgemindert wurde. Hiegegen wurde der Rekurs angemeldet.

Der Bestenerungsantrag für das letztere Geschäft lautete auf ein Einkommen von 500 fl., wurde von der Kommission auf 450 fl. und die Steuer auf 45 fl. herabgemindert, wogegen wohl gesprochen, schließlich aber

der Refurs doch nicht angemeldet wurde.

Außerdem hat R. in Kompagnie mit Grau Martin Hen und Stroh an das k. k. Militär geliefert und hievon das Einkommen von 500 fl. einsbekannt, welches anstandslos angenommen und die Steuer mit 50 fl. besmessen wurde. Derselbe wurde ferner noch für einen Handel mit Schweinen von dem Einkommen per 29 fl. mit 2 fl. 90 kr. und schließlich von einem Fruchtgeschäft (1000 Mtr. Zeutner Roggen) mit 10 fl. besteuert. Diesemsnach beträgt die, für obige Objekte sestgestellte Gesammtsteuer 157 fl. 20 kr., nicht aber 263 fl.

Weitere Reflektionen halten wir für überflüffig.

4. Bachholzky.

Derselbe ist Schuhmacher, arbeitet laut Bekenntniß blos mit einem Gesellen und einem Lehrling und hat als Einkommen einfach 140 fl. angesetzt. Der Besteuerungsantrag lautete auf ein Einkommen von 250 fl. gleich 25 fl. Steuer. Da es nun aber feststeht, daß B. mindestens 4 bis 5 männliche und an 3 Nähmaschinen ebenso viele weibliche Arbeiter beschäftigt, so fand sich die Kommission nicht bewogen, eine Herabminderung eintreten

zu lassen.

Bei Verkündigung des Beschlusses meldete B. den Rekurs an und war durch den Präses unmöglich davon zu überzeugen, daß ihm durchaus kein Unrecht geschehe, und da die Auslassungen B's. nach Verlautbarung des Beschlusses kein Ende erreichten, bemerkte der Präses, ohne sich übrigens "wie ein Fürst hoch aufzurichten", wörtlich: "Sie wollen nicht 250 fl. Einkommen haben, und man braucht nur die Zeitungen in die Hand zu nehmen, so sindet man Sie jedesmal unter den Scheibenschützen. Das Scheibenschießen ist aber bekanntlich ein theueres Vergnügen, und wer schon

⁶⁾ Rotabene! für welches übrigens vollständig verschuldete Haus die Haussteuer, aber nicht eine Erwerbsteuer entrichtet wird. Der Setzer.

in der Lage ist, sich ein theueres Vergnügen zu gewähren, der muß denn boch ein jährliches Einkommen von 250 fl. haben!" Diese, in der besten Absicht, den Beschluß der Kommission gründlich zu rechtsertigen, die Partei aber aufzuklären und zu beschwichtigen gemachte Bemerkung rief einen Sturm der Entrüstung hervor, welchen der Präses endlich mit den Worten dämpste: "Der Gegenstand ist verhandelt, sprechen wir nicht mehr darüber, ich sehe, die Herrn verstehen mich nicht."

Wenn aber B. wissen will, was der Präses dem Kommissionsmitgliede Steiner "ins Ohr lispelte", so wollen wir es hier sagen. Steiner stellte nämlich, um der beharrlichen und ungestümen Behauptung B's., ein Einstommen von 250 fl. nicht zu haben, wenigstens in etwas Nechnung zu tragen, die Frage, ob man hier nicht etwa den Minimalsatz anwenden könnte? Die ins Ohr gelispelte Antwort war: "Nein, denn sonst kommt er noch höher."

5. Wilhelm Nugbächer,

Der Antrag lautete auf Besteuerung folgender Objekte:

1. Fiaker-Geschäft Einkommen 360 fl.; 2. Stadtreinigung 505 fl.; 3. Riemerei 300 fl.; 4. Fruchthandel 166 fl. 80 kr. 5. Holzhandel 135 fl.; 6. Senkgrubenreinigung 804 fl.; 7. Senkgrubenreinigungspäuschal-Einkommen 65 fl. zusammen 2335 fl. 80 kr. und beträgt die hievon entfallende Steuer 233 fl. 58 kr.

Post 1 ersolgte die Besteuerung nach dem Minimum mit 36 fl.; Post 2 wurde der Antrag angenommen, Steuer 50 fl. 50 fr.; ebenso Post 3, obgleich das Minimum höher ist, Steuer 30 fl.; Post 4 wurde die Steuer von 16 fl. 68 fr. herabgesetzt auf 4 fl.; Post 5 wurde die Steuer herabgesetzt von 13 fl. 50 fr. auf 6 fl.; Post 6 wurde der Antrag angenommen, weil N. sich blos auf die Ausweisung der Ausgaben, nicht aber auch der Einnahmen des Näheren einließ, und außerdem diese Unternehmung auch in den Vorjahren nie geringer besteuert worden war. Steuer hiefür 80 fl. 40 fr.; Post 7 wurde, als in Post 6 inbegriffen, gestrichen. Die Gesammtsteuersumme beträgt demnach 206 fl. 90 fr., wornach der Antrag des Steuerinspektors per 233 fl. 58 fr., um 26 fl. 80 fr. heradzemindert erscheint.

Daß die zifferumäßigen Angaben des Genannten nicht richtig, und auf Irreführung des Publikums durch absichtliche 7) Berwechslung des Einkommens mit der Steuer und Verschweigung der Steuerbefreiuung eines Objektes, gerichtet sind, geht aus dem Voraufgeführten klar hervor, und haben wir noch zu bemerken, daß derselbe theils keine, theils mangelhafte Bekenntnisse gelegt hatte. Gegen den Rommissionsbeschluß hat N. blos bezüglich der Besteuerung Post 6 den Rekurs angemeldet. Die Vehauptung aber, daß der Genannte nach denselben Pferden 3, 4mal besteuert worden sei, steht nicht, da die Anzahl der Pferde nur bei Besteuerung des Fiakergeschäftes, daher blos ein einzigesmal die Basis zur Fixirung des Einkommens gebildet haben.

6. Morit Felter.

Dessen Bemerkungen sind eigentlich mehr auf die Anträge des kön. Steuerinspektors als auf den Vorgang der Kommission gerichtet und entshielten wenigstens keine absichtlichen Entstellungen.

⁷⁾ Die "Absicht" dürfte fich schwer beweisen laffen.

Die Frage, betreffend die antizipative Besteuerung heuriger Unternehmungen, ist unter Post 2 (Zeibig) bereits beantwortet worden, und wir wollen nur noch erwähnen, daß F. nach bem Handel mit Fett, Speck, Früchten und dem Speditionsgeschäft im Ganzen von einem Einkommen per 1260 Gulben mit 126 Gulben (ber Antrag des Steuerinspektors lautete auf eine Steuer von 309 fl. 49 fr.) besteuert worden ist und nicht refurirt hat.

7. 3. F. Zeibig.

Spricht im Namen des Friedrich Krauß und behauptet, K. sei für ein und dasselbe Objekt zweimal, also doppelt besteuert worden. Hierauf haben wir zu bemerken, daß K. Weißbäck ist und zugleich Brod für das Irrenhaus und Franz = Josef = Spital geliefert hat, somit nicht für zwei, sondern blos für ein Geschäft und zwar nach Maßgabe der Ausdehnung desselben besteuert worden ist.

Der Antrag lautete auf ein Einkommen im Ganzen von 1420 Gulben 50 fr., welches von der Commission im Beisein Rs. auf 912 fl. 54 fr. herabgemindert und die Steuer mit 91 fl. 25 fr. festgesetzt wurde. R., nach der Beschlußkundmachung befragt, antwortete, nicht recurriren zu wollen. Erwähnt muß werden, daß R. ein Bekenntniß nicht abgelegt hat.

Die Bemerkung, daß die Commission barüber nicht im Rlaren ge= wesen, was Gesetz sei, müssen wir hier übergehen, da ber Sachverhalt sub Post 2 (Zeibig) gehörig auseinandergesetzt worden ist.

Sporer, Gastwirth.

Derselbe hatte kein Bekenntniß abgelegt und war zur Verhandlung auch nicht erschienen, weswegen der Besteuerungsantrag angenommen und von dem Einkommen per 311 fl. 70 fr. die Steuer mit 31 fl. 17 fr. sofort bemessen wurde. Auch in diesem Falle mussen wir constatiren, daß bie bemessene Steuer unter bem Minimum steht.

Die Behauptung, nach Schluß ber Sitzung erschienen zu sein, wollen wir nicht bestreiten, und ebensowenig den demselben ertheilten Bescheid. Rur waltet hier der kleine Unterschied ob, daß dieser, mit aller Ironie ertheilte Bescheid nicht von einem Mitgliede der Commission, sondern von einem

ber städtischen Vertrauensmänner ausging.

Baumann, Raufmann.

Derfelbe hat am 31. Dezember 1880 ein Bekenntniß abgelegt, worin es wörtlich heißt: "Wie in den Vorjahren, so habe ich auch dieses Jahr nach meinem Modewaaren-Geschäft kein Einkommen, sondern leider nur Berluft zu verzeichnen." Die weitere Berufung auf schlechte Zeitverhält= niffe 2c. übergeben wir.

B. erschien persönlich vor der Commission, brachte aber außer den im Bekenntniß bereits enthaltenen, allgemeinen Behauptungen nichts vor, woraus auch nur mit einiger Sicherheit auf Gewinn ober Berluft hätte

geschlossen werden fonnen.

Bei dieser Sachlage und obgleich der Besteuerungsantrag nicht einmal das gesetzliche Minimum erreichte, nahm die Commission den Besteuerungs= antrag doch an, und setzte sofort nach dem Einkommen per 558 fl. die Steuer mit-55 fl. 80 fr. fest.

Bei Verkündigung des Beschlusses gerieth nun B. in eine solche Extase, daß derselbe wohl nicht zum Revolver griff, aber wenigstens davon sprach. In diesem Falle trifft nun allerdings die Commission der Vorwurf eines gesetzwidrigen Vorganges, nämlich der einer Unterlassungssünde, besgangen zu Gunsten des Herrn B.

10. Bortmes, Tischler.

Ein Bekenntniß hat derselbe nicht eingereicht, und wir wollen hier blos constatiren, daß dessen Steuer nach dem Einkommen von 160 fl. — 16 fl. beträgt und unter dem Minimum steht.

11. Samuel Ronnerth und

12. Renzel.

Deren Auslassungen berühren die Commission nicht.

13. Johann Kefler, Fleischhauer.

Derfelbe spricht vor Allem über die zu hohe Besteuerung der Fleischhauer im Allgemeinen. Hierauf müssen wir bemerken, daß die Besteuerung dieses Erwerb-Zweiges bezüglich des im Gesetze ausdrücklich erwähnten Schlacht- und Stechviehes durchgehends unter Anwendung der gesetzlichen Minimalsätze erfolgt ist.

Was nun aber insbesondere die Besteuerung der Lämmer anbelangt, von welchen das Gesetz bei Aufzählung der Minimalsätze keine Erwähnung macht, so müssen wir bemerken, daß sowohl heuer, als im vorigen Jahre der Reingewinn von 1 Paar Lämmer nicht mit 1 fl., sondern mit 50 fr.

fixirt wurde, wonach die Steuer für ein Lamm 21/2 fr. beträgt.

Was ferner die Behauptung bezüglich der hohen Besteuerung der Pachtungen anbelangt, so muß erwähnt werden, daß auch diese durchgehends unter Anwendung der gesetzlichen Minimalsätze erfolgt ist, wobei wir noch bezüglich der Frage, ob das Einkommen des vorigen oder des heurigen Jahres zu besteuern war, dann, ob der Beweis für die bereits erfolgte Besteuerung des vorigen Einkommens in allen Fällen durch das Steuer-büchel erbracht werden konnte? — auf Bost 2 (Zeibig) verweisen, wo dieser Gegenstand bereits besprochen worden ist.

Die Bemerkung bezüglich des Viehhandels betrifft uns nicht, wird somit

hier außer Acht gelaffen.

So viel über die, gegen uns vorgebrachten, speziellen Beschuldigungen. Um übrigens jedem Unbefangenen die Möglichkeit zu bieten, sich ein klares Bild über die Vorgänge bei Bemessung der Erwerbsteuer III. Klasse pro 1881 in der Stadt Hermannstadt zu schaffen, und, hierauf gestützt, sich ein richtiges Urtheil nicht nur in Vetreff der aufgeführten Fälle, sondern auch im Ganzen über die Kommission zu bilden, konstatiren wir Folgendes:

Die Anzahl der Fälle:

1. welche verhandelt wurden, beträgt 947;

2. in benen der Besteuerungs-Antrag angenommen wurde, beträgt 794, worunter 326 Fälle, in welchen eine Stenererhöhung gegen das Vorjahr nicht stattgefunden hat;

3. in benen die Steuer erhöht wurde, beträgt 23;

4. in benen die Steuer herabgemindert oder ganz gelöscht wurde, besträgt 130;

5. in welchen gegen den Kommissionsbeschluß Rekurs angemeldet wurde, beträgt 61:

6. in denen die Parteien zur Verhandlung erschienen waren, be=

trägt 314;

Alle möglichen Schlußfolgerungen, welche nun aus den angeführten Daten zu unsern Gunsten oder Ungunsten gezogen werden können, hier zu besprechen, würde zu weit führen. Möglicher Weise haben wir hiemit unsern Gegnern verschiedene, wenn auch blos scheindare Angriffspunkte geboten, welche immerhin geschickt ausgenützt werden können. In dem Umstande aber, daß wir offen damit hervortreten, manifestirt sich eben unser gutes Gewissen. Dazu kommt, daß wir hier nicht blos zum Publikum im Allgemeinen, sondern auch zu Fachleuten sprechen, denen wir die obangesührten Daten zur bessern Drientirung schuldig zu sein glauben. Das Urtheil über uns in dieser Beziehung möge nun so oder so ausfallen, wir sinden volle Beruhigung in dem Bewußtsein, daß unser eifrigstes Streben in jedem Falle darauf gezichtet war, das "summum jus, summa injuria" keinen Augenblick aus den Augen zu verlieren.

Schließlich erklären wir hiemit die Diskussion unsererseits für ge=

schlossen und werden auf weitere Angriffe nicht reflektiren.

Die Stenerbemessungskommission für das Hermannstädter Komitat für das Jahr 1881.

Die Redaction des "S.=D. T." begleitete obenstehende Entgegnung

der Kommission mit folgenden Bemerkungen:

Daß die Steuerbemessungs-Kommission ihr Vorgehen so eifrig, wie möglich, zu rechtfertigen sucht, ist begreiflich. Dagegen läßt sich ebenso, wie wenig gegen ihr ritterliches Eintreten für ihren Bräses, Nichts ein= Nur eine Bemerkung können wir nicht unterdrücken. würde der Kommission keinen Abbruch an ihrer Selbstschätzung zuge= fügt haben, wenn sie mit geringerer sonverainer Geringschätzung von "Herren aus der Volksversammlung" — die, wir wiederholen es, die angesehensten Bürger Hermannstadts umfaßte — gesprochen hätte. Es heißt zwar: "Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand." Aber dieser Gemeinspruch gibt den Herren aus der Kommission noch kein Recht, die Gesetzeskenntniß und Gesetzesachtung für fich und etwa noch für andere "Fachleute" in Anspruch zu nehmen, dagegen den sechshundert Besuchern der Volksversammkung jegliches Verständniß für den vielfachen Kampf der Commission mit den Parteien, dem Vertreter des Aerars und mit sich selber, "wobei der Boden des Gesetzes verlassen werden darf", abzusprechen. Dieses für sich in nie Unspruch genommene Privilegium der Gesetzes-Renntniß und Achtung wird übrigens durch die Kommission selbst in ein zweifelhaftes Licht gerückt, indem sie selbst erklärt, der Besteuerung der Pachtungen am 11. Mai "nach dem Wortlaute des Gesetes" blos das auf der Vergangen= heit konstatirbare Einkommen zu Grunde gelegt zu haben, einen Tag später aber, am 12. Mai, auf Grund eines vom Steuerinspektor vorgewiesenen

Finanzministerialerlasses diesen Grundsat über den Haufen geworfen und neue Unternehmungen nach dem gemuthmaßten Einkommen des laufen den Jahres besteuert zu haben. Wenn nun die Kommission am 11. Mai "nach dem Wortlaute des Gesetzes" vorgegangen ist, so ist sie offenbar am 12. Mai, als sie auf Grund eines Finanzministerialerlasses ihren Grundsatz über den Haufen warf, nicht "nach dem Wortlaut des Gesetzes" vorgegangen. Ueber ihr Verhalten bei einem Konslikt zwischen Gesetz und Verordnung können nun die gesetzeskundigen Mitglieder der Kommission keinem Zweisel unterliegen, haben sie doch selbst, nach § 21 des G.-A. XV. 1876, den Eid abzelegt: "Ich N. N. gelobe bei meiner Ehre, daß ich in Ersüllung der mit dieser meinen Stellung verbundenen Agenden im Sinne des Gesetzes gewissenhaft und unparteisch vorgehen werde". Und doch haben sie am 11. Mai dem Gesetz und am 12. Mai dem Finanzeministerialerlaß gesolgt!

Wenn die Bemessungs-Kommission weiter behauptet, daß sie in vielen Fällen nur deshalb den Steuerantrag des Steuerärars annehme, damit das Steuerinspektorat nicht rekurrire und die Reklamationskommission, die "auch über den Besteuerungsantrag hinausgehen kann und in einzelnen Fällen that-sächlich auch gegangen ist", nicht Gelegenheit erhalte, die Steuern noch mehr zu erhöhen, so mag dies wohl menschenfreundlich sein und von geringem Vertrauen in die Reklamationskommission zeugen, aber es ist kaum "gewissenhaft

und unparteiisch."



Begenerklärung mehrerer Steuerträger.

Als Erwiderung auf die in Nr. 2263 vom 30. Mai 1881 erschienene Erklärung der Steuerbemessungskommission für den Hermannstädter Komitat wurden im "S.-D. T." (Nr. 2264—2266) nachstehende Zuschriften veröffentlicht:

A. Von Herrn Georg Rumler:

Hochgeehrter Herr Redakteur!

Anläßlich der in ihrem geschätzten Blatte Nr. 2263 vom 30. Mai 1881 von der löblichen Steuerbeniessungskommission pro 1881 auf meine gelegenheitlich der Volksversammlung gehaltenen Rede veröffentlichten Er-widerung, bin ich so frei, um die Aufnahme nachstehender Erklärung in Ihr

geschätztes Blatt zu bitten.

Die löbliche Steuerbemessungskommission gibt in ihrer Einwendung vollkommen zu, daß das Vorjahr 1880 für das Sodawasser-Geschäft ein minder günstiges war, und dennoch wurde ich nicht bei meiner im Vorjahr gezahlten Steuer per 44 fl. belassen; sondern auf 49 fl. 30 kr. erhöht. Hier war also keine Basis, sondern nur eine Willkür in der Bemessung

vorhanden.

In der weiters in der Volksversammlung von mir erwähnten sechsjährigen Erwerbsteuerziffer von 263 fl. habe ich den $3\frac{1}{2}$ % Einkommenssteuer-Zuschlag mitindegriffen, welcher Zuschlag, nach einer eigenthümlichen dem Steuerträger ganz unverständlichen Rechnungsmethode, meistens eine beiläusig 30 perzentige Höhe der übrigen Steuersätze erreicht! Ich halte daher auch die vom löblichen Steuerinspektorat mir pro 1881 beantragte Erwerdsteuer sammt Zuschlag mit 263 fl. aufrecht und zwar wurde ich für das Wirthsgeschäft mit 17 fl., das Salamigeschäft mit 50 fl., Fruchthandel 36 fl., Sodawasserfabrikation 49 fl. 30 kr., Schweinehandel 2 fl. 90 kr., Heu und Strohlieferung 50 fl. besteuert, hiezu den $3\frac{1}{2}$ % Zuschlag gerechnet mit 58 fl. Somit wäre die zum 18. Mai 1881 eine Steuerzahlung beantragt mit 263 fl.

Nachdem aber der Steuerantrag am 19. Mai 1881, somit nach meiner in der Versammlung gehaltenen Rede (Dank der gerechten Einsicht der löblichen Steuerbemessungskommission) in 2 Geschäftszweigen und zwar im Fruchthandel von 36 auf 10 und Salamigeschäft von 50 auf 45 fl. herabgemindert worden, so zahle ich somit pro 1881 an Erwerbsteuer ohne Zuschlag 174 fl. 20 kr., nicht aber 157 fl. 20 kr., wie die löbliche Steuerbemessungskommission entstellend angibt und dadurch neuerdings den

Beweis liefert, daß dieselbe es mit ihren Aussagen nicht immer so genau nimmt. Ebenso ist es bemerkenswerth, daß die löbliche Steuerbemessungs-kommission in ihrer Erklärung vom 26. Mai 1881 ihr Borgehen **vor** der Volksversammlung vom 18. Mai 1881 und **nach** derselben vermengt und dadurch im Eifer ihrer Rechtsertigung ein falsches Bild gibt.

Hochachtungsvoll Georg Rumler, Sodawasserfabrikant.

B. Bon herrn J. F. Zeibig:

Löbliche Redaktion des "Siebenb.=Deutschen Tageblatts"!

In Ihrem geschätzten Blatte vom 30. d. M. Nro. 2263 ist eine Entsegenung der noch tagenden Steuerbemessungs-Kommission gegen die gegen diese Kommission in der Versammlung der Hermannstädter Steuerträger am 18. d. M. vorgebrachten Beschwerden erschienen, welche in einer den wahren Sachverhalt so entstellenden und die Ehre eines jeden bei dieser Versammlung Answesenden tief verletzenden Art und Weise versaßt ist, daß ich unmöglich mit Stillschweigen die darin speciell gegen meine Person gerichteten Beschuldigungen übergehen darf. Vielmehr bitte ich den nachfolgenden Zeilen, welche wahrheitssetreue, durch Zeugen bekräftigte Aussagen, dann die wahrheitsgetreue Darsstellung des Vorganges der Steuerbemessungs-Kommission enthalten, in Ihrem geschätzten Blatte Kaum zu gönnen.

Die Entgegnung, die speciell meiner am 18. d. M. in der Versammslung der Steuerträger gehaltenen Rede von der löbl. Steuerbemessungs-Kommission zu Theil wurde, enthält im Eingang allgemeine, dem Sachverhalte weder nützliche noch schädliche Redensarten, weshalb ich dieselben übergehe, um sosort die weiteren Angaben dort, wo es nöthig, richtig zu stellen und

wahrheitsgetren zu beleuchten.

Schon die erste Behauptung der Steuerbemessungs-Kommission, daß nämlich der Antrag des Steuer-Inspektors bezüglich des in Rede stehenden Produktenhandels auf Besteuerung eines Einkommens von 12255 sl. 70 kr. mit 1225 fl. 57 kr. Steuer lautete, ist unrichtig, vielmehr wurde dieses mein Geschäft, welches seit dem Jahre 1875 als "Produkten-"Kom= missions= und Inkasso es eschäft" handelsgerichtlich protokollirt ist, in mehrere Unterabtheilungen getrennt und wurde mir laut der in meinen Händen besindlichen Vorladungen und Dokumente die Steuer wie solgt besantragt:

a) Laut Vorladung Nro. 591 i) für Fruchtlieferung von fl. 9842

mit fl. 984 20 fr.;

b) laut Vorladung 591 h) für Fruchtlieferung von fl. 999 60 kr. mit fl. 99 96 kr.;

c) saut Vorladung Aro. 698 für Produktenhandel von fl. 1014

mit fl. 101 40 fr.;

d) laut Vorladung Nro. 709 b) für Speckhandel von 400 fl. mit fl. 40.

Der Antrag zur Besteuerung des Produktenhandels war somit nicht mit fl. 1225 fl. 57 kr. entworsen, sondern wurde mir dieses Geschäft gegen das bestehende Gesetz in vier Theile zerlegt und ich von einem Geschäft viersach

zur Besteuerung beantragt. Doch nicht genug damit; nachdem diese Zerstückelung vorgenommen, theilte man mein Geschäft noch in weitere Abtheilungen und beantragte mich, wie folgt, zur Besteuerung:

- ad a) für 26500 Metercentner Hafer = 265 Waggons à fl. 619 = 164,035 fl. = 6 Percent Reingewinn = 9842 fl.; 10=percentige Stener 984 fl. 20 kr. Somit wurde ein Reingewinn per Waggon mit mehr als 37 fl. angenommen.
- ad b) für 2000 Metercentner = 20 Waggon Roggen à fl. 833 = 16660 fl. mit 6 Percent Reingewinn = 999 fl. 60 kr.; 10 Percent Steuer 99 fl. 96 kr. Somit wurde ein Reinsewinn mit fl. 50 per Waggon angenommen.
- ad c) für 430 Mtrc. Mehl à 50 kr., fl. 215; für 14 Mctr. Mais à 30 kr., fl. 4 12 kr.; für 995 Mctr. Roggen à 50 kr., fl. 479 50 kr.; für 599 Mctr. Frucht à 50 fl., 279 fl. 50 kr. Summe 1014 fl. 12 kr., 10 Percent Steuer fl. 101 41 kr.
- ad d) für 150 Metr. Speck angeblich gekauft mit fl. 7500, verstauft mit fl. 7900 fl., Reingewinn 400 fl., 10 Percent Steuer 40 fl.

Weiterer Beleuchtung bedarf dieser Punkt wohl kaum.

Auf das Geständniß der Kommission, das da lautet, "dazu reichte die Zeit nicht aus und mußte also in diesem Falle der Anoten durchgehauen werden," muß ich jedoch näher eingehen. Die Rommiffion gesteht hier selbst und zwar ausbrücklich zu, daß sie keine Zeit hatte, wohl richtiger sich keine nahm, meine Steuer auf Grund gesetzlicher Daten festzustellen, vielmehr, daß sie einfach, ohne daß nur ein einziges Mitglied irgend welches Berständniß für mein Geschäft hätte, die Steuer mit Augerachtlassung aller Behelfe festsetzte. Und boch habe ich, da es mir schon im Vorjahre ähnlich wie heuer erging, sowohl vor ber Steuerbemessungs-Rommission wie vor bem Herrn Steuer-Inspektor und zwar im Vorjahre sowie auch heuer die Bitte vorgebracht, dieselben mögen, da sie der Kenntnisse über das Produktengeschäft entbehren, entweder durch Einvernahme Sachverständiger, oder aber durch Einholung bes Gutachtens ber Handelskammer sich eine Basis für bie Besteuerung bieses Geschäftes bilden, doch dazu reicht natürlich die Zeit auch nicht aus und werden einfach und zwar sehr oft derart hohe in keinem Ber= hältniffe zum Geschäfte stehende Steuervorschreibungen vorgenommen, daß die Rommission selbst, wie ich weiter darthun werde, später sie horrend und unglaublich findet.

Ift dies ein gesetzlicher Vorgang? Ich glaube kaum. Ein jeder Gesichäftsmann, dem die Steuer auf solche Art und Weise und in einer solchen Höhe, wie es der Fall bei mir war, bemessen wird, muß binnen wenigen Jahren zu Grunde gehen wenn er es nicht etwa vorzieht, mit den von den Steuerbemessungs Organen ihm belassenen Trümmern seines Vermögens auszuwandern. Diese Erscheinung tritt ohnehin und zwar nicht vereinzelt zu Tage, und wird, falls diesem Versahren nicht Einhalt gethan wird, bald der Ruin vieler Steuerträger die Folge sein, der ja doch der Regierung nicht gleichgiltig sein kann.

Uebrigens werde in den Borgang, der bei meiner, sowie bei der Bessteuerung der meisten andern Steuertäger beobachtet wurde, in den folgenden

Punkten noch näher erörtern.

Wenn die Kommission behauptet, sie hätte im Vorjahre, indem sie das Reineinkommen per Waggon auf 25 fl. herabgesetzt, zu einem Mittel gesgriffen, das zur beiderseitigen Zufriedenheit, nämlich zur Zufriedenheit des Steuerinspektors wie auch zu der des Steuerträgers (darunter kann nur ich wersstanden werden) in Anwendung gebracht worden ist, so muß ich, soweit meine Person dabei ins Spiel kommt, diese Behauptung als unrichtig zurückweisen, denn im Vorjahre wurde ich gerade so wie heuer nicht auf einer haltbaren Basis besteuert, und ich war weder im vorigen Jahre noch weniger aber

bin ich heuer mit der ungerechten brudenden Besteuerung zufrieden.

Ganz entstellt ist die Behauptung, daß ich auf die von der Kommission an mich gerichtete Frage über die Höhe des per Waggon erzielten Einstommens den Gewinn mit 10 bis 30 fl Brutto angegeben hätte; denn ich antwortete auf die an mich gestellte Frage: "wie hoch sich beiläufig der erzielte Gewinn per Waggon belaufe?" Folgendes: Wie hoch sich ber Gewinn per Waggon belaufe, kann ich nicht angeben, ba mein Geschäft nicht ein en gros Geschäft sei, sondern daß ich auch im detail ein= und verkaufe, der Erlös in eine Raffe fließe, ich überdieß nicht immer verdiene, sondern, und zwar nicht selten auch verliere; was ich auch durch Rechnungen und andere Behelfe, soweit es sich thun ließ, nachgewiesen habe. Speziell, fagte ich, kann ich es heuer um so weniger angeben, als man mich nicht nach dem Ginkommen des Vor= jahres, wie man selber, wenn auch unrichtig, konstatirt, sondern außer nach diesem noch nach einem weiteren noch im Zuge befindlichen unvollendeten Geschäft, b. i., nach dem an das f. k. Militär-Aerar verkauften Safer besteuert, deffen Uebergabe, wie ich durch Bestätigung der k. k. Militär=Verpflegung8-Ver= waltung vom 10. Mai 1881 nachwies, heuer stattfindet und erst im Herbst beendet sein wird. Daher weiß ich nicht, ob ich überhaupt gewinnen oder persieren merbe.

Da ich jedoch wohl weiß, daß ich eine Steuer zahlen muß und die selbe auch zahlen will, ferner heuer zu verdienen hoffe, so erklärte ich mich bereit die Steuer von einem Reineinkommen von fl. 5 per Waggon zu zu zahlen. Weiter sagte ich: Dieser Reingewinn ist wirklich nicht zu gering angegeben, denn wohl gibt es Fälle, wo man 10, 20, 30 fl. ja sogar jedoch in den selten sten Fällen auch noch mehr brutto verdienen kann; wenn man jedoch diesem Verdienste die mit dem Produktengeschäft verbundene große Regie, sowie die Verluste entgegenhält, so ist das ein Bekenntniß, das in den Augen eines jeden billig denkenden Menschen volle Anerkennung sindet. Ueberdies wies ich durch Original-Rechnungen der ersten Häuser und der ersten Handelsplätze, wie Pest, Großwardein, Debrezin nach, daß Häuser die ohne Kisiko, was bei mir nicht der Fall ist, und zwar kommissions-weise verkaufen, 10 fl. ja sogar bloß 7 fl 50 kr. brutto per Waggon als Verdienst erhalten, ich somit unmöglich so viel als die Steuerbemessungskommission annimmt verdienen kann.

Die weiter von der Kommission aufgestellte Behauptung, daß von mir ein ziffermäßiger Anhaltspunkt nicht zu erhalten war, dagegen daß meine Behauptung an Mehl und Mais eingebüßt zu haben, durch die gleichartigen

anwesenden Beschäftsleute bestätigt worben, ist ebenfalls nicht stichhältig, benn ich lieferte, soweit ich kounte, ziffermäffige Daten und Anhaltspunkte: noch im Zuge befindliche Geschäfte kounte ich ja beim Willen keine Daten liefern, eben sowenig wie ich auch eine an mich einem der Herren Kommissionsmitglieder gestellte Frage, wie viel ich per Zentner Mais, Roggen, Weizen, Mehl 20., Reingewinn habe? beantworten konnte, weil ich bieß selbst nicht weiß, gleich einem anderen Kaufmanne, der mit verschiedenen Artifeln im Detail handelt; und überhaupt ware mein Geschäft als solches im Ganzen und nicht nach den einzelnen Artifeln, die ich in bemfelben führe, zu besteuern gewesen. Uebrigens unterließ man, mich über Gewinn und Berluft in meinem Geschäfte im Borjahre zu befragen, weil man wohl wußte, daß ich im Borjahre nicht unbedeutende Berlufte beim Mais erlitt, welches ich bereits im Borjahre vor der Steuerbemeffungskommission buchmäßig nachgewiesen, so daß ich im Sinne der bestehenben Befetze heuer gar nicht zu besteuern gewesen mare. — Dag ich ausfagte, ich hätte mehr gefauft, beziehungsweise verkauft, als das ämtlich ermittelte Quantum ergab, ift mahr, jedoch sagte ich dies mit dem Bemerken, baß die Bahnausweise unrichtig feien, indem einzelne Sendungen irrig mich belasten, andere dagegen, die ich verfandte, nicht aufgenommen ericheinen, weiter machte ich besonders geltend, daß unter biefen Zahlen ber noch nicht abgelieferte Hafer an das Aerar enthalten sei.

Was die weitere Behauptung der Kommission betrifft, daß die answesenden Geschäftsleute für mich günstige Aussagen machten, so ist dieselbe deshalb unrichtig, weil sie der Herr Präses Wellmann wiederholt und zwar dreimal mit dem Bemerken, die Zeit sei vorgerückt und mit mir werde die Verhandlung länger dauern, somit dürften sie nicht warten, da sie nicht mehr an diesem Tage an die Reihe zur Verhandlung kämen, zu entsernen suchte, und ihm dies auch bei der dritten Aufforderung gelang. Bei meiner diesbezüglichen Verhandlung war somit außer der Kommission Niemand anwesend und konnte somit auch ein gleichartiger Geschäftsmann weder pro noch kontra

Aussagen machen.

Die Wahrheit des Gesagten bestätigen die Gefertigten:
Georg Rumler Joh. Nußbächer

M. Felter Michael Ziegler Samuel Sander.

Ich glaube diese Behanptungen der Kommission hinlänglich beleuchtet zu haben, und frage dieselbe 1. Auf Grund welcher Annahme fixirte man mir einen Reingewinn von 10 fl. per Waggon? 2. Hat dieselbe Sachversständige bei Feststellung der Grundlage dieser Steuer angehört oder sonstwo an maßgebender Stelle Gutachten eingeholt? 3. Wer in der Kommission hat eine Kenntniß vom Produktengeschäft?

Was den Handel mit Speck betrifft, muß ich auf die Gefahr hin, die Geduld der geehrten Leser auf eine harte Probe zu stellen, näher auf diesen Punkt eingehen, und zwar dies um so mehr, als man daraus ersehen wird, welchen Grad von Glaubwürdigkeit man den Behauptungen der Kommission beilegen kann und wie sehr dieselbe die Beweise und Dokumente der Steuer-

träger berücksichtigt.

Ich habe biesen Speck für einen mir befreundeten Geschäftsmann als Probe gekauft und zwar nicht 150, sondern blos 132 Meterzentner. Obwohl

ber Speck gar nicht separat zu besteuern war, und wenn dieses bennoch ber Fall sein sollte, ba ich diesen Speck erst im Februar und März 1. 3. kaufte. erst im nächsten Jahre ein Steuerobjekt bilden kann, wurde mir die Steuer bennoch und zwar von fl. 400 Gewinn mit fl. 40 hiefür vorgeschrieben. Ich habe nachgewiesen, von wem, und wie theuer ich kaufte, ferner burch Eisenbahnaufgabs-Recevisse wie viel und wohin ich den Speck versandte. Weiters brachte ich Briefe und Zeugnisse bei, woraus beutlich zu erseben war, daß ter Speck schlecht in Qualität, deßhalb mir beanstandet wurde; ferner wies ich laut meinen Büchern und laut Zeugniß zur Genüge nach, daß man mir und dies nur aus Rücksicht auf langjährige Verbindung ben ausgelegten Betrag und zwar nur biefen vergütete, somit meine Mühe umsonst war; doch waren alle Beweise vergeblich, ich wurde und zwar nach einem Quantum von 150 Meterzentner und nicht nach dem wirklich von mir gekauften und versaudten von 132 Meterzentner besteuert und zwar mit 15 fl. Die ursprüngliche Vorschreibung lautete auf 40 fl. ö. W. Auf meine Bemerkung, daß ich blos 132, nicht 150 Meterzentner gekauft und versandt habe, entgegnete der Bräses, daß hier eine Abrundung vorgenommen worden fei. Ich konstatire, daß diese "Abrundung" einen beiläufigen Werth von 1000 fl. repräsentirt. So gerecht ging die Steuerbemessungs-Rommission in diesem Falle vor; und eben da halfen keine Beweise, kein Remonstriren; ja sogar mein Antrag, man möge sich überzeugen, der Speck liege heute noch in Szalonta unverkauft, und ich fei bereit, falls meine Aussage auf Unwahrheit beruhe 1000 fl. zu beponiren, welcher Betrag falls meine Behauptungen sich als unwahr herausstellen, verfallen solle, man möge mich sogar tem Strafgerichte in biesem Falle übergeben, fruchtete nichts. — Für unfere Verhältnisse durfte es nicht uninteressant sein, daß man mir auf meine Frage: woher benn die Kommission beziehungsweise bas Steuerinspektorat die Daten habe, laut welchen man behauptet, ich hätte 400 fl. an bem noch unverkauften Speck verdient, ganz einfach erwiederte: es wurde gegen mich eine geheime Anzeige erstattet und zwar sagte man mir bies beim t. u. Steuerinspektorat. Wie man aus meinem Falle ersieht, hat eine geheime Anzeige mehr Glauben, als Beweise ber ehrlichsten. rechtschaffensten, erften Firmen biefes Landes. Die schließliche Besteuerung meines Geschäftes ist richtig angegeben mit 320 fl. 50 kr., wozu noch von ben Bachtungen 100 fl. 50 fr. hinzukommen, mithin in Summa 421. fl und mit ben Zuschlägen viel über 500 fl., eine für meine Verhältnisse zu hohe, ungerechtfertigte Steuer, welche weder hier, vielweniger anderswo von größern Raufleuten entrichtet wird. Schließlich möchte ich bem Verfaffer ber im Ramen der Steuerbemessungs-Rommission veröffentlichten Erklärung seine eigenen Zahlen entgegenhalten, die ihn von der Unstichhältigkeit falls er nicht in feiner alles als unwahr bezeichnenden Manier auch am Ende gar die ganze Mathematik als Unwahrheit bezeichnet, - seiner Behauptungen überzeugen dürften und frage ihn: Hat mir die Steuerbemeffungs= Kommisson nicht selbst die erwähnten Zahlen bekannt gegeben und find dieselben nicht identisch mit jenen, welche meine Borladung zur Steuerbemeffung enthielt?

Aus diesen ersieht er ja deutlich, daß per Waggon Weizen 6% des Werthes 60 fl., per Waggon Roggen 50 fl., per Waggon Hafer 37 fl. ja noch mehr als Reingewinn angenommen wurden. Freilich erscheint es ihm

jetzt selbst als ungeheuer hoch! Wie sollte es mir aber erscheinen, ber es zahlen sollte?

Die fraglichen 25 fl. sindet er in seiner Entgegnung auf meine Rede enthalten und thut sich ebenfalls nicht wenig zu Gute darauf, da er an der betreffenden Stelle sagt: "wofür derselben (nämlich der Komission) auch bereits die Anerkennung zu Theil geworden ist", nämlich daß die Kommission die Steuer mit 25 fl. per Waggon bestimmt habe. Bon wem? wenn man fragen darf!

Wegen des Speckhandels verweise ich auf das bereits Gesagte und überlasse getrost das Urtheil allen Lesern, da wohl die Zahlen am deutlichsten reden.

Ueberdies liegen sämmtliche hier angeführte Dokumente zu Jedermann's Einsicht bei mir auf. Blos die den Speckhandel berührenden Dokumente ersliegen bei dem löbl. k. u. Steuerinspektorate und zwar bei meinem diesbezüglichen Rekurse.

Was die weitere Behauptung der Steuerbemessungs-Kommission, die mich in volle Belenchtung stellen will, indem ich mich angeblich mit der Besteuerung zufrieden erklärt habe, betrifft, so erkläre ich Letteres als eine Unrichtigkeit. Es reduzirt sich einfach die Behauptung barauf, daß ich nicht refurrirte. Und warum that ich dies nicht? Einfach deshalb, weil laut meinen und den von Vielen Hunderten anderer Steuerträger wiederholt gesammelten Erfahrungen der Refurs nichts nütt, vielmehr eine Zeit- und Geldverschwendung Daß ich weiter meinem redlichen Drange, gesetzlich besteuert an werden, dadurch Ausdruck verlieh, daß ich gar kein Bekenntniß abgelegt, hat einfach seinen Grund darin, daß man auf ein noch so ehrlich und redlich verfaßtes Befenntniß etwas zu geben pflegt, vielmehr die Steuer unter allen möglichen Titeln bemift. So lange biefer Vorgang obwalten wird, werde ich auch fünftighin fein Bekenntniß einreichen, denn die löbliche Steuerbemessungskommission hat kein Recht, Bekenntniffe, Die an Gidesstatt abgegeben werden, einfach als unwahr barzustellen, ohne einen einzigen Beweis hiefür zu erbringen. Sie thut dies aber gleich Eingangs ihrer Erklärung indem fie, außer anderen Ausfällen gegen die ganze Bolksversammlung wörtlich fagt: "Bas bie Abgabe von Bekenntniffen anbelangt, muffen wir konftatiren, baß ein großer Theil ber Steuerpflichtigen gar keine Bekenntnisse gelegt hat, und daß felbst von den abgelegten Bekenntnissen tein einziges ber gesets= lichen Anforderung nach Form und Inhalt entsprach."

Eine solche Behauptung, sämmtlichen Steuerträgern einer ber am pünktlichsten die Steuern zahlenden Stadt ins Gesicht geschleudert, beweist nur abermals und zwar am treffendsten, daß die vorgebrachten Beschwerden gegen die Steuerbemessungskommission nur zu wahr sind. Ich würde noch mehr hierüber sagen, überlasse es aber vorläufig anderen Steuerträgern; konstatire jedoch, daß ich doch mit großer Besriedigung wenigstens in einem Punkte die Wahrheitsliebe der löblichen Steuerbemessungskommission anerstennen und ihr Gerechtigkeit widersahren lassen muß, nämlich in dem, daß sie auch ihre Mitglieder selbst, insoferne sie Erwerbsteuer III. Klasse oder Zinsensteuer zahlen, unter Diezenigen zählt, welche gar keines oder blos ein nach Form und Inhalt nicht entsprechendes Bekenntniß eingereicht haben. Und wenn nun diese in Steuersachen so sehr gelehrten Herrn selbst aners

kennen, daß fie selbst kein ordentliches Bekenntniß abgelegt haben, mit welchem Rechte verurtheilen sie andere?

Nun kommt die löbliche Steuerbemessungskommission in ihrer Erklärung zu den Pachtungen. Sie beschränkt sich darauf, einige Aufschlüsse über ihre Handlungsweise bei Verhandlung dieser Objekte zu geben. Ich thue deßgleichen, damit man ersehen kann, ob der Vorgang und die Be-

steuerung eine gerechte war.

Wir zahlten stets die Steuer von den Pachtungen für das laufende Jahr nach der Pachtsumme desselben Jahres, was sowohl dem Herrn Präses sowie allen Mitgliedern der Steuerbemessungs Kommission, die in früheren Jahren diese Steuer ja doch selbst bemessen, nur zu gut bekannt sein müßte. Es wurde nämlich die Steuer für die Pachtungen des Jahres 1880 von allen Pächtern entrichtet. Nun denke man sich die Ueberraschung, als der Präses die im Jahre 1880 entrichtete Steuer noch mals uns auferlegen will! Und dieses soll im Gesetze begründet sein, wir beriefen uns auf die Steuerbüchel; wir brachten Verträge; wir beriefen uns auf die Bekenntnisse der früheren Jahre, die der Staatsvertreter, speziell jene vom Jahre 1880, bei sich hatte; wir erbrachten somit alle nur möglichen Beweise und doch war Alles umsonst.

Wie das Gesetz immerhin lauten mag, das enthält es sicher nirgends, daß eine bereits gezahlte Steuer nochmals gezahlt werden soll, und doch verkündete der Hert Präses Wellmann "Laut Gesetz ist die Steuer im laussenden Jahre für das vorhergegangene zu zahlen, und wenn Sie bereits gezahlt haben, so geht mich das gar nichts an, auch das geht mich nichts an, wenn die Kommission im vorigen Jahre gesehlt hat, ich handle nach dem Gesetze und Sie müssens habe ich keine Zeit, much mit Ihnen so lange zu befassen, denn wir müssens habe ich keine Zeit, much mit Ihnen so lange zu befassen, denn wir müssens habe ich keine Zeit, much mit Ihnen so lange zu befassen, denn wir müssens habe ich keine Zeit, much mit Ihnen so lange zu befassen, denn wir müssens habe ich keine Unrecht, so rekurriren Sie." Auf solche Weise wurden wir, circa 60 Steuerträger, die zuerst an die Reihe kamen, zur Zahlung einer Steuer verurtheilt, die wir bereits 1880 gezahlt haben und die bei Pachtungen eine sehr hohe Zisser erreicht. Gegen Mittag waren die Herren anderer Ansicht, ob auf Grund von Verordnungen oder nicht, weiß ich nicht? und da erst geschah es, das Einzelne sür das Jahr 1880 die Steuer nochmals zahlen sollten, Andere hingegen hievon freigesprochen wurden.

So und nicht anders war der Vorgang am 11. Mai 1881.

Die Wahrheit obiger Aussagen bestätigen:

Sam. Konnert. S. Nürnberger. Joh. Nußbächer. Sonntag. Schuster. Tasch. Reßler. Joh. Georg Schuster. Johann Reßler.

Folgt ber Fall Stengel:

In diesem wird mir der Vorwurf gemacht, ich hätte denselben entstellt. Hierauf konstatire ich einsach unter Hinweis auf die unten beigefügte Bestätigung des Kaufmanns Stengel und unter Berufung auf die in der Volksversammlung am 18 Mai erfolgte Bestätigung derzenigen Steuersträger, die bei der Verhandlung über die Steuer Stengels zugegen waren,

baß ber Herr Präsibent wörtlich Folgendes zum Kaufmann Stengel sagte: "Wenn es Ihnen nicht gut geht und Sie am Geschäfte nichts verdienen,

fo sperren Sie zu; Sie brauchen fein Geschäft am großen Ring!"

Die übrigen in diesem Bunkte von der Steuerbemeffungs-Rommiffion angeführten Grunde betreffen nicht meine Berfon und überlaffe ich deßhalb beren Widerlegung bem Herrn Stengel.

Dieses wird bestätigt durch

S. Stengel.

Kriedr. Baumann.

Kall Ackerfeld:

Auch dieser Fall wird von der Steuerbemeffungs Kommiffion beschönigt. 3ch bleibe bei meiner ursprünglichen Behauptung und füge nur noch bei: Als die Frau des verftorbenen Ackerfeld, ihre Roth schildernd, und unter dem Hinweis barauf, daß ihr Mann schon seit Jahren franklich und bereits seit Januar b. 3. das Bett nicht verlaffen habe, und fie gezwungen war, ba fie für benselben die Medikamente und den Lebensunterhalt nicht mehr er= schwingen konnte, ihn in das Franz-Josefs-Spital zu geben. welches auch von den Anwesenden, speziell von dem städtischen Bertrauensmanne Herrn Obernotär Sigerus und Herrn Wagner, welch' Letzterer ber Nachbar Acterfelde ift, bestätigt murbe und somit nachwies, daß fie keine Steuer, ba ihr Mann nichts verdient habe, zahlen könne, und nm Enthebung von derfelben bat, da fagte der Präses der Steuerbemessungs-Kommission : "War Ihr Mann schon 1880 frank? Antwort: Nein! Prafes: Dann geht mich bas gar nichts. an: er hat im Jahre 1880 verdient und Sie haben zu zahlen, übrigens steht es Ihnen frei zu refurriren!" -- Und zwar sagte er dies in einem berart eines jeden Gefühles baren Tone, daß alle Anwesenden, hiedurch verlett, dir arme Frau bedauerten, und ein Herr unter den Anwesenden, sich der hochbejahrten Bedauernswerthen, ihre Noth kennend, anbot, ihr den Refurs ohne Entgelt zu verfaffen.

Davon, daß Ackerfeld, der übrigens 5 Tage nach diesem Borfall ge= ftorben ift, seit Jahren franklich war und die letzten Monate das Bett nicht verlaffen, somit nicht das Nothdürftigste erwerben konnte, kann sich ein Jeber, ben dies intereffirt, bei ben, benselben mahrend seiner langen Rrantheit behandelnden Aerzten als Herren Dr. Jickeli, Schuller und Süßmann überzeugen.

Der Hinweis der Steuerbemessungs-Kommission auf das stockhohe haus ift nur ein Beweis der gang unrichtigen Beurtheilung der Berhältniffe Ackerfelds, benn das Hans ift gang verschuldet, und tropdem muß von demfelben die Haussteuer gezahlt werden. Uebrigens selbst wenn dieses Haus nicht verschuldet wäre, so hätte es mit der Erwerbstener III. Klasse nichts zu thun. So und nicht anderes verhält sich diefer in der Volksversammlung am 18. d. M. über meine Aufforderung von vielen Zeugen bestätigte Fall, und wird man sich leicht eine Vorstellung machen können, ob ich ober aber die Steuerbemessungs-Kommission benselben unrichtig geschildert habe.

So viel über die Einwendungen, welche gegen meine in der Bolks- versammlung am 18. d. M. gehaltene Rede von Seite der Steuerbemessungs=

Rommiffion vorgebracht worden find.

Zum Schluße erlaube ich mir blos wenige Worte über die Schlußbe= merkungen der löblichen Steuerbemessungs-Kommission an der Hand der von diefer Rommiffion bafelbst angeführten Zahlen, die eben ben großen Steuerdruck und die von Jahr zu Jahr fortschreitende Steigerung der Erwerbsteuer III. Klasse nachweisen und zwar:

Die Anzahl der Fälle:

1. welche verhandelt wurden, beträgt 947;

2. in denen der Besteuerungs-Antrag angenommen wurde, beträgt 794, worunter 326 Fälle, in welchen eine Steuererböhung gegen das Gorzighr nicht stattgefunden hat, somit 468 in denen die Steuer schon beim Besteuerungs-Antrag erhöht und diese Erhöhung von der Steuerbemessungs-Rommission angenommen wurde. Wenn man zu diesen 468 Fällen die weiteren 23, in welchen die Rommission die Steuer über den Antrag weiter erhöhte, zurechnet, so erhält man die stattliche Zahl 491. Somit wurden mehr als die Hälfte sämmtlicher Steuerträger der III. Klasse heuer erhöht und blos bei einem kleinen Theile (130 Fälle) die Steuer herabgemindert oder gelöscht.

In welchem Widerspruche diese Zahlen zu unseren Handels= und Ge= schäftsverhältnissen stehen, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung.

Um jedoch diese Ziffern ein wenig näher zu beleuchten, erlaube ich

mir die bescheidene Frage an die löbl. Steuerbemeffungs-Kommission :

1. Wie viel Fälle wurden vor und wie viel nach der Volksverssammlung verhandelt?

2. In wie viel Fällen wurde vor und in wie viel Fällen nach der Bolksversammlung der Steuerantrag angenommen, erhöht oder herabgemindert?

3. In wie vielen Fällen wurde der Refurs vor und in wie vielen nach der Versammlung von Seite des ärarischen Vertreters angemeldet?

Im Vorhinein konstatire ich, ohne die genane Zahl dieser Fälle zu kennen, daß die meisten Fälle der Erhöhungen, dann Rekurse von Seite des Staatsvertreters und der Steuerträger in jene Zeit vor der Volksversammlung; die Herabminderungen jedoch, in jene Periode nach dieser Vers

snmmlung fallen.

Wenn ich weiter und zwar mit voller Genugthuung konstatire, daß nach der Volksversammlung die meisten Parteien sich einer viel humanern Behandlung von Seite des Herrn Präses Wellmann, wie vor derselben erfrenten, so drängt sich mir unwillkürlich eine weitere Frage auf: Bestand vor der Versammlung ein anderes Gesetz, wie nach derselben? Doch, ich will nicht an dieser kleinen doch befriedigenden Erungenschaft rütteln, vielmehr dieselbe dankbar anerkennen und wünschen, daß künstighin in erster Linie das löbliche k. u. Steuerinspektorat bei Entwersung der Steueranträge vorerst nach Thunlichkeit, Sachverständige einer jeden Branche oder eines jeden Gewerbes einvernehmen möge, um auf diese Weise richtigere Daten, wie dis jetzt, für die Steuerbemessung zu erhalten. Weiter ist zu wünschen, daß in die Steuerbemessungskommission mehr Sachverständige wie dis jetzt ernannt werden. Möge dem Steuerträger mehr als bisher Gerechtigkeit widersahren!

Denn Steuer zahlen wollen wie, Steuer zahlen muffen wir, jedoch nur so viel, als wir können und gefetzlich gerechtfertigt ist.

C. Bon Berrn Friedrich Araus:

Löbliche Redaktion!

In Ihrem geehrten Blatte vom 30. Mai würdigt mich die löbliche Steuerbemessungskommission anläßlich meiner am 18. Mai in der Bolksversammlung durch Herrn Zeibig vorgebrachte Beschwerden einer Antwort
und behanptet, ich sei bloß von einem Geschäfte und zwar nach Maßgabe
desselben als Weißbäcker von 912 fl. 54 fr. mit 91 fl. 25 fr. besteuert.
Dem ist jedoch nicht so! Denn, wie deutlich aus der am Rathhause afsichirten
Steuertabelle ersichtlich, bin ich erstens als Weißbäcker unter Zahl 868 mit
75 fl., dann als Ausspeiser unter Nr. 50 mit 16 fl. 25 fr. in Summe
mit 91 fl. 25 fr. besteuert. Ausspeiser bin ich nun heuer nicht.

Daß ich kein Bekenntniß ablegte und nicht rekurrirte, hat seinen Grund barin, weil ich weiß, daß es nichts nützt und ich mir somit nur die Kosten

für die Verfassung des Refurses erspare.

Den schlechten Geschäftsgang und die mir bemessene hohe Steuer hier zu besprechen, unterlasse ich, da ich mir wenig Hoffnung auf eine Herabminderung mache.

hermannstadt, 31. Mai 1881.

K. Kraus.

D. Von Herrn **Bacholzth:** Die Steuerbemessungs = Kommission sagt in ihrer Erwiderung im "Sieb. = deutsch. = Tageblatt" Nr. 2263: Ich habe in meinem Steuerbekenntniß angegeben, daß ich mit einem Gesellen arbeite und ein Einkommen von 140 fl. erziele, während ich thatsächlich mit 4 bis 5 Gessellen und 3 Mädchen, welche ich bei den Maschinen verwende, arbeiten solle.

Ich muß darauf erwidern, daß ich diese Zahl von Arbeitern wohl früher gehabt habe, aber jetzt nicht mehr, denn unsere Erzeugnisse haben sich auf dem Markte so gehäuft, theils durch eigene, theils durch fremde Fabriksarbeit, daß man mit der größten Anstrengung kaum im Stande ist, etwas abzuseten weder hier noch auf den Jahrmärkten, daher ist es nicht möglich viele Arbeiter zu halten. Was die Mädchen anbelangt, so habe ich zwei Kinder vom Waisenamt zugeschickt bekommen, die unter 14 Jahren stehen und

bei der Arbeit wenig leiften können.

Dann muß ich weiter bemerken, daß bei unserem Gewerbe als Maßstab zur Bemessung der Steuer die Zahl der Arbeiter nicht richtig ist, denn wer nur ein wenig ein Geschäft betreibt, brancht mehrere Arbeiter, die einen für schönere Arbeit, die anderen für Ausbesserung und Herumschicken, die nichts verdienen. Wenn man weiter bei einem Marktgeschäft, auf welches wir Hermannstädter angewiesen sind, die großen Spesen rechnet, welche man öfters kaum wieder einbringt, und dann das Gesetz in Anwendung bringt, welches sagt, alles, was zum Gewerbebetrieb erforderlich ist, wird der Erwerbsteuer nicht unterzogen, so stellt sich bei der genauesten Untersuchung heraus, das mein Bekenntniß mit 140 sl. noch viel zu hoch ist.

Der Präses der Bemessungskommisson, Herr Wellmann, der in dieser Beziehung unerfahren ist, will jedoch dies alles nicht glauben; er fragte: wie kann man leben mit so einem Einkommen? Ich will sagen, wie man lebt. Jett lebt der Gewerbsmann von dem, was er früher verdient oder was er von den Eltern bekommen hat, oder macht Schulden, die er nicht zahlen kann.

Sagt man dies dem Herrn Kommissionspräses, so bekommt man zur Antwort das gehe ihn nichts an; man solle nicht mit Schaden arbeiten. Es wäre in der That rathsam dies zu thun, nicht mit Schaden zu arbeiten, sondern lieber das Gewerbe einzustellen; nur läßt sich dies nicht immer thun. Der schon im Gewühl des Kampses um sein Brod drin ist, lebt noch in der Hossung daß es wieder besser werde, und in dieser Hossung riskirt man seine Gesundbeit, sein Leben und sucht mit Gewalt zu erzwingen, damit es besser werde. Wird es aber schlechter, dis nichts mehr da ist, so sagt dann der Kommissionspräses: wenn man nichts mehr hat, braucht man auch keine Steuer zu zahlen. Im Weiteren giebt der Herr Kommissionspräses zu, mir gesagt zu

Im Weiteren giebt der Herr Kommissionspräses zu, mir gesagt zu haben: wer sich so ein theueres Vergnügen, Schützenvereinsmitglied zu sein, erlaubt, wie Sie, der kann auch mehr Steuer zahlen. Ich muß hiezu besmerken, daß ich von meinem jetzigen Verdienst gar kein Vergnügen mits

machen könnte.

Nachdem ich am 18. Mai in der Steuerträger-Versammlung in meiner Rede unterbrochen wurde und jetzt sich die Gelegenheit bietet, so will ich einen

kleinen Nachtrag liefern.

Als mir am 13. Mai bei der Steuerbemessung kein Glauben geschenkt wurde, sagte ich: es sterben in Hermannstadt jetzt wenige Gewerdsleute reich; am wenigsten Schuhmacher. Ihr Loos ist, wenn es gut geht, das Bürgerspital, sonst der Bettelstab. Ich erhielt vom Herrn Kommissionspräses Wellmann die Antwort hierauf: Wenn Sie einmal dort sind, so brauchen

Sie keine Steuer zu zahlen!

Diese Worte veranlaßten auch Herrn J. Nußbächer, Riemermeister sich von seinem Sitzu erheben. Er unterstützte mich in meiner bedrängten Lage, so daß ich mich verpslichtet fühle, Herrn Nußbächer meinen Dank auszusprechen. Herr Nußbächer sagte: die Kommission habe kein Recht in Privatangelegenheiten einzugreisen, am allerwenigsten ein Vergnügen Jemandem vorzuhalten; wenn der Gewerbsmann die ganze Woche bei seinem Gewerbe arbeitet, so können ihm auch einige Vergnügungsstunden erlaubt sein.

Hermannstadt, am 30. Mai 1881.

Michael Bachholsky, Schuhmacher.

Die Aussage als Wahrheit bestätigt:

G. Rummler, Johann Bortmes, M. Felter.

E. Von Herrn J. Nugbacher:

Löbliche Redaktion des "Siebenb. Deutschen Tageblattes".

In Nr. 2263 Ihres geschätzten Blattes hat die gegenwärtig noch in Hermannstadt tagende löbliche Steuerbemessungs - Commission eine Revue über einige Mitglieder der am 18. Mai in Hermannstadt stattgefundenen

Volksversammlung gehalten.

Ich bin der Meinung, daß eine Versammlung einer so großen Anzahl von solchen Bürgern, wie sie am 18. Mai d. J. im Saale zum "Röm. Kaiser" stattgesunden, nicht ungeeignet ist, die bürgerliche Bevölkerung einer Stadt, wie Hermannstadt, zu repräsentiren. In meiner Unbescheidenheit glaube ich daher schon im Allgemeinen den Ton, in welchem der obenserwähnte Artisel gehalten ist, als unpassend bezeichnen zu müssen.

Ich halte mich nicht für berufen, den positiven Standpunkt, den die löbliche Steuerbemessungs Commission in ihrer Erklärung eingenommen hat, absatweise zu beleuchten und die von diesem Standpunkt aus beliebten Ansgriffe auf die Ehre und das Gewissen des steuerpflichtigen Bürgerthums

zu fritisiren.

Ich habe in der Anordnung des Gesetzes, daß zur Bemessung der Steuer eine Commission niedergesetzt wird, vor welcher das Aerar seinen Antrag, also seine Forderungen auszusprechen und der einzelne Bürger seine Bemerkungen gegen die Forderung anzubringen hat, stets die beste Absicht erkannt, daß diese Commission ein salomonischer Richter sein soll, welcher eine Forderung nur dann zuspricht, wenn deren Beweis erbracht ist, und muß daher in dem bekannten Standpunkt, noch mehr aber in dem Ton der derzeitigen löblichen Steuerbemessungs-Commission nur ein Zeugniß dafür erblicken, daß sie ihrer Ausgabe nicht entspricht.

Unter 5. der beliebten Revue wird die Besteuerung eines Wilhelm Nußbächer behandelt und dieser der absichtlichen Täuschung des Publikums

beschuldigt.

Da vor mir schon andere Leidensgefährten über ihre Fälle gesprochen, so glaube ich hier auch nur meinen Fall beleuchten zu müssen. Um nun hiezu meine Verechtigung nachzuweisen, muß ich vorausschicken, daß meine Venennung als Wilhelm Nußbächer ein Versehen ist, denn Wilhelm Nußsbächer ist mein Bruder und die behandelten Steuerobjekte gehören mir.

Es wird mir vorgehalten, daß ich die Steuerbefreiung eines Objektes verschwiegen habe. Dieses Objekt soll offenbar Post 7, das Senkgruben-Reinigungs = Pauschal = Einkommen, sein. Gehören etwa die Arbeiten der Senkgruben=Reinigung, wosür ich einen Pauschallohn erhalte, nicht zu dem Senkgruben=Reinigungs-Geschäft? Gewiß, und da dieses Geschäftseinkommen unter Post 6 besteuert ist, so kann hier von Verschweigung einer Steuer=befreiung keine Rede sein, weil eine solche thatsächlich nicht stattgefunden. Weiters muß ich betonen, daß ich ein einsacher Geschäftsmann und nicht, wie man zu sagen pflegt, Schriftgelehrter bin, daher von mir nicht eine solche Gewandtheit in der Rede angenommen werden darf, daß ich in jedem Moment jedes kleinste Wörtchen abwägen könnte.

Es mag mir daher geschehen sein, daß ich in dem Eifer meines Borstrages bei Anführung meiner Steuer das Wörtchen "mit" mit dem Wörtchen "nach" verwechselt habe. Allein es war gewiß Keiner in der Volksverssammlung, der mich im Sinne der beliebten Anschuldigung aufgefaßt hat.

Eine Irreführung, wie auch eine Absicht auf eine solche, liegt hier also gewiß nicht vor. Kann die löbliche Commission dasselbe von sich sagen, wenn sie einerseits mir die Verschweigung einer Steuerbefreiung vorwirft, welch' letztere unwahr ist, und andrerseits das Publikum zu einer Auffassung zu führen sucht, an die es gewiß nicht gedacht hat?

Was nun die einzelnen Steuerbeträge anbelangt, so scheint die löbliche Commission es als eine mir gewährte Gnade auzusehen, daß sie mich bei einzelnen Objekten, wie Post 1, 2 und 3, nicht höher besteuert hat, und legt gar viel darauf, daß sie bei Post 4 und 5 die beantragte Steuer herabgemindert hat.

Allein ich frage, welche überweisenden Daten hatte die löbliche Commission betreffs der Post 2, 3, 4, 5, um mir die Steuer vorzuschreiben,

welche sie mir vorgeschrieben hat?

Ich glaube, daß das Gesetz nur von meinem factischen Einstommen eine Steuer, daher auch solche Daten fordert, welche ein steuerspflichtiges Einkommen mindesteus wahrscheinlich erscheinen lassen. Die löbliche Commission sagt selbst, daß ich theils keine, theils mangelhafte Bestenntnisse überreicht hätte, und doch hat sie mich einerseits auch dort besteuert, wo ich keine Bekenntnisse zu überreichen im Stande war, wo ich nach meinem Wissen factisch kein Sinkommen gehabt habe, und andererseits wieder höher besteuert, als es nach meinen Bekenntuissen zulässig war.

Es wird ferner betont, bag ich nur gegen die Besteuerung aus dem

Beschäft ber Senfgruben-Reinigung ben Recurs angemelbet habe.

Diese Behauptung soll wohl die Annahme hervorrusen, daß ich mit der Besteuerung aus anderen Geschäften zusrieden sei. Das ist nun wieder nicht richtig. Denn ich habe erklärt, daß ich in früheren Jahren Recurse überreicht, aber keinen Erfolg gehabt habe, daher mir durch abermalige Recurse keine Kosten verursachen will.

Durch die Commission bin ich zum Beispiel aus Post 2, Stadtreinigung, wie im Vorjahr, nach meinem Einkommen von 505 fl. mit 50 fl. 50 kr. besteuert worden; hiegegen habe ich wohl im Vorjahr, aber

erfolglos recurrirt.

Ich überlasse es Jedermann, der es weiß, was die Erhaltung von Pferd und Wagen kostet, welcher Art für Menschen und Thiere die Arbeit der Stadtreinigung ist, selbst zu berechnen, ob aus diesem Geschäfte übershaupt und ein wie großes Einkommen möglich ist, und gebe nur fols

gende Daten.

Mit der Verpflichtung zur Stadtreinigung habe ich auch die Verpflichtung, ein Paar Pferde Tag und Nacht auf der Fenerwache zu halten. Zur Erfüllung dieser Verpflichtungen muß ich Winter und Sommer stets Daar Pferde, dazu 5 Wägen, natürlich auch 5 Knechte und nothwendig einen Ausseher halten, und erhalte dafür einen Pauschallohn von jährlich 1750 fl., also monatlich 145 fl. 83 fr.; diese Daten genügen, um die Abweisung meines Recurses zu beleuchten.

Wenn daher die resignirte Hinnahme einer Steuerpflicht in solchem Falle Zufriedenheit sein kann, so ist es nur die Zufriedenheit in der

Zwangsjacke.

Welchen Erfolg wird wohl mein mit eingehenden Daten versehener Recurs gegen die Besteuerung aus Post 6 der Senkgruben-Reinigung haben?

Zum Beweise der Behauptung, daß ich nach denselben Pferden wiedersholt besteuert werde, berufe ich mich schließlich auf die Aunden meines Fiaker-Unternehmens. Diese werden bereitwilligst bestätigen, daß sie die in meinem Fiaker-Geschäfte verwendeten Pferde, insbesondere zur Winterszeit, auch bei der Stadtreinigung beschäftigt gesehen, denn im Winter sind die Arbeiten der Stadtreinigung selbst mit 6 Paar Pferden nicht zu beswältigen.

Hermannstadt, am 1. Juni 1881.

Joh. Rugbächer.

F. Von herrn Baumann:

Un die Löbliche Redaktion des "Siebenb. Deutschen Tageblattes".

Nachdem in Ihrem geschätten Blatte Nr. 2263 die löbliche Steuersbemessungskommission mir den Vorwurf gemacht hat, daß ich für mein Modewaarengeschäft kein ausführliches sondern blos ein oberflächliches Einskommenbekenntniß eingereicht hätte; so sehe ich mich veranlaßt, hierauf zu erwidern, daß ich in meinem heurigen Bekenntnisse mich eben auf die Vorsiahre bezogen habe, in welchen ich jedesmal vergeblich einen übersichtlichen, seinerzeit anch durch zwei exmittirte Kommissionen mit meinen Geschäftssbüchern verglichenen und richtig befundenen dreisährigen Buchauszug mit ziffermäßiger Angabe meines ganzen Waarenkonsums, Regiespesen 2c. vorsgelegt hatte.

Aus diesem Grunde habe ich mir diese zeitraubende Arbeit erspart und schien es mir vollständig genügend, in meinem heurigen Bekenntnisse mich auf die vorjährigen zu berufen, aus welchen flar hervorgeht, daß ich bei dem buchmäßig ausgewiesenen Waarenkonsume und so hoben Regiespesen, nebst anderen bei einem Modemaarengeschäft unausbleiblichen Berluften, reines Einkommen, sondern nur Schaden hatte, welcher eben von meinem übrigen schon abgesondert besteuerten Einkommen gedeckt werden mußte. Obgleich nun unter solchen Umständen selbst vom Steuerminimum Gebrauch gemacht werden fann, sondern ich gerechterweise von einer Eingänglich dispenfirt sein kommensteuer nach meinem Modewaarengeschäfte follte, so wurde eigenthümlicherweise meine diesbezügliche Ginkommenstener im Jahre 1878, wo ich grade den kleinsten Konsum hatte, noch mit 60 % d. i. von 50 fl. auf 80 fl. vom löblichen k. Steuerinspektorate erhöht, und die löbliche Steuerbemeffungstommission fand Diese Erhöhung trot meiner Einwendungen und dem nachgewiesenen Deficit in der Ordnung, und auch meine weiteren Refurse wegen Dispensirung von dieser Steuer hatten keinen Erfolg, sondern ich mußte diese mit $60\,{}^{\circ}\!/_{\!o}$ erhöhte Steuer thatsächlich bezahlen. Mehrere andere Vorfälle ebenfalls sonderbarer Art will ich gar nicht erwähnen.

Seither bemühte ich mich vergebens dieser ungerechtfertigten Geschäftsstener loszuwerden, und um in dieser Angelegenheit endlich eirmal Ruhe zu haben, erbot ich mich schließlich nebst meinen außergeschäftlichen Steuern, welche mir separat theilweise auch ungerechtfertigt in der Höhe von nahezu 500 Gulden abgenommen wurden, dennoch auch nach diesem Modewaarensgeschäft, für welches ich schon tausende von Gulden zugesetzt habe, eine Steuer aber eine halbwegs erträglichere von 25 bis 30 Gulden freiwillig zahlen zu wollen. Aber auch dieser in solchen Fällen seltene Antrag wurde nicht angenommen.

Wenn man also unter solchen Verhältnissen stets umsonst gegen ungerechte Belastung sich wehrt; wenn man trot aufrichtiger, offener Darlegung des Geschäftsverkehrs, Erträgnisses und gestatteter Einsicht in die Bücher vor der Steuerbemessungssommission keinen Glauben sindet und diese Kommission vielleicht mehr nach Sympathie oder Antipathie vorgeht; so ist es wohl kein Wunder, daß man im Kampse um sein Recht in Extase geräth. Ungeachtet dessen aber habe ich dieser löblichen Steuerbemessungskommission durchaus nicht mit dem Revolver gedroht, wie ganz falsch dargestellt wurde,

sondern ich habe andere Worte in ganz anderem Zusammenhange und in anderem Sinne gebraucht, was die damals dort anwesenden Parteien be-

stätigen können.

Was nun die Bemerkung in der "Hermannstädter Zeitung, vereinigt mit dem Siebenbürger Boten" bezüglich meiner Modewaarenhandlung ans belangt, so mözen sich diese Herren bei dem jetzigen raschen Modewechsel und bei den allgemein ungünstigen Zeits und Geschäftsverhältnissen nur während eines Jahres in diese — wie sie meinen — in schwungvollem Betriebe stehende Modewaarenhandlung stellen, und sie werden bald anderer Meinung werden und alles glauben, was ihnen jetzt unglaublich erscheint.

Friedrich Baumann.